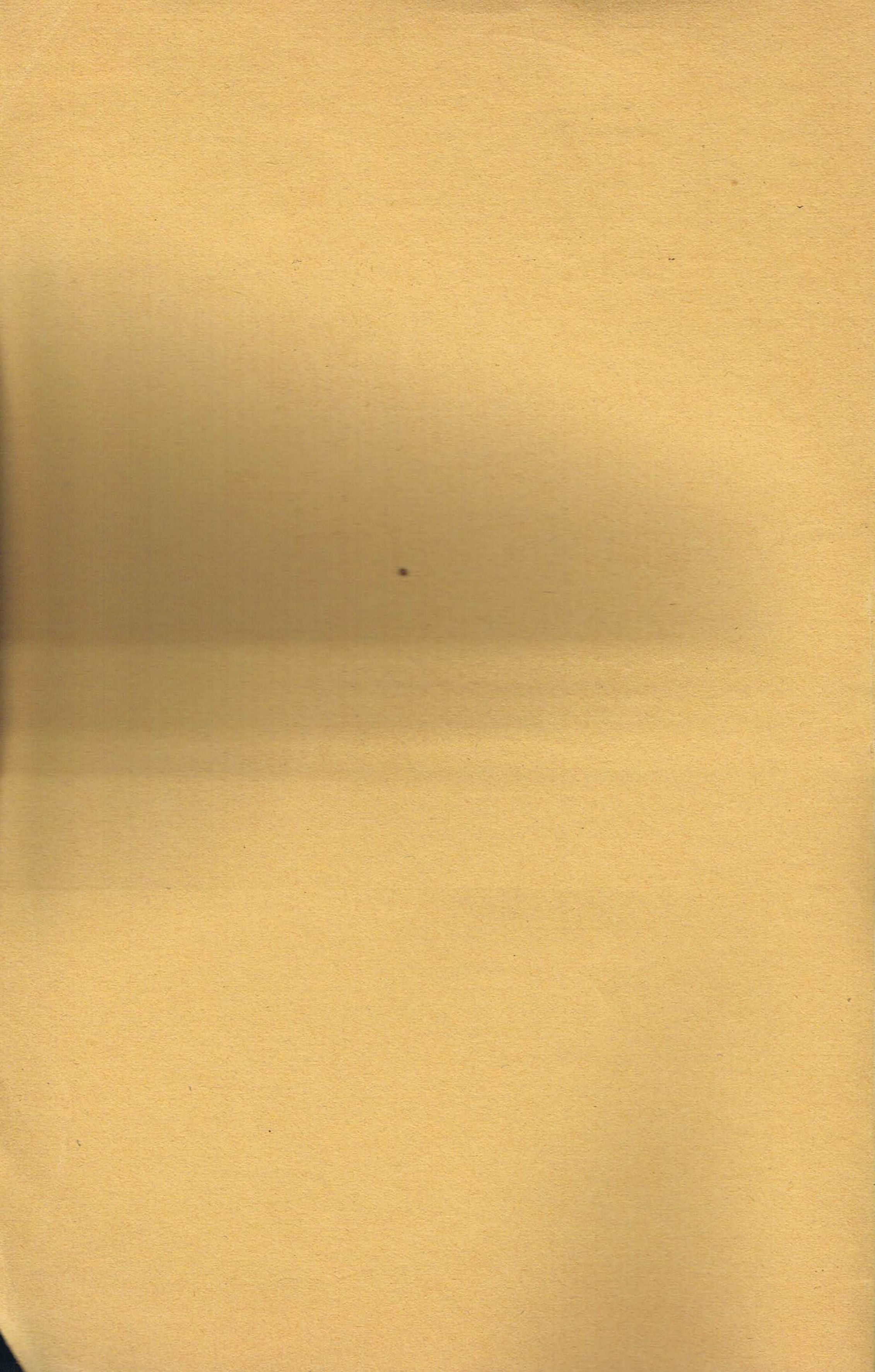
ERICH BROMME

Gemeinnutz und Eigennutz

in zweitausendjähriger deutscher Geschichte



DR. DR. ERICH BROMME

Gemeinnutz und Eigennutz

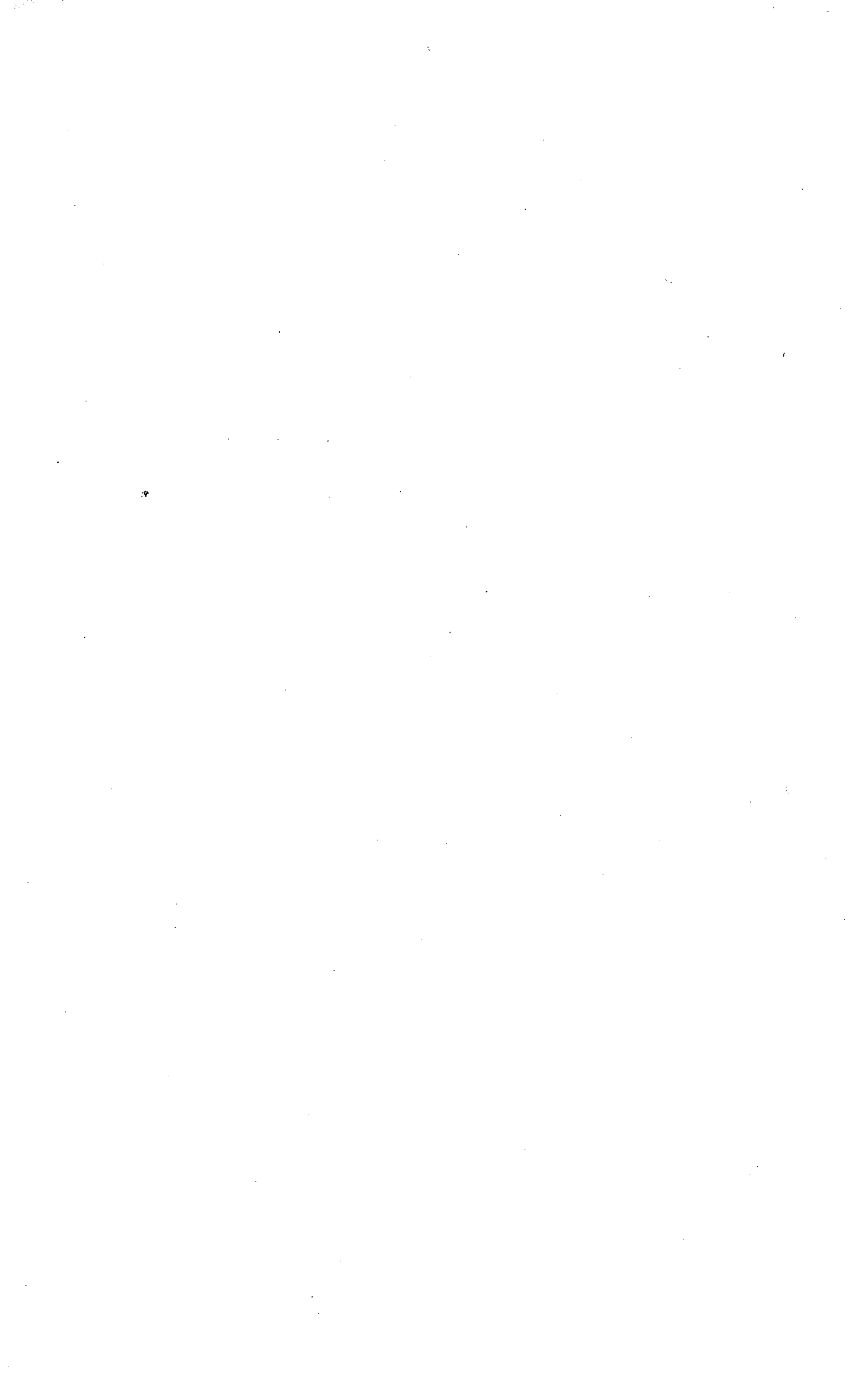
in zweitausendjähriger deutscher Geschichte



AKADEMISCHER VERLAG HALLE
1939

Druck: Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätte Halle (Saale)

Inhalt



Vorwort

Wenn man einmal die deutsche Geschichte an sich vorüberziehen läßt und bei den einzelnen Männern und Ereignissen die Frage stellt: „Welchen Nutzen haben sie Volk und Vaterland gebracht"? dann eröffnen sich Ausblicke neuer und seltener Art. Wir entdekken, daß manches Geschehen anders gewertet werden muß, als es bislang üblich gewesen. Die großen Persönlichkeiten, die Geschichte machten, und ihre Taten rücken dabei mehr in den Vordergrund. Andere Dinge treten zurück, weil sie als Beiwerk geringere Bedeutung besitzen.

So stellt die vorliegende Arbeit die Beantwortung der aufgeworfenen Frage als Längsschnitt durch unseres Volkes Vergangenheit dar. Er ist nur ein Versuch. Mancher wird das und jenes vermissen, das eine oder andere zu kurz behandelt finden: Es war von vornherein nicht der Zweck, alles und ausführlich zu bringen, denn diese Schrift will hauptsächlich Anregungen geben. Darum sind auch viele Quellenstellen eingefügt worden, die als Zeugnisse der Zeit in ihrer unmittelbaren Sprache manche Zusammenhänge deutlicher erkennen lassen sollen.

Gemeinnutz und Eigennutz stellen im Hinblick auf den in eine Gemeinschaft hineingestellten Einzelmenschen, sein Denken und Handeln sowohl persönliche Grundhaltung als auch Triebkraft dar. Sie bestimmen im Ursprung das Tun und Lassen jedes Menschen, so daß auf sie aus Handlungsweise und Taten recht sicher rückgeschlossen werden kann. Mit Weltanschauungen und Ideen haben Gemeinnutz und Eigennutz nur insofern etwas zu tun, als sie ihnen die allgemeine Ausrichtung geben. Geschichtsbildende Kraft, wie sie jene besitzen, fehlt ihnen ebenfalls. Auch auf diese haben sie nur ausrichtende Wirkung.

In dieser Schrift kommt es deshalb nicht darauf an, weltanschauliche oder ideenmäßig gebundene geschichtsbildende Kräfte festzustellen, sondern es sollen eben auf Grund von Rückschlüssen aus den historisch feststehenden Ereignissen und den Taten der Männer die Geschichte machten, Grundhaltung und Triebkräfte ihres Handelns aufgezeigt werden, wobei vorwiegend die politische, weniger die soziale

Seite in den Vordergrund gerückt worden ist. Mit Gemeinnutz wird daher alles auf Volk und Reich, beider Größe, Macht und Ansehen nach innen und außen bezogene Denken und Handeln, mit Eigennutz hingegen alles auf deren Zerstörung und Auflösung gerichtete Tun bezeichnet. Man mag dabei hier und dort im Hinblick auf die Handlungsweise eines Kaisers oder Fürsten im Zweifel sein, welche Triebkraft ihren Entscheidungen und Unternehmungen zugrunde lag; die Beantwortung der Frage aber nach der Auswirkung für Volk und Vaterland, die manchmal erst viel später in Erscheinung getreten ist, wird den richtigen Fingerzeig geben.

Gemeinnutz und Eigennutz haben seit Jahrtausenden im Leben des Einzelnen wie ganzer Völker die ausschlaggebende Rolle gespielt. Im Laufe der Geschichte abwechselnde Höhe- und Tiefpunkte lassen sich ohne Zwang auf das Vorherrschen der einen oder der anderen Triebkraft zurückführen. So wird die Vergangenheit zur Lehrmeisterin für die Gegenwart und Zukunft. Sie ermöglicht es uns in heutiger Zeit bereits, in der der Gemeinnutz überall in Volk und Staat die unbedingte Herrschaft angetreten hat, erfreuliche Ausblicke in eine noch ferne Zeit zu tun. Und das danken wir unserem Führer.

Der Verfasser.

Einleitung

Solange Menschen überhaupt die Erde bevölkern, solange sie um ihr Dasein kämpfen, Feinden jeglicher Art wehren und je nach den Umständen leichter oder mühsamer ihre Nahrung finden, solange gibt es auch **Gemeinnutz und Eigennutz** als Triebkräfte menschlichen Denkens und Handelns in der Welt. Wie jeder Einzelne täglich und stündlich in seiner Brust mit Gut und Böse ringt, genau so muß er sich jederzeit über die Ausrichtung seines Tuns und Lassens im Hinblick auf Volk und Vaterland entscheiden. Da gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder stellt sich der Mensch auf das Gesamtwohl der Gemeinschaft, in die er hineingeboren, ein, oder aber er rückt sein kleines, unbedeutendes Ich in den Vordergrund und ist nur auf seinen persönlichen Nutzen bedacht. Viele und sogar ganze Völker haben bei der Entscheidung bald nicht mehr den rechten Weg gefunden. Sie ließen sich vom falschen Götzen Eigennutz verblenden, verführen und letztlich auch vernichten.

Jahrtausende deutscher Geschichte rauschten schon vorüber. Fähige Herrscher regierten, und Schwächlinge saßen auf hohen Thronen. Gewaltige Taten wurden vollbracht und wiederum mühsam Aufgebautes in schändlichem Spiele niedergerissen. Glanzvolle Blütezeiten erlebte das Deutsche Reich. Mehrmals stand es auf stolzer Höhe und mußte trotzdem wieder furchtbare Tiefen durchschreiten. Das Volk erlebte Aufstieg und Niedergang in verhältnismäßig raschem Wechsel. Glanzpunkte und Zeiten bitterer Not, stolze Herrschaft über weite Ländereien und Erniedrigung und Machtlosigkeit lösten einander ab. Grausam spielte das Geschick mit dem deutschen Volke und Vaterland.

Wo aber lag die Schuld, daß Deutschland diesen Weg beschreiten mußte? Wir müssen sie in den Triebkräften suchen, die das Denken und Handeln der Einzelmenschen und ganzer Völker bestimmen: Und diese waren und sind noch einzig und allein **Gemeinnutz und Eigennutz**, die von allem Anbeginn an als sich gegenseitig ausschließende Grundkräfte des Handelns in schroffen Gegensatz zueinander traten. Ihr verderbliches Gegenspiel war es, das Jahrtausende hindurch eine einheitliche Ausrichtung der Arbeit für Volk und Staat verhinderte und eine geradlinige Entwicklung nach höheren Zielen vereitelte.

Gemeinnutz und Eigennutz sind — im Hinblick auf ganze Völker — Eigenheiten, die von Geschlecht zu Geschlecht weitergegeben werden. So wie sie beide grundverschieden und sich völlig unähnlich sind, so weisen auch ihre Träger unüberbrückbare rassische Gegensätze auf.

Der Gemeinnutz stellt das typische Kennzeichen der hochwertigen Rasse dar, und er tritt allein in idealster Form bei den arischen Völkern in Erscheinung. Der Eigennutz aber gehört als unverlierbarer Bestandteil dem Niederrassentum, dem Minderwertigen zu, dessen hervorragendste Vertreter die Juden sind. Wohl hat wiederholt im Laufe der Geschichte schnöder Eigennutz auch arische Menschen beherrscht, doch er unterschied sich ganz wesentlich vom jüdischen. Während dieser immer neue Kräfte aus der Not der Völker saugt, um sie mit brutaler Grausamkeit zu vernichten und danach die Macht an sich zu reißen, schwindet jener, eben der Eigennutz arischer Menschen, in Zeiten der Not und Gefahr von Volk und Vaterland dahin; er verweht wie lose Spreu im Winde und macht wieder der rassischen Urkraft, dem im Erbgut eines jeden Ariers mitgesetzten Gemeinnutz, Platz.

Zu allen Zeiten führten diese beiden Triebkräfte menschlichen Denkens und Handelns einen erbitterten, jedoch ungleichen Kampf miteinander, der in den letzten anderthalb Jahrtausenden deutscher Geschichte schließlich zu Ungunsten des Gemeinnutzes endete. Der schnöde Eigennutz siegte, der in seinem Siege zwei deutsche Reiche zu Boden riß und dem Volke als einstmals blutgebundener, bodenverwurzelter und schicksalgefügter Kampfgemeinschaft unermeßlichen Schaden zufügte. Es verlor den Glauben an sich selbst, an seine Kraft und sein ewiges Leben. Himmeljauchzendes, zukunftfrohes Vorwärtsstürmen machte letztlich müder und tatenloser Ergebenheit Platz. Selbst die Rasseschranken brachen nieder, weil eben der falsche Götze Eigennutz, der der Einzelperson Macht und Reichtum, vergängliche Ehre und irdisches Glück vorgaukelte und verhieß, die Menschen betörte, ihren gesunden Verstand und Sinn trübte und dabei gottgesetzte Unterschiede zu zerstören suchte. So verschleierte sich der Blick zunehmend mehr, der einzig und allein auf das große Ganze, auf Volk und Vaterland, gerichtet sein sollte.

Gemeinnutz und Eigennutz! Diese beiden sind eigentlich die Triebkräfte, die im wahren Sinne des Wortes das Leben

aller Völker bestimmen, ihnen entweder den Weg des Aufstiegs wiesen oder sie in Untergang und Tod stürzten. Weltreiche entstanden und blühten unter gemeinnützigem Raten und Taten ihrer Bevölkerung, und Weltreiche vergingen, als Eigennutz die Richtschnur für die Handlungsweise der Einzelnen bildete. Allein unter diesen Gesichtspunkten erhält die Tatsache: „Große Männer machen die Geschichte", ihren Sinn. Nur dann war ein Herrscher groß und konnte gewaltige und bleibende Taten vollbringen, wenn es ihm gelang, alle im Eigennutz wurzelnden Gegenspieler und -kräfte zurückzudrängen oder völlig unschädlich zu machen. Je mehr sich eine Persönlichkeit vom Gemeinnutz leiten ließ, ihn zu ihrem Leitstern und Weiser ihres Sinnens und Handelns erkor und gleichzeitig das Volk in ihrem Sinne erzog, so daß auch dessen Denken, Tun und Lassen vom tätigen Gemeinschaftsgeist geleitet waren, um so gewaltiger und zukunftsweisender waren die Werke und ihres Schöpfers Größe. Nur solche Männer ehrte das Volk instinktiv und freiwillig und drückte seine Zustimmung und Zuneigung in unvergänglichen Ehrennamen aus. Klein, angefeindet und nur wenig beachtet blieben hingegen, deren Handlungsweise nur schnöder Eigennutz diktierte. Ihre Taten sanken mit ihnen ins Grab, oder das Volk dachte nur mit Schrecken an sie zurück.

Wohl gab es deutsche Menschen, die kraftvoll und zielbewußt gegen diese Entwicklung anstürmten und den Kampf im Zeichen des Gemeinnutzes führten. Manchen waren schöne Erfolge beschieden. Doch drei Übel, die sich zum nationalen Unglück vereinten, hinderten im allgemeinen, daß jene Taten Zukunftswert erhielten. Die kraftvollen Herrscher starben oft zu früh, ohne ihr zielbewußt begonnenes Lebenswerk vollendet zu haben. Ihnen folgten häufig genug nur Kinder auf dem Throne. Oftmals hielten aber unfähige Schwächlinge die Regentschaft in Händen, die nur das Eine: zerstören und niederreißen, und das ganz gründlich, kannten und konnten. Auf diese Weise wurde den Knechten des Eigennutzes der Sieg in die Hände gespielt, die ihn weidlich und rücksichtslos zum eigenen Vorteil ausbeuteten und nicht eher von ihrem schändlichen Tun abstanden, bis sie dabei sich selbst und ihre Herrschaft zugrunde gerichtet hatten und selbst mit untergingen. So erfüllte sich in unserer Zeit das Geschick des deutschen Volkes und Vaterlandes. Indem aber beide so dem Zerbrechen und ihrem Untergange entgegeneilten, brachten deutsche Männer den Urquell des

Hohen und Gewaltigen wieder zum Fließen. Die unumschränkte Herrschaft des Eigennutzes trug selbst zur Wiedergeburt seines erbittertsten Gegners bei. Der Gemeinnutz als tragende Kraft der Volksgemeinschaft und als Kennzeichen arischen Rassetums erstand neu; er wuchs und erhielt Stärke durch die gläubigen Träger der deutschen Zukunft. Als Adolf Hitler an die Macht gekommen, erzog er, der sich den „Gemeinnutz" zum Leitstern seines Denkens und Handelns erkoren, sein deutsches Volk in seinem Sinne. Er schweißte es zu einer Lebens- und Opfergemeinschaft zusammen, und er führt es den harten und steilen, aber sicheren Pfad in eine unendliche Zukunft.

Viele Männer hatten schon nach dem Schlüssel zum Aufstieg gesucht, doch keiner hatte ihn zu finden gewußt. Sie alle erkannten das Grundübel nicht, an dem ihre Zeit krank darnieder lag, und sie konnten es nicht erkennen, weil sie selbst zu sehr in seinen Banden verstrickt lagen. Warum aber gelang es unserem herrlichen Führer als dem letzten einer überaus langen Reihe, unbeirrt den rechten Pfad zu gehen? Er sagt es uns selbst! Die Geschichte ist ihm in allem Lehrmeisterin und Beraterin, die zwingend klar erkennen läßt, welche Rolle die Triebkräfte der Menschheit: Gemeinnutz und Eigennutz, im Leben unseres Volkes und jedes Einzelnen spielten und spielen, welche von beiden zu ihrem Nutz und Frommen war und welche letzten Endes den Niederbruch und den Verfall der sittlichen und völkischen Werte verschuldete.

Gemeinnutz und Eigennutz in vorgeschichtlicher Zeit

Schon als sich der Mensch aus dem Tierreich als ein besonderes und selbständiges Wesen heraushob, war er auf den Zusammenschluß mit anderen seiner Art angewiesen. Die Gemeinschaft stellte das einzige Mittel dar, sich gegenseitig den überaus harten und schweren Lebenskampf zu erleichtern. Da galt es besonders die Naturkräfte erfolgreich zu meistern, Feinden aller Art, hauptsächlich aber gefährlichen wilden Tieren, zu wehren, jagdbares Getier zur Nahrung zu erlegen, Pflanzen, Früchte u. a. m. zu sammeln usw., um das Dasein nach bestmöglicher Art zu fristen. Natürliche Waffen hatte die Natur dem Menschen versagt. Er war daher gezwungen, sich der Materialien zu bedienen, die ihm die Außenwelt bot: Steine, Knochen und Holz, wenn er nicht von vornherein sein Recht auf Leben aufgeben wollte. Allein konnte ja der Einzelne den Kampf nicht wagen, weil er sonst allzu bald eine sichere Beute der ihm feindlichen Gewalten geworden wäre. Ihm blieb nichts anderes übrig, als sich einer Gemeinschaft ein- und unterzuordnen und alle seine Kräfte, Fähigkeiten und Erfindungen, die eine leichtere Fristung des Lebens ermöglichten, rückhaltlos und ausschließlich in ihren Dienst zu stellen. So bildete von allem Anfang an die vom Gemeinnutz getragene Betätigung für die Horde ihre eigentliche Lebensquelle und Lebenskraft. Instinktiv ordnete sich jedes ihrer Mitglieder willig diesem ungeschriebenen und unausgesprochenen Gesetz unter, dessen Beachtung die Erhaltung der Art sicherte und der Schicksalsgemeinschaft Stärke und Dauerbarkeit verlieh. *In jeder Lebensäußerung der Horde zeigte sich daher das Prinzip der Gemeinnützigkeit:* Gemeinsam gingen die Männer auf die Jagd und in den Kampf, zumal Horde und Heer eine unlösliche Einheit darstellten. Allen gemeinsam gehörte das erlegte Tier. Gemeinschaftlich verzehrten alle das Wild am offenen Feuer, um aber auf der anderen Seite auch Hunger und Entbehrungen miteinander zu teilen, wenn es widrige Umstände erforderten. Für das ungeschriebene, jedoch ebenso instinktiv gefühlte Recht bildete die Nützlichkeit einer Handlung für die Gesamtheit den unverlierbaren Maßstab. Recht war allein, was der Gemeinschaft nützte. Schlimm jedoch erging es dem, der den Anwand-

lungen des Eigennutzes nachgab, seine eigene Person in den Vordergrund stellte und dadurch die Horde in ihrer Gesamtheit schädigte. Mochte er auch nur ein erlegtes Tier verheimlicht oder seinen Kampfgenossen in der Bedrängnis die Hilfe verweigert haben, mochte er feige oder gar hinderlich im schweren Ringen um das Dasein gewesen sein, stets erschien er als Feind der Gesamtheit, deren Lebenskraft er minderte und schwächte. Wer sich auf diese oder andere Art und Weise durch eigennütziges Handeln selbst außerhalb der Lebens- und Schutzgemeinschaft stellte, den stieß sie rücksichtslos und unbarmherzig aus und verhängte über ihn damit zugleich die damals einzig mögliche und bekannte, aber auch einzig richtige Strafe: Das Todesurteil, das ihre Mitglieder alsbald vollstreckten. Der Frevler gegen das eherne Lebensgesetz der Horde hatte sein Recht auf Leben und Schutz durch seine Artgenossen, die unbedingt und vorbehaltlos im Zeichen des Gemeinnutzes für die Gesamtheit sorgten und kämpften, verwirkt. *Während sich so die kleinste Gemeinschaft der vorgeschichtlichen Zeit, die nomadisierende Horde, von eigennützigen, schädlichen Elementen reinigte, bewahrte und stärkte sie stetig ihre Kraft.* Da stets nur die Wertvollsten, Gesündesten und Besten den Kampf ums Dasein führten und bestanden, sicherten sie sich Art und Bestand für die Zukunft.

Die Triebkräfte der Germanenzeit

Jahrhunderttausende hindurch hatte die Triebkraft Gemeinnutz den nomadisierenden Horden den schweren Lebenskampf bestehen lassen. Trotz unermeßlicher Gefahren und Hindernisse vermochten sie, ihre Kultur höher zu entwickeln und die Waffen und Werkzeuge zu verbessern und zu vervollkommnen. Als sich dann schließlich die unstet umherziehenden Menschen, deren Nahrungssorgen immer größer wurden, entschlossen, feste Wohnplätze zu wählen, den Boden zu bebauen und Vieh zu züchten (um 4000 v. u. Ztr.), da wurde mit ihnen zugleich auch die im Rassetum verankerte Triebfeder Gemeinnutz seßhaft. Wenn auch schon Jahrtausende vorher verwandtschaftliche Verhältnisse bei der Zusammensetzung der Horde mitgesprochen haben, so erhielt doch das Ausrichtungsprinzip Gemeinnutz durch die dauernde Ansiedlung der Menschen in Verbänden nahe blutsverwandter Sippen (Völkerschaften) erhöhte Bedeutung. Auch bei ihnen mußte, jetzt natürlich im größeren Rahmen, die gemeinnützige Handlungsweise oberstes Grundgesetz bleiben, wenn der Fortbestand bis in ferne Zukunft gesichert sein sollte.

Jene erkennen wir schon im Hinblick auf die Sippe, wenn wir an die gemeinsamen Beratungen ihrer Mitglieder in der Sippenversammlung, an die gerechte Verteilung der Ackerlose, die gegenseitige Hilfe im täglichen Leben und vor Gericht als Eideshelfer, die Sühne ihr zugefügter Schäden (Blutrache), an das Auftreten als geschlossene Schutz- und Kampfgemeinschaft usw. denken. Idealer und großartiger jedoch wirkte sich der Gemeinnutz innerhalb jeder einzelnen Völkerschaft aus. Das Wissen um die größere rassische Einheit und das gesamte germanische Volk war ihren Angehörigen jedoch vollständig verloren gegangen, so daß sie einander häufig genug erbittert bekämpften, sich gegenseitig ungeheuer schwächten und durch ihre entsetzlichen Selbstzerfleischungskämpfe den Machtgelüsten der Feinde willkommenen Vorschub leisteten. Jede Völkerschaft stand für sich und führte als geschlossenes Ganzes ihr eigenes Leben, das idealer Gemeinnutz durchpulste und richtunggebend bestimmte.

Dreierlei bildete das hohe Ziel uneigennützigen germanischen Strebens: Die Rasse als den Urquell der Kraft zu erhalten, den Boden als Grundlage der Ernährung zu bebauen, zu sichern und zu mehren und der Kampf für Blut und Boden als heiliges Ehrenrecht und unveräußerliche Ehrenpflicht. Reinrassig — arischer Mensch, Pflug und Schwert! Diese drei gehörten untrennbr zusammen. Blut und Boden und Kampf für beide! Das war die Germanische Dreieinigkeit, die unbedingt das Denken und Handeln, überhaupt die Gesinnung (Odalsgesinnung!) unserer heldischen Altvorderen bis in alle Einzelheiten beherrschte und bestimmte.

Immer wieder bewiesen das ihre Anschauungen und ungeschriebenen Gesetze, überhaupt alle gemeinschaftlichen Lebensäußerungen. Mochte jemand z. B. einen Angehörigen der Nachbarsippe im ehrlichen Zweikampf erschlagen (Mannschlacht), einem im Verlaufe der Blutrache das Haus niedergebrannt, etwas weggenommen usw. haben, solange die Tat ehrliche Gesinnung verriet, bei Tage geschah und Mut erkennen ließ, blieb Rache oder Sühne Angelegenheit des Geschädigten und seiner Sippe. Darum kümmerte sich die Gesamtheit nicht. Wurden aber die Vergehen in aller Heimlichkeit und dazu bei Nacht verübt, schließlich sogar deren Spuren verwischt (Beseitigung des Leichnams = Mord), Menschenleben gefährdet (bei nächtlicher Brandstiftung = Mordbrand) oder gestohlene Gegenstände versteckt (Diebstahl), dann galten jene, wie ebenso die Tötung eines Fürsten oder Herzogs, als gegen die vom Gemeinnutz getragene Gemeinschaft gerichtet. Nur solche Fälle beschäftigten das Landes- oder Völkerschaftsding, das eigentlich nicht die Tat als solche bestrafte, sondern vielmehr die in der Heimlichkeit liegende Feigheit, also die in Erscheinung getretene, jedem wahren Germanen verhaßte verbrecherisch-eigennützige Gesinnung und Charaktereigenschaft. Wer sich so gegen die Völkerschaft vergangen, d. h. eigennützig in jeder Hinsicht zum Schaden der Gesamtheit gehandelt hatte, den stieß sie sofort aus ihrer Lebensgemeinschaft aus. Das Ding verhängte unnachsichtig die Friedlosigkeit oder Acht, die es jedem Freien zur Pflicht machte, den Verurteilten, wenn er nicht schon beim Betreffen auf handhafter Tat sein Leben lassen mußte, zu erschlagen. Wagte es jemand, ihn zu schützen und zu beherbergen, dann galt auch dieser als Feind des völkerschaftlichen Volksteils, wurde ebenso friedlos gelegt und ausgetilgt.

Wie die Gerichtsurteile und Rechtsanschauungen den Weisungen des arischen Rassetums Rechnung trugen, so zeugten auch die Beratungen und Beschlüsse der in regelmäßigen Zeitabständen zum Ding zusammentretenden wehrfähigen Freien vom edlen Geiste des Gemeinnutzes. Alle, selbst die anderer Ansicht und Meinung gewesen, ordneten sich willig den getroffenen Bestimmungen unter, die die Mehrzahl für das Wohl der Gesamtheit für richtig befunden hatte.

Am idealsten jedoch trat der Gemeinnutz als Triebfeder alles Handelns im Kriege in Erscheinung. Schon die Wahl des Herzogs bezeugte die wahre Gesinnung der Krieger. Nie bestimmten sie einen Schwächling zum Führer, der aus Eigennutz und Ichsucht nach diesem Ehrenamte strebte. Stets traf die Wahl den Mutigsten, Tapfersten, Umsichtigsten, überhaupt in jeder Hinsicht Besten, von dessen Fähigkeiten und Taten die Gesamtheit den größtmöglichen Nutzen für sich erhoffen konnte und der sich der großen Verantwortung, die er übernommen, bewußt war.

Jeder Germane sah in seinem Herzog sein Blut und seinen Boden, für die er ja in den Kampf zog, aber auch den Gemeinnutz in jeder Hinsicht verkörpert. Eine solche Persönlichkeit war durch ihr Beispiel Vorbild, und alle suchten es ihr gleichzutun, denn auch sie handelten im idealen Sinne gemeinnützig — und waren bestrebt, darin einander zu übertreffen —, wenn sie tapfer und mutig, ausdauernd und zäh den Feinden standhielten, nicht feige in der Bedrängnis zurückwichen und ihren Führer im Stich ließen, sondern für ihn und damit für Blut und Boden in den Tod gingen. Das glänzendste Zeugnis über diese bewundernswerte rassisch bedingte Einstellung unserer Vorfahren zum Gemeinnutz stellte ihnen bereits der Römer Tacitus aus, wenn er in seine „Germania" schrieb: „. . . Die Führer wirken mehr durch ihr Vorbild als durch Befehl. Sind sie immer zur Stelle, tun sie sich hervor, kämpfen sie stets in vorderster Linie, dann folgen ihnen alle aus Begeisterung". . . . „In der Schlacht sich an Tapferkeit übertreffen zu lassen, ist eine Schmach für den Fürsten; eine Schande für den Gefolgsmann ist es, weniger tapfer zu sein als der Fürst. Schimpf und Schande aber für das ganze Leben lädt auf sich, wer seinem Führer nicht in den Tod folgt. Für ihn einzutreten, ihn zu schützen, auch die eigenen Taten seinem Ruhme zuzuzählen, ist vornehmste Kriegerpflicht. Der Fürst kämpft um den Sieg, das Gefolge für den Führer".

Unter diesem gewaltigen Leitstern Gemeinnutz konnte es für die Germanen nur den Weg des Aufstiegs geben. Ihre Kraft versiegte nie, und der ewige Blutstrom floß ungehindert weiter. Jahrtausende hindurch blieben sie stark; sie vermehrten sich und machten sich zu Herrschern über weite Strecken Landes. Selbst das Weströmische Reich brachen sie in Trümmer. Während aber die ostgermanischen Völkerschaften in fremde Länder zogen, zu Herren wurden und in ihrem Herrentum den Gemeinnutz verbannten, dafür aber den Eigennutz zur Triebfeder ihres Denkens und Handelns erhoben und sich so selbst den Untergang bereiteten, blieben die Westgermanen zumeist im Heimatboden fest verwurzelt. Aus ihm sogen sie weiterhin Stärke und Kraft, und ihnen gelang es, sich zu erhalten und den Grundstock des deutschen Volkes abzugeben, da sie sich die zukunfttragenden Werte wahrten.

Wenn auch der Gemeinnutz das Leben innerhalb aller Völkerschaften bestimmte, so endete seine Auswirkung doch an ihren politischen Grenzen. Untereinander bekämpften sich jene, obwohl sie gleichen Blutes waren. Ihre Führer stellten ihr Handeln nur auf ihren Volksteil ein und ließen sich im Hinblick auf das gesamte germanische Volk vom schlimmsten Eigennutz leiten. Nur einer hob sich leuchtend über alle die vielen anderen empor: Armin der Cherusker, den die Not seines germanischen Volkes, das unter römischem Joche seufzte, zum Handeln trieb. Seine Sorge galt allen, die seines Blutes waren. In seiner Person verkörperte sich in schönster Weise der im Rassetum wurzelnde Gemeinnutz, der es nicht gestattete, im Handeln an den Grenzsäumen seines Cheruskerlandes Halt zu machen. Um alle Westgermanen zu befreien, trieb er völkische Bündnispolitik. Zwölf Stämme unterstellten sich seiner Führung, und mit ihnen gelang das Rettungswerk. Rom mußte auf seine Herrschaft über Germanien, die bis zur Elbe und Saale reichen sollte, verzichten. Arischer Gemeinnutz und Freiheitssinn hatten über römischen Imperialismus gesiegt. Folgerichtig gedachte nun Arnim den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten. Er trug den Plan, alle Rassegenossen auf germanischem Boden für die Dauer zu einen, zu einem Volke zusammenzuschweißen, dessen tragende Säule die germanische Dreieinigkeit, die Seele aber arischer Gemeinnutz bilden sollte.

Leider blieb das Bündnis zum Kampf gegen den äußeren Feind nur ein Augenblickserfolg. Armin war Idealist: Darum hatte

er den Eigennutz der Anderen nicht in seine Rechnung gesetzt. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte trafen die beiden gegnerischen Triebkräfte menschlichen Denkens und Handelns aufeinander und wirkten sich politisch aus. Dadurch, daß Armins Verwandten und die Führer der verbündeten Völkerschaften um ihre Stellung fürchteten und die Bedeutung eines solchen kühnen Einigungswerkes nicht verstanden und begriffen, sondern dem Befreier Herrschgelüste vorwarfen, bewiesen sie eindeutig, daß sie selbst schon restlos dem Eigennutz verfallen und unterlegen waren. Daher verbündeten sich einige mit dem kurz zuvor besiegten Feinde, und mit dessen Hilfe verhinderten sie die Verwirklichung des gewaltigen Planes. Die Kinder des Eigennutzes: Herrschsucht, Landesverrat, Feigheit und Furcht, trieben sie sogar dazu, den Befreier Deutschlands meuchlings zu morden. Fürstlicher Eigennutz hatte über volklichen Gemeinnutz gesiegt und die politische Zusammenfassung der Germanen um nahezu ein Jahrtausend hinausgeschoben. Gewöhnlich aber heißt es, daß die Zeit noch nicht reif gewesen, dieses gewaltige Werk zu vollenden.

Die germanische Geschichte und unsere Heldensagen wissen noch mehrfach vom Streit dieser Triebkräfte zu melden. Hagen erschlug den immer bereiten Siegfried, und Kriemhild nahm Rache. Dietrich von Bern stieß eigenhändig seinen Mitregenten Odoakar nieder. Wieland dem Schmied wurden die Kniesehnen durchschnitten und die einem Anderen verlobte Gudrun von den Normannen geraubt. So hat sich auch die Sage solchen unerquicklichen Streits bemächtigt und vielleicht manches Geschichtliche, von dem kein Schriftstück zu künden weiß, der Nachwelt überliefert.

Der Sieg des Eigennutzes in der Zeit der Völkerschaftswanderung

Der einzige Versuch im Verlaufe der germanischen Geschichte, den Gemeinnutz als Prinzip des Handelns aus der Enge der Völkerschaft herauszuführen und für das gesamte Volk zur Herrschaft zu bringen, war durch den Widerstand der eigennützigen Gewalten bereits im Keime erstickt worden. Die einzelnen Volksteile standen weiterhin getrennt nebeneinander, und bei jedem galt es als selbstverständliche Pflicht, daß sowohl die Führer als auch die gesamte Bewohnerschaft im Geiste heiliger Überlieferung lebten. Dadurch waren sie groß geworden und hatten Jahrtausende zu überdauern vermocht. Aber diese Verhältnisse besaßen trotzdem keinen ewigen Bestand. Es traten bald Wandlungen ein, die in den Zeitumständen selbst begründet lagen.

Der Einbruch der Hunnen in Europa (375) löste die letzte gewaltige Welle der germanischen Völkerschaftswanderung aus. Ein ostgermanischer Stamm nach dem anderen verließ die alte Heimat, um letztlich nach der Gründung von verhältnismäßig kurzlebigen Reichen auf weströmischem Weltreichsboden vernichtet zu werden. Auch westgermanische Völkerschaften zogen von hinnen, doch nahmen die meisten von ihnen nur geringfügige Verschiebungen ihrer Wohnsitze vor. Dieser Umstand des Weiterwanderns und das stete Vordringen der Hunnen nach dem Westen zwangen die Stämme, im Dauerkriegszustand zu verharren. Immer seltener kam es daher vor, daß ein Herzog sein Ehrenamt nach einem beendeten Feldzug uneigennützig wie einst in die Hände der Dingversammlung zurücklegte. Die Führer gewannen im Laufe dieser kriegdurchtobten Wanderzeit immer mehr an Bedeutung und hielten bald große Macht in den Händen. Sie konnten es schließlich wagen, das Führeramt ihren Söhnen zu übergeben, und so bahnte sich allmählich eine Entwicklung an, die in der Erblichkeit des Führeramtes und in der Ausbildung von dauernden fürstlichen Gewalten endete.

Während dieser Zustand bei den Ostgermanen, die erbliche Könige besaßen, bereits um Christi Geburt eingetreten war, vollendete er sich bei den Westgermanen, die sich am längsten und reinsten die

germanische Demokratie auf der Grundlage des Führerprinzips erhalten hatten, erst mit dem Ende der Wanderzeit. Die Rechte, die einst das Landes- oder Völkerschaftsding in Händen hielt, z. B. über Krieg und Frieden zu bestimmen, den Herzog zu wählen, Vergehen gegen die Gesamtheit als oberste Gerichtsinstanz zu bestrafen usw., nahm nunmehr der „Herrscher" für sich in Anspruch, und er handhabte sie nach seinem Ermessen. Mit dieser Umgruppierung vollzog sich eine Umwandlung von ungeheurer Tragweite: Die von der völkerschaftlichen Gemeinschaft getragene unbedingte Herrschaft des Gemeinnutzes wurde in dem Maße, wie die Gewalt auf das erblich gewordene Königtum überging, zugunsten des im Willen des Fürsten wurzelnden Eigennutzes zurückgedrängt. Wenn die Gesamtheit auch weiterhin einige Befugnisse besaß und sich noch ebenso im Ding versammelte, so kam ihren Beratungen keine große Bedeutung mehr zu. Die große Politik leitete der König selbst. Diese folgenschwere Verlagerung vom Gemeinnutz zum Eigennutz als richtunggebender Triebkraft griff jedoch verhängnisvoll auch auf jeden einzelnen Germanen und besonders auf alle wichtigen Lebensgebiete über und wirkte sich da in furchtbarer Weise aus.

Als unmittelbare Folge des nunmehr eigennützigen Denkens und Handelns wurde bereits seit dem Ende des 5. Jahrhunderts das Odal, der als anbaupflichtiges Sonnenlehen geltende unveräußerliche Sippenbesitz, aufgelöst und den Mitgliedern stückweise zu privatem Eigentum gegeben. Damit zerfiel auch die Schutz- und Lebensgemeinschaft. Allein war der Einzelne zu schwach, und so sah er sich gezwungen, sich nach dem Schutz eines Stärkeren umzusehen. Häufige und länger währende Kriegsdienste hinderten dazu, die nunmehr eigenen Äcker rechtzeitig und sorgfältig zu bestellen. Die Bodenerträge gingen zurück, und Armut und Sorge hielten Einkehr, wo einst Zufriedenheit und Geborgensein gewaltet. Viele sehnten sich nach wirtschaftlicher Sicherheit und waren gern bereit, ihre politischen und militärischen Rechte und die persönliche Freiheit dafür hinzugeben. Sie schenkten ihre Güter im Laufe der Zeit der Kirche oder Großgrundbesitzern, um der bereits als lästig empfundenen Ding- und Kriegsdienstpflicht ledig zu sein, und nahmen jene als Leihegüter gegen Zins und Dienste zurück (Vermeierung). Diese aus Eigennutz betriebene freiwillige Ergebung der Kleinbauern in gutsherrliche Abhän-

gigkeit fügte aber dem Staate unermeßlichen Schaden zu: Einerseits verlernten die einstigen Träger des staatlichen Willens mehr und mehr das politische Denken, da sie es ihren „Herren" überließen und sich nicht mehr um die Ereignisse kümmerten, die ehemals ihr ganzes Leben beherrschten. Andererseits wurde der Grund zu der später furchtbar in Erscheinung getretenen Entwurzelung des Bauerntums gelegt, die dem germanischen Volksheere, das den Aufstieg des Volkes bereitet und gesichert hatte, die gesunde Grundlage entzog. Schon in der Merowingerzeit traten die ersten Söldner in Erscheinung: die mit dem Bodenertrag auf Lebenszeit besoldeten Lehensritter, die nicht mehr den Kampf für Blut und Boden als Ehrenpflicht, sondern ihn nur als Berufsbetätigung kannten und auffaßten. *So zerstörte das eigennützige Denken und Handeln schon nach kurzer Zeit der Herrschaft die seit Jahrtausenden bewährte, vom Gemeinnutz getragene und durchpulste germanische Lebensauffassung. Zwei wichtige Stützen von Volk und Staat: die Verwurzelung mit dem Boden und seine und des Blutes ehrenrechtliche Verpflichtung zum Erhaltungskampf, brachen nieder und mit beiden viele hohe sittliche und ethische Werte.*

Der Träger der Merowingermacht

Nach der folgenschweren Umgruppierung in der Herrschaft der menschlichen Triebkräfte während der Zeit der Völkerschaftswanderung trat als typischster Vertreter eigennütziger Machtraffung der Franke Chlodwig (481—511), der Gaukönig von Doornik (Tournay) aus dem Geschlechte des Merowech, in Erscheinung. Ihn beseelte der einzige Wunsch, Herrscher aller Franken zu sein, zu dessen Erfüllung er die römisch-imperialistische Politik mit allen ihren Methoden wieder aufnahm. In der Verfolgung seines Zieles ging er einen grausamen Weg, den Mord und Gewalttat, Heimtücke und Verrat, Gemeinheit und Feigheit kennzeichneten. Die anderen Gaukönige wurden durch Mord beseitigt: Einer fiel durch den gedingten eigenen Sohn, dem Chlodwig dann selbst das Haupt abschlug. Ein anderer ließ meuchlings sein Leben auf der Jagd; ein dritter dafür, daß er sich einmal hatte binden lassen, und dessen Bruder mußte in den Tod, weil er ihm nicht beigestanden. Wer es auch sein mochte, der Chlodwig in seiner Machtgier im Wege stand, dessen Tage waren gezählt. Meist beseitigte ihn der König mit eigener Hand.

Danach erweiterte Chlodwig sein Reich mit Waffengewalt. Den Römern entriß er den letzten Besitz in Gallien (Gebiet zwischen Seine und Loire mit der Stadt Paris). Dann brach er mitten im Frieden ins Land der Alemannen ein, die ihm stärkeren Widerstand entgegensetzten. In diesem Kampfe trieb ihn sein schnöder Eigennutz sogar dazu, mit dem Christengotte um den Sieg zu handeln: „Christus, du Sohn des lebendigen Gottes, wenn du mir den Sieg gewährst, so will ich an dich glauben und mich taufen lassen". Chlodwig siegte und wütete unbarmherzig im Schwabenlande. Der Rest der Bewohner bat den großen Ostgotenkönig um Hilfe. Theoderich setzte sich für sie ein und schrieb im Jahre 507 an seinen Verwandten (Chlodwigs Schwester war Theoderichs zweite Gemahlin): „Stolz auf die ehrenvolle Verwandtschaft mit Eurer Herrlichkeit, wünschen wir Glück dazu, daß Ihr den Stamm der Franken, der schon lange tatenlos saß, zu neuen Schlachten geführt und die Alemannen nach dem Tode ihrer Helden mit siegreicher Faust bezwungen habt. Da aber ihre Ausschreitungen bei den Anstiftern der Untreue gestraft werden müssen und die be-

klagenswerte Schuld der Staatslenker nicht am ganzen Volke gerächt werden darf, so mäßigt Eueren Zorn gegen den wehrlosen Rest; denn sie verdienen Begnadigung, nachdem sie sich in den Schutz Eurer Verwandten geflüchtet haben. Zeigt ihnen Euer Erbarmen; sie zittern ja in den Verstecken unseres Landes vor Euch. Unvergeßlich ist der Sieg, da der sonst so mutige Alemanne nun voll Furcht ist und da Du ihn zwingst, um sein Leben zu betteln. Sei zufrieden damit, jenen König und den ganzen Stolz seines Stammes gefällt zu haben; sei zufrieden, die ungezählten Krieger des Volkes zum Teil mit dem Schwerte getötet, teils in Sklavenfesseln zu sehen!" ...

Mit grausamer Gewalttat hatte Chlodwig seinem Eigennutz gefrönt. Er erreichte sein gestecktes Ziel. Gleichzeitig war er zum größten Grundbesitzer geworden, da alles herrenlose Land als Eigentum dem Könige zufiel. Noch zu Lebzeiten teilte er das Reich unter seine Söhne, die ihm ganz im Sinne des Vaters nach dessen Tode weitere Länder, wie Rhätien, Burgund, Thüringen, das westgotische Südgallien usw., einverleiben und die Grenze bis an die Saale vorschoben.

Chlodwig hatte den furchtbaren Weg eigennütziger Machtraffung gewiesen, den seine Söhne und Nachfolger auf Grund ihrer Erbmasse mit schändlichen Morden und erbitterten Macht- und Selbstzerfleischungskämpfen folgerichtig weiter beschritten. Auf diese Weise richtete sich das merowingische Herrschergeschlecht, dessen letzte Vertreter immer unfähiger und schwächer wurden und in Abhängigkeit vom Adel, der die Kriege führte, gerieten, selbst zugrunde. Erst die Hausmeier, die sich im Laufe der Zeit bis zu Stellvertretern des Königs emporgeschwungen hatten, stellten wieder geordnete Verhältnisse her. So wurde Karl Martell, der wieder erfolgreich äußeren Feinden wehrte (732 Sieg über die Araber bei Tours und Poitiers), zum Begründer des fränkischen Einheitsstaates. Die Macht der Merowingerkönige sank immer mehr zu einem bloßen Schein herab. Dafür aber stiegen der Einfluß und die Bedeutung der Hausmeier immer mehr. Der Eigennutz hatte das regierende Herrscherhaus selbst zugrunde gerichtet.

Eigennutz und Gemeinnutz in fränkischer Zeit

Je mehr die Macht der Merowingerkönige dahinschwand, um so mehr nutzten die Hausmeier die Verhältnisse zur Festigung ihrer Stellung aus. Im Laufe der Zeit war es ihnen schon gelungen, ihrem Amte die Erblichkeit zu verleihen. Karl Martell hatte zwar noch alle seine Kräfte dem unfähigen Herrscher zur Verfügung gestellt und dessen Reich zu neuer Einheit zusammengefaßt. Als aber im weiteren Verlaufe der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts eine völlige Umkehrung der Verhältnisse eintrat, als der Hausmeier als Stellvertreter des Königs mehr Macht als der rechtmäßige Herrscher besaß, da vermochte Pippin der Kleine (751—768) der Stimme des Eigennutzes nicht zu widerstehen. Wie sich einst schon Chlodwig die Kirche zur Helferin machte, so sicherte sich jetzt auch dieser erste Karolinger ihre Zustimmung, da sie ja alle Christen Europas beherrschte, und schloß mit dem Papst ein sehr einträgliches Geschäft ab. Darüber berichten die Annalen des Frankenreiches zum Jahre 751: „Der Bischof Burghard von Würzburg und der Kapellan Volrad wurden an den Papst Zacharias geschickt, damit sie wegen der Könige in Franken, die damals nicht die königliche Macht hatten, fragen sollten, ob das gut sei oder nicht. Da ließ der Papst Zacharias Pippin sagen: Es sei besser, daß der König heiße, der die Macht habe, als der, der ohne königliche Macht bliebe, und befahl kraft seiner apostolischen Vollmacht, damit die Ordnung nicht gestört würde, daß Pippin König wäre."

Pippin erhielt die königliche Macht und für das Fehlen des königlichen Geblütes, dem nach germanischer Anschauung eine besondere Kraft innewohnte, die kirchliche Salbung, die göttliche Weihe verlieh. Als Dank dafür genoß der Papst Schutz vor seinen Feinden und erhielt allen Landbesitz der römischen Kirche um Rom und Ravenna (das Patrimonium = Kirchenstaat) in der „Pippinischen Schenkung" verbrieft. So hatte sich der erste Karolingerkönig aus Eigennutz einer Macht verbündet, die vorläufig erst geistlich herrschte und deren Schutzherr er war. Mit der Bestätigung des Kirchenstaates (754) aber gab er ihr gleichzeitig als vorläufig noch unsichtbare Gabe

schnöden Eigennutz mit auf den ferneren Weg, der sich im Streben nach weltlichem Herrschertum bald genug bemerkbar machen sollte.

Der letzte Merowinger jedoch wurde dadurch unschädlich gemacht, daß man ihn ins Kloster schickte. Zuvor aber schnitt man ihm die langen Locken ab, die als Zeichen germanischer Herrscherwürde galten. In zwiefacher Hinsicht erhielt dieses Scheren der Haare für die Zukunft sinnbildliche Bedeutung: Fürstlicher und kirchlicher Eigennutz reichten sich die Hände, um das rechtmäßige Königtum zu vernichten, und die Karolinger trieben zugunsten des Christentums schändlichen Verrat am Germanentum.

Zur gleichen Zeit, in der Pippin nach der Königsmacht griff, hielt sich der angelsächsische Edeling Winfried in Germanien auf, um dessen Bewohner im Auftrage des Papstes zum Christentum zu bekehren. Mit großem Eifer führte er den gegebenen Befehl aus, und es gelang ihm rasch, viele Thüringer, Hessen und Bayern durch Predigten und die Auswertung frommer Trugschlüsse (Donar rächte die Fällung der heiligen Eiche bei Geismar nicht!) für den neuen Glauben zu gewinnen. Kirchen, Klöster und Bistümer entstanden. Die Geistlichen verpflichteten sich, Rom zu gehorchen, wie er ja selbst den Gehorsamseid geschworen hatte. Er organisierte die gesamte fränkische Reichskirche und beging dabei den schändlichsten Landesverrat, an dessen Folgen unser Volk heute noch zu tragen hat (Devisenschieberprozesse, politischer Katholizismus u. a. m.!), denn er unterstellte Deutschland in kirchlicher Hinsicht dem internationalen Rom. Der Papst wußte es zu danken, daß Winfried seinem Eigennutz gutgläubig unschätzbare Dienste geleistet hatte: Bonifatius hieß er fortan und wurde zum Erzbischof von Mainz gemacht.

Mit Pippin hatte wieder am Anfang der Regentschaft eines neuen Herrscherhauses ein Mann gestanden, dessen Denken und Handeln ausschließlich vom Eigennutz geleitet worden war. Machtraffen und herrschen hieß sein Ziel, dem ebenso sein bedeutenderer Sohn Karl nachstrebte. Zwei Aufgaben glaubte auch dieser als vordringlich behandeln zu müssen: Alle Germanen, und sei es mit Feuer und Schwert, zum Christentum zu bekehren und sein Reich zu vergrößern. Beide stellte gebieterisch der Eigennutz: Die erste der päpstliche, dem Karl willige und getreue Handlangerdienste leistete, die zweite jedoch sein eigener, der herrisch nach mehr Gewalt verlangte. Zwei Mächte trieben so Karl (768—814) in den Kampf, in dem er sich vor keinem Mittel scheute, um an das Ziel seiner und anderer Wünsche zu gelangen.

Die Bayern und Sachsen hatten sich als Einzige dem eigennützigen Streben des ersten Karolingerkönigs zu widersetzen vermocht und sich ihre Freiheit bewahrt. Jetzt ging König Karl daran, auch ihre Gebiete seinem Reiche einzuverleiben. Verhältnismäßig schnell gelang es ihm, die Bayern zu unterwerfen und ihr Stammesherzogtum zu zertrümmern. Im Jahre 788 wurde Herzog Tassilo III. ins Kloster geschickt und auf diese bereits bewährte Art unschädlich gemacht.

Weit zäheren Widerstand setzten die Sachsen dem Franken entgegen, die sich wieder und wieder empörten, um der Unterwerfung zu entgehen. Mit grausamen Methoden suchten sich die Gegner in dem dreißigjährigen Vernichtungskriege niederzuzwingen, in dem auf beiden Seiten der Eigennutz focht: Stammesherzöglicher Eigennutz im Hinblick auf das Reich Karls, jedoch arisch bedingter, stammgebundener Gemeinnutz führte Widukind das Schwert für seine Sachsen, und dieser selbe Gemeinnutz beugte ihm vor dem Christengotte die Kniee, um seinen Stamm vor dem sicheren Untergange zu retten. Eigennutz legte auch Karl die Waffen in die Hand, ließ ihn in römisch-imperialistischer Ausrichtung den gewaltigen Aderlaß arischen Blutes vollbringen, bei dem aus Rache 4500 der tapfersten Männer bei Verden auf einmal in das Grab sanken, und 10 000 Männer und Frauen mußten ihre Heimat verlassen, um in der Fremde angesiedelt zu werden. Nach der Jahrhundertwende gaben die Sachsen den Widerstand endgültig auf. Auch ihr Stammesherzogtum zerfiel in Trümmer. Alle Germanen besaßen somit den Christenglauben, alle ihre Gebiete beherrschte eine einzige Hand, umschloß ein Reich, dessen Grenzen vom Atlantischen Ozean bis zur Saale und Elbe, von der Nordsee bis zum Mittelländischen Meere reichten. Karl war am Ziel. Aber auch des Papstes eigennützigen Befehl hatte er getreulich ausgeführt. Wie einst Bonifatius seinen Namen und die erzbischöfliche Würde für die der Kirche erwiesenen Dienste zur Stärkung ihrer Macht erhielt, so setzte nunmehr der Papst dem Frankenkönig für die Vernichtung des letzten echten Germanentums und die völlige Christianisierung Deutschlands die Kaiserkrone aufs Haupt, gewissermaßen als Gabe des Dankes, daß Karl so gehorsam dem päpstlichen Eigennutz gehuldigt hatte.

Nachdem Kaiser Karl ein so riesiges Reich zusammengebracht und das Christentum bei den Germanen durch schreckenerregende Gesetze, von denen fast jedes mit der Drohung: „. . . so soll er es mit

dem Leben büßen", endete, gesichert hatte, als er in jeder Hinsicht auf der Höhe seiner Macht stand und das gewaltige Organisationswerk durchführte, da vollzog sich in seiner Regententätigkeit im Hinblick auf die richtunggebende Triebkraft eine grundlegende Wandlung. War sein Weg mehr als drei Jahrzehnte von persönlichem Eigennutz — jedoch unbewußt volklichem Gemeinnutz — bestimmt gewesen, so erlangte nach beendetem Sachsenkriege, als es das Errungene hauptsächlich zu erhalten galt, der Gemeinnutz zunehmende Herrschaft über ihn. Ein merkwürdiger Knick kennzeichnet Kaiser Karls Regierungszeit, der sich auf allen Gebieten des staatlichen Lebens nachweisen läßt.

Seine besondere Sorge galt dem Kleinbauerntum. Die als lästig empfundene Ding- und Kriegsdienstpflicht, die ja die Schuld an der zunehmenden Vermeierung der Güter trug, fand — für die Dauer leider erfolglose — gesetzliche Regelung. Nur 9 bis 12 Tage brauchte der Freie noch am Ding oder Gericht teilzunehmen. Über die Heerfolge aber bestimmte ein Kapitular des Jahres 803: „Jeder freie Mann, der vier bebaute Hufen an Eigenem oder als eines anderen Lehen hat, rüste sich selbst aus und ziehe in eigener Person wider den Feind, sei es mit seinem Gefolgsherrn, wenn dieser auszieht, sei es mit seinem Grafen. Wer aber nur drei Hufen zu eigen besitzt, dem werde einer beigegeben, der eine Hufe hat, und dieser gebe jenem eine Beihilfe, damit jener für beide auszuziehen vermag. Wer aber nur zwei Hufen als sein Eigentum hat, dem geselle man einen anderen zu, der auch nur zwei Hufen hat, und dann ziehe einer von ihnen, während der andere ihm Beihilfe gewährt, gegen den Feind aus. Wer aber nur eine Hufe als Eigentum hat, dem sollen drei beigegeben werden, welche das gleiche haben, und sie sollen ihm Beistand gewähren, und er allein ziehe ins Feld. Die drei aber, welche ihm Beihilfe geben, mögen zu Hause bleiben."

Während Karl auf diese Weise die alte Grundlage des Volksheeres zu erhalten trachtete, blieb er gleichzeitig streng darauf bedacht, Fälle von Kriegsdienstverweigerung, Loskauf und Fahnenflucht (Herisliz), die jetzt als Majestätsverbrechen, einst jedoch als Vergehen gegen die gesamte Völkerschaft galten und in der Friedlosigkeit ihre Sühne fanden, durch Androhung schwerer Strafe zu unterbinden. Die über das ganze Reichsgebiet verstreuten königlichen Domänen und Meiergüter stellten Musterwirtschaften dar, von denen die übrige Bauernschaft viele Anregungen erhielt, die zur Steigerung der Bodenerträge

führten. Verwüstete Bauernstellen entstanden neu. Sendboten durchzogen das weite Land und sahen an des Kaisers Statt nach dem Rechten. Wert vor allen Dingen legte Karl auf die Besserung der Volksbildung. Kunst und Wissenschaft erfuhren besondere Förderung. Schulen entstanden im ganzen Reiche, denen er selbst die Richtlinien gab. Die alten Heldenlieder wurden aufgeschrieben. Jeder Stamm lebte weiterhin nach seinem gewohnten Recht, doch besaßen die königlichen Kapitularien Geltung für alle Bewohner des Staates, mochten sie in Italien, Frankreich oder Deutschland wohnen.

Auf allen Gebieten des staatlichen Lebens schuf Kaiser Karl eine mustergültige und großartige Organisation, deren Fäden allesamt in seiner Hand zusammenliefen. Er wußte über alle Vorgänge in seinem weiten Reiche Bescheid. Obwohl er noch wenige Jahre vorher mit furchtbarer Strenge den letzten Germanenstamm zu Boden zwang und sich für seine rücksichtslose Gewalt den Namen „Sachsenschlächter" verdiente, wirkte sich doch schon sehr bald die in der neuen Richtung verlaufende Tätigkeit aus. Durch Eigennutz war er zum Herrscher über das größte Reich des Abendlandes und alle Germanen geworden; im Zeichen des Gemeinnutzes organisierte und verwaltete er den Staat, verhalf ihm und der zusammengezwungenen Bewohnerschaft zum Wohlstand und sicherte, wenigstens für seine Regierungszeit, seinen Bestand. Als überragender Organisator hat er den Beinamen „der Große" erhalten.

Als Kaiser Karl im Jahr 814 die Augen schloß, war kein ebenbürtiger Sohn vorhanden, der das nur ein Jahrzehnt im Gemeinnutz wurzelnde Werk des Vaters weiterführen konnte. Zum Unglück des fränkischen Reiches neigte sich die Schicksalswage. Ludwig bestieg den Thron. Er war zu schwach, dem kirchlichen Eigennutz zu widerstehen. Er gab bedingungslos den Einflüsterungen der Geistlichkeit nach, die auch weiterhin darauf bedacht blieb, alle Reste des Germanentums gründlich auszurotten. Daher mußten die von Kaiser Karl gesammelten Heldenlieder als heidnisch verbrennen. Weil eben Ludwig der Kirche jeden Wunsch erfüllte, erhielt er von ihr den Beinamen „der Fromme" zuerkannt, denn er hatte ja Zeit seiner Regierungstätigkeit in der Fron ihres Eigennutzes gestanden.

Ludwig († 840) war zu schwach gewesen, das gewaltige Werk seines Vaters kraftvoll fortzusetzen und das Reich zusammenzuhalten. Noch bei Lebzeiten teilte er es unter seine drei Söhne auf, die aus eigennütziger Machtraffung einander erbittert bekämpften. Seit dem

Jahre 840 gehörte ihnen allein das Reich, doch die Kriege tobten weiter und schädigten das Land. Schon zwei Jahre später schlossen Karl und Ludwig gegen ihren Bruder Lothar, um ihm seinen Herrschaftsanteil zu entreißen, einen Bund, den sie mit den zweisprachig abgefaßten Straßburger Eiden beschworen. Der Westen und der Osten des großen Frankenreiches wiesen bereits in sprachlicher und kultureller Hinsicht große Unterschiede auf, die schon damals die Unmöglichkeit, auf die Dauer eine politische Einheit zu bilden, erkennen ließen.

Trotz allen eigennützigen Streites und Haders fanden die drei Brüder im Jahre 843 eine friedliche Lösung: Im Vertrage zu Verdun teilten sie das Reich ihres Großvaters unter sich auf: Ludwig der Deutsche erhielt östlich des Rheins das Kernstück des Deutschen Reiches zugesprochen, dessen Geburt sich damit vollzog. Karl der Kahle belegte Westfranken, das heutige Frankreich, mit Beschlag, während Lothar Mittelfranken, das Gebiet zwischen den beiden anderen, und Italien mit der Kaiserkrone zufiel. Doch nicht allzulange währte der Friede. Als Lothar II. nur einen schwächlichen Sohn hinterließ, schoben der deutsche und französische Herrscher dessen Erbansprüche kurzerhand beiseite und teilten im Vertrage zu Mersen (870) das „Lotharii regnum" auf. Der Löwenanteil fiel Kerndeutschland zu, dessen nunmehr völkische Grenzen bis zur Schelde, Maas, Sâone und Rhône reichten. Westfranken mußte sich mit einem weit geringeren Stück begnügen. Italien dagegen durfte sich der Selbständigkeit erfreuen.

Kaum ein halbes Jahrhundert war dahingegangen, und schon war das Reich Kaiser Karls in Stücke zerfallen. Zwar faßte Karl der Dicke den gewaltigen Besitz noch einmal auf wenige Monate zusammen, doch als er starb (888), entstanden sofort wieder die drei Teile, die nun aber Bistumsgrenzen schieden. Im deutschen Ostfranken regierten als letzte Karolinger nur unfähige Herrscher, die sich in keiner Weise ihrer Aufgabe gewachsen zeigten.

In dieser Zeit der ausgehenden Karolingermacht erwachte in Deutschland der Eigennutz wieder stärker als zuvor. Die Stammesherzogtümer entstanden neu, deren Herzöge die günstige Gelegenheit ergriffen und verhältnismäßig rasch wieder große Macht in ihren Händen vereinigten. Niemand konnte ihnen wehren, da ja der letzte Ludwig den Thron als Kind bestieg. Als mit ihm im Jahre 911 das

Karolingergeschlecht der deutschen Linie ausstarb, besaßen die Stammesherzogtümer nahezu schon Selbständigkeit. Kerndeutschland aber drohte auseinanderzufallen.

Da fügte es jedoch das Schicksal, daß sich die Stammesherzöge trotz ihres eigennützigen Strebens zusammenfanden und Conrad I., einen nahen Verwandten des ausgestorbenen Herrscherhauses, zum deutschen König wählten. Als Herzog hatte er ebenso nach eigner Macht gestrebt; als König jedoch machte er den Gemeinnutz für das Reich zu seinem Herrschaftsprinzip. So viel er sich auch mühte, sein Ziel zu erreichen und ein starkes Königtum zu schaffen, alle Anstrengungen schlugen fehl, weil ihm der mächtigste Stammesherzog, der Sachse, erbittert und erfolgreich Widerstand entgegensetzte. Nur wenig vermochte Conrad während seiner kurzen Regierungszeit (911—918) für das Reich auszurichten. Seine größte Tat aber, die sein ganzes großherziges und uneigennütziges, nur dem Reiche dienendes Denken offenbarte, vollbrachte er noch auf dem Sterbebette: Er bewog seinen Bruder Eberhard, auf des Deutschen Reiches Krone zu verzichten und sie dem mächtigen Herzog, der bis zuletzt am zähesten Widerstand geleistet, Heinrich von Sachsen, zu überbringen. Edler Gemeinnutz bestimmte diesen Schritt und ließ den letzten Franken richtig handeln.

Ursachen des deutschen Aufstiegs zur Sachsenkaiserzeit

Als Herzog Heinrich die deutsche Königskrone angenommen und dadurch die Erbansprüche der noch lebenden französischen Karolinger übergangen hatte, so daß nunmehr das schon 843 gegründete Deutsche Reich auch seine völlige Selbständigkeit erhielt, vollzog auch er einen Wechsel im Hinblick auf die beherrschenden Triebkräfte seines Denkens und Handelns. Als Stammesfürst war er Konrads I. mächtigster Widersacher gewesen, als König aber faßte er die Königswürde in dessen Sinne als Verpflichtung gegen Staat und Volk auf. In jeder Hinsicht ging er seine eigenen Wege, sei es nun der Kirche oder den Vertretern des Partikularismus gegenüber. Von vornherein verzichtete er daher auf die Kaiserkrone, und er dachte nicht daran, sich mit einer bloßen Scheinherrschaft zu begnügen. Er wollte wirklich des Reiches Oberhaupt sein. Nur die Sachsen und hatten ihn dazu gewählt. Die anderen aber galt es, seinem Willen gefügig zu machen. Im eigennützigen Streben nach Macht erkannten sie Heinrich nicht an, und der Lothringer gab sich sogar dazu her, dem Könige der Franzosen zu huldigen und diesem sein Land zu unterstellen. So begann der Kampf, den der Sachse zugunsten der Einheit des Reiches und der Stärkung der Zentralgewalt führte.

Heinrich war in der Verfolgung seines Zieles Realpolitiker genug, sich mit dem zu begnügen, was die gegebenen Verhältnisse erreichen ließen. Er verzichtete daher von vornherein darauf, die Herzöge zu unterwerfen, sondern gab sich damit zufrieden, daß sie ihn als König anerkannten. Bei den Süddeutschen gelang ihm das verhältnismäßig rasch. Schließlich brachte er auch Lothringen in den Verband des Reiches zurück. Heinrichs erstes großes Ziel war erreicht: Er hatte einen Bundesstaat geschaffen (925) und damit alle Teile des Reiches wieder fester zusammengefügt.

Gleichzeitig galt es aber auch, äußeren Feinden zu wehren. Die Ungarn hatten wiederholt deutsches Land verwüstend durchzogen und sich sogar bis nach Sachsen vorgewagt. Als einziger trat ihnen Heinrich entgegen, denn die übrigen deutschen Fürsten versagten ihm eigennützig jede Unterstützung. Schließlich kam ihm ein glücklicher

Zufall zuhilfe. Die Auslieferung eines gefangenen vornehmen Fürsten verschaffte dem Reiche gegen eine jährliche Tributzahlung einen neunjährigen Waffenstillstand (924), den der König in jeder Weise zum Vorteile von Volk und Staat zu nutzen wußte.

Als Heinrich kurz darauf auch das nationale Einigungswerk vollbrachte (925), gab es für seine gemeinnützigen Pläne keine Hindernisse mehr. Während der Zeit des Waffenstillstandes schuf er ein Reiterheer, das dem ungarischen jederzeit entgegenzutreten vermochte. Ruhe gab es für ihn nicht. Seine Heere führte er gegen die Slawen, die schon lange die Grenzen unsicher gemacht und sie häufig raubend und plündernd überschritten hatten, und besiegte sie. Weite Strecken einst deutschen Volksbodens wurden so zurückgewonnen und durch Burgen, Städte (damalige Festungen) und Straßen gesichert und behauptet. Als dann die Ungarn kamen, um mit Waffengewalt den verweigerten Tribut zu holen, offenbarte sich die Bedeutung des gemeinnützigen Wirkens: Die Feinde wurden an der Unstrut (933) vernichtend geschlagen, so daß sie zu Heinrichs Lebzeiten nicht wiederkehrten. Ruhe und Ordnung herrschten danach in Deutschland wieder, die dem gesamten Volke zugute kamen.

In unermüdlicher, nur auf das Wohl der Gesamtheit gerichteter Tätigkeit hatte Heinrich I. das Fundament errichtet, auf dem sein größerer Sohn Otto ein Gebäude nach seinem Willen und Ermessen erbauen konnte. Als er im Jahre 936 an die Regierung kam, mußten die Herzöge schon bald erfahren, daß er nicht in seines Vaters Spuren wandelte. Ihm genügte bei weitem nicht die bloße Anerkennung seiner Würde, er wollte herrschen in einem mächtigen Reiche, in dem nur ein Wille, der des Königs, galt. Darauf richtete er sofort seinen Sinn: Die Zentralgewalt zu stärken und des Reiches Ansehen und Macht zu erhöhen. Zur Erreichung dieses Zieles gab es nur einen einzigen Weg: Die im Eigennutz wurzelnden Gewalten zu unterdrücken und zu beseitigen. Das bedeutete aber Kampf mit den Herzögen, die noch recht beträchtliche Macht besaßen.

Kaum hatte Otto I. den Thron bestiegen, als er auch schon von den Fürsten unbedingten Gehorsam forderte. Ihr Stolz und Eigennutz ließen es jedoch nicht zu, ihre Kniee zu beugen und dem königlichen Willen zu entsprechen. Ein Aufstand nach dem anderen flammte auf. Selbst Heinrich, sein Bruder, zählte zu den Rebellen. Otto hielt zäh stand, immer das große selstgesteckte Ziel im Auge. Die Herzöge empfingen ihren verdienten Lohn: Der eine fiel im Kampf, der

andere ertrank auf der Flucht im Rhein; Heinrich aber erbat und erhielt Verzeihung.

Zum ersten Male hatte der junge König den Eigennutz in seinem Reiche besiegt, gleichzeitig aber auch die Erkenntnis gewonnen, daß mit den bisherigen Herzögen ein Regieren unmöglich war. Er suchte daher einen anderen Weg: Die Einheit und Stärke des Reiches gedachte er nunmehr auf die Bande des Blutes nach altgermanischer Weise zu gründen. Seine Söhne und der Schwiegersohn erhielten die Herzogtümer zugesprochen. Kaum hatten sie jedoch Macht bekommen und verspürt, da nagte an ihrer Treue der Eigennutz. Alle unterlagen ihm. Neue Aufstände loderten auf, die die zu Hilfe gerufenen Ungarn in ihrem Sinne beenden sollten. Da mußte Otto enttäuscht erkennen, daß — im Gegensatz zur Zeit der Ahnen — die Blutsbande keine heilige Verpflichtung mehr auferlegten. Das Wissen um ihre Bedeutung war durch gewisse Kräfte zerstört worden. Jetzt erwies sich die Blutsbindung als zu schwach, dem Reiche eine feste und dauerhafte Stütze zu sein. Es gab neuen Krieg, den er schließlich ebenso zu seinen Gunsten beschließen konnte. Zum zweiten Male, diesmal aber endgültig, waren die Träger des Eigennutzes unterlegen. Im ganzen Lande standen dem König keine nennenswerten Widerstände mehr entgegen: Deutschland bildete einen Einheitsstaat, wie Otto ihn geplant hatte.

Nachdem es innere Feinde nicht mehr gab, galt es die äußeren zu bezwingen. Schon durchstreiften die Ungarn das südliche Land bis an den Schwarzwald, als ihnen — zum ersten Male — das geeinte deutsche Heer entgegentrat. Auf dem Lechfelde tobte die Schlacht (955), die es den nomadisierenden Ungarn verleitete, jemals wieder in kriegerischer Gesinnung deutschen Boden zu betreten. Sie wurden später (um 1000) seßhaft. Die deutschen Heere aber hatten Mitteleuropa von einer großen Gefahr befreit.

Zur Mehrung des Reiches führte Otto kraftvoll und zielbewußt die Ostkolonisation seines Vaters fort. Er setzte Markgrafen ein, von denen besonders Hermann Billung an der Niederelbe und Gero an der Mittelelbe zu des Reiches gemeinem Nutzen große Erfolge erzielen konnten. Bistümer entstanden in den gut gesicherten Grenzgebieten. Aber auch im Westen schuf der König feste Grenzen. Das jahrzehntelang hin- und herschwankende Lothringen wurde endgültig mit Deutschland verbunden.

Als die inneren und äußeren Widerstände niedergerungen waren und die Tatsache unumstößlich feststand, daß Herzöge Hindernisse für das Königtum bedeuteten, ging Otto daran, sich eine andere, zuverlässigere Stütze zu schaffen: Das geistliche Beamtentum. Er machte die Bischöfe zu Stützen der Reichseinheit, bediente sich ihrer als Räte und gab ihnen große Stücke Landes als Lehen. Auf sie konnte er sich besser verlassen, da nach ihrem Tode infolge ihrer Ehelosigkeit keine Erblichkeit des Amtes eintrat und dafür ein anderer, dem König treu ergebener Geistlicher eingesetzt werden konnte. Aber auch in dieser Organisation lag eine große Gefahr beschlossen: Mit dem Landbesitz wurde den Trägern des Amtes auch das eigennützige Streben nach weltlicher Macht mitgegeben, das zwar vorläufig, solange ein starker Herrscher regierte, nicht in Erscheinung trat, doch später deutschen Königen schwere Sorgen und harte Kämpfe bereitete. Sie hatten erst zu büßen, daß sich Otto jetzt der Kirche in einer bisher ungekannten Weise bediente und ihren Wünschen in mancher Hinsicht nachgab, ohne auch nur eine Gefahr für die Zukunft zu ahnen. Bistümer erhielten das Immunitätsprivileg, das diese Gebiete in gerichtlicher und rechtlicher Hinsicht von den übrigen Reichsteilen absonderte.

Wir brauchen nur in die entsprechende Urkunde für das Bistum Speyer zu sehen, um den Geist zu erkennen, in dem die Kaiser und Könige der Kirche gegenüber handelten, und die Mittel festzustellen, deren sie sich, trotzdem sie sich fest in des Kaisers Hand befand, bediente, um eigennützig ihre Vorteile wahrzunehmen. In dem Immunitätsprivileg Otto I. für das erwähnte Bistum (969) heißt es gleich eingangs: „Wir üben nicht nur ein kaiserliches Recht aus, wenn wir die Wünsche der Priester und Diener Gottes, die sie zu unseren Ohren gebracht haben, erfüllen, sondern wir glauben, daß uns solche Handlungen auch himmlischen Lohn einbringen". Das erbetene Recht wurde gewährt, wie wir daraus weiter erfahren: „Dieser Bitte haben wir wegen unserer Liebe zu Gott und wegen unserer Verehrung der heiligen Maria zugestimmt und befohlen, der Kirche folgende hohe Gnaden zu gewähren. Wir ordnen an und bestimmen, daß kein Herzog, kein Graf und kein öffentlicher Richter auf Grund königlicher Vollmacht noch irgend ein Unbekannter mit irgendwelchem Rechtstitel und überhaupt kein öffentlicher Beamter auf Grund einer königlichen Anordnung oder Erlaubnis sich anmaße, Gerichtsurteile zu fällen. Vielmehr ist die Gerichtsbarkeit in der Stadt Speyer und außerhalb der Mauern einzig und allein Sache des Bischofs und des

Vogts, der aus den Angehörigen der Kirche der heiligen Mutter Maria zu nehmen ist. Auch soll keiner von unseren Getreuen der heiligen Kirche Gottes sich erlauben, die Kirchen, Orte, Felder und die anderen Besitzungen der genannten Kirche, die sie gegenwärtig und zukünftig besitzt, auch nicht die Schenkungen der heiligen Kirche zu irgend einer Zeit zu betreten, um dort Amtshandlungen auszuüben: Gerichtstage abzuhalten, Friedensgelder zu erheben, Einquartierungen vorzunehmen, Unterhalt zu beanspruchen, Bürgen aus dem geistlichen Gebiet herauszuziehen, die Erfüllung von Pflichten oder ungesetzmäßige Leistungen zu verlangen und Hintersassen der Kirche, weder Freie noch Unfreie, widerrechtlich der königlichen Gewalt zu unterstellen. Keineswegs soll sich jemand herausnehmen, die genannten öffentlichen Abgaben und Leistungen geltend zu machen. Und es sei den Dienern der Kirche dort erlaubt, unter dem Schutz unserer Immunität in ruhiger Ordnung zu leben und zu wohnen, damit sie geeigneter sind, zu aller Zeit für uns, unsere Gemahlin und unsere Nachkommen wie für die Sicherheit des ganzen Reiches, das uns von Gott geschenkt worden ist, die Gnade des Herren inständiger herabzuflehen."

Nach der Errichtung des geistlichen Beamtentums ergab sich für Otto eine weitere große Aufgabe. Wenn sein Werk Bestand haben sollte, dann mußte er unbedingt über seine Beamten verfügen können. Das hieß aber für ihn, die internationale eigennützige Macht, das Papsttum, in seine Gewalt zu bringen. Dieser Absicht kam eine günstige Gelegenheit zuhilfe: Der Papst bat Otto gegen Berengar von Ivrea um Schutz. Willig folgte er dem Rufe, stellte Johann XII. unter seine Schutzherrschaft und ließ sich von ihm zum deutschen Kaiser krönen (962). Jener aber versuchte bald, sich durch die Flucht der Abhängigkeit zu entziehen. Da griff der Kaiser zu dem einzig richtigen Mittel: Er setzte den Papst ab und einen anderen an dessen Stelle, der Otto gefügig war. Damit hatte er sein Ziel erreicht.

Alle Träger des Eigennutzes, die seinem Einheitsstaate gefährlich werden konnten, sowohl die deutschen Herzöge als auch das kirchliche Oberhaupt, befanden sich völlig in des Kaisers Hand. Ihre verderbliche Tätigkeit war ausgeschaltet, so daß Otto ganz nach seinem Willen zum Besten von Volk und Staat regieren konnte. Das letzte Regierungsjahrzehnt dieses Herrschers füllte denn auch die Verwirklichung seiner gemeinnützigen Pläne aus, die in jeder Hinsicht große Erfolge zeitigten. Das Reich stand auf der Höhe seiner Macht, und der

deutsche Kaiser nahm in Europa die Schiedsrichterstellung ein. Alles blickte nach ihm und zu ihm auf, und niemand wagte, gegen seine Person oder gegen sein Werk anzugehen. In Kerndeutschland herrschte tiefer Friede, nur weit im Osten wehrten die Markgrafen den unruhigen Slawen. Wohlstand und Sicherheit hatten Einkehr gehalten. Gemeinnütziges Denken und Handeln verliehen sowohl dem Reich als auch dem Kaiser Ansehen und Macht, so daß er zum Begründer des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" und zum Schutzherrn der Kirche werden konnte. Die Bevölkerung aber dankte ihm seine großen Erfolge und Taten durch den verdienten Namen „Otto der Große". —

Wenn ein Reich auf Grund überragender Leistungen und Erfolge einer Herrscherpersönlichkeit zu Macht und Glanz emporgestiegen ist, so kann sein Fortbestand auf solcher Höhe nur dann für die Zukunft als gesichert gelten, wenn dauernd ebensolche oder noch fähigere Nachfolger den Thron besteigen und sich in ihrem Denken und Tun von der gleichen Triebkraft lenken lassen, die Volk und Staat zu bedeutsamer Höhe emporgeführt hat. Schwache und unfähige Regenten bilden nur Spielbälle der Träger eigennütziger Kräfte, und in ihren Händen sinken Volk und Reich zu Macht- und Bedeutungslosigkeit herab. Große Werke fallen der Zerstörung anheim, da jene nicht die Kraft zu ihrer Erhaltung besitzen. Einem unbeständigen Wellenspiel gleicht die deutsche Geschichte. Höhen und Tiefen wechseln einander in verhältnismäßig rascher Folge ab. Kurzen Höhepunkten folgte langes Durchschreiten der Tiefen, bis wiederum ein Genie den Weg des Aufstiegs bahnte.

So war es oft in deutscher Vergangenheit. Merowinger und Karolinger verdankten diesem unglücklichen Umstand ihren Untergang. Jetzt drohte auch dem Sachsengeschlechte das gleiche Schicksal. Zwar vermochte Otto II. (973—983) noch die von seinem Vater begründete Kaisermacht aufrecht und die Fürsten in Bedeutungslosigkeit zu erhalten (Absetzung des Bayern!), aber seine Kämpfe um das Erbe seiner Gemahlin im fernen Süditalien fügten dem Reiche großen Schaden zu. Folgerichtig hatte dieser Kaiser die vorgezeichnete Italienpolitik aufgenommen, die ihm sein Vorgänger, der Begründer des römisch-deutschen Kaiserreiches, als gefährliches Erbe hinterließ. Während seiner langen Abwesenheit vermochten die Herzöge wieder neue Macht zu erraffen, und die Dänen und Wenden nutzten die Niederlage des Kaisers (982 bei Cotrone) aus, die deutsche Herrschaft

abzuschütteln. Das Kolonisationswerk Heinrichs I. und Ottos d. Gr. wurde restlos zerstört. Elbe und Saale bildeten wieder die Grenzen des Reiches. In seinem Inneren blieben jedoch Macht und Ordnung erhalten.

Eine Wendung zum Schlimmeren trat in dieser Hinsicht erst ein, als mit dem plötzlichen Ableben Ottos II. sein dreijähriges Söhnchen Herrscher wurde. Durch dieses nationale Unglück regte sich schlagartig der Eigennutz der Fürsten und der Kirche. Der Bayer Heinrich der Zänker verlangte die Vormundschaft und schließlich auch die Krone, ohne jedoch Erfolg zu haben. Frauen regierten das weite Reich: Die Mutter Theophano, eine Griechin, in Deutschland, die Großmutter Adelhaid in Italien. Beide waren zu schwach, den Vertretern des Eigennutzes zu wehren. Heinrich der Zänker erhielt sein bayrisches Herzogtum zurück, das Otto II. ihm genommen. Die Selbständigkeit der Großen des Reiches wuchs. Die Kirche leitete die Erziehung des jungen Königs ganz in ihrem Sinne. Ja, es kam sogar dahin, daß nach Theophanos Tode die Großmutter gemeinschaftlich mit dem Erzbischof Willigis von Mainz die Regentschaft führte. Als Otto III. sie selbst übernahm (995), war schon zu viel verdorben. Er vermochte nicht, dem Reiche die alte Stellung und Bedeutung zurückzugeben, weil ihm die Kirche den Sinn für ein vom Gemeinnutz getragenes deutsches Kaisertum völlig genommen hatte. In welcher Weise er jedoch ihrem Eigennutz frönen mußte, das war ihm frühzeitig genug beigebracht worden. Daher wurde es ihm auch nicht bewußt, daß er mit seinem Plane, im Verein mit dem Papste einen Gottesstaat auf Erden zu schaffen, und der Verlegung seines Residenzsitzes nach Rom, das Reich und das deutsche Königtum in unerhörter Weise schädigte. Des Papstes Einfluß und Macht wuchsen. Der Kaiser befand sich ja fast völlig als Spielzeug in seiner Hand. Unter diesen Umständen vermochten auch die deutschen Fürsten ungestört ihre Macht zu mehren. Sie hielten Frieden, weil sie so am besten ihr eigennütziges Ziel erreichen konnten. Vom gewaltigen Werke eines Otto des Großen war ein Vierteljahrhundert später nur noch ein unbedeutender Rest, vorzüglich aber die Erinnerung übrig geblieben. Im Hinblick darauf mußte es als ein Glück bezeichnet werden, daß der dritte Otto schon im Jahre 1002 verstarb, denn unter diesem kirchlich-international eingesponnenen Herrscher strebte der Eigennutz seinem Siege zu.

Dann trat Heinrich II. (1002—1024) seine Regentschaft an, die sich dadurch wesentlich von denen seiner beiden Vorgänger unterschied, daß sie im Zeichen eines, wenn auch nur beschränkten Gemeinnutzes stand. Nüchtern und praktisch, wie er war, stellte er das erschütterte Ansehen der Kaisergewalt wieder her, wie er überhaupt als starke Herrschernatur das Reich fest zusammenhielt. Auch die hohe Geistlichkeit mußte wiederum den Interessen des Reiches dienen.

Dieser Umschwung zum Besseren wirkte sich jedoch nur auf machtpolitischem Gebiete aus. Wenn auch das Papsttum Heinrichs II. Plänen infolge seiner Verstrickung in weltliche Lasterhaftigkeit nicht hinderlich war, so bewies er der Kirche gegenüber doch eine unverzeihliche Schwäche, die in den Zeitumständen selbst begründet lag. Er förderte in jeder Weise die clunyazensischen Gedanken, die eine Reform des Mönchswesens und eine Erneuerung und Vertiefung des religiösen Lebens anstrebten, so daß ihm die Geistlichkeit den bezeichnenden Beinamen „der Heilige" verlieh.

Auch die äußeren Feinde bekamen die veränderten Verhältnisse zu spüren. Der Pole wurde besiegt, während die Wenden ihre Unabhängigkeit noch bewahren konnten. Als Sohn der Schwester des kinderlosen Königs Rudolf III. von Burgund machte er in jahrelangen Kämpfen und Verhandlungen sein Erbrecht auf dieses Land geltend, das er jedoch nicht dem Reiche einzuverleiben vermochte, weil ihn sein Onkel um einige Jahre überlebte. Ganz allgemein gesehen bedeutet Heinrichs II. Regierungszeit ein langsames Aufsteigen aus einem tiefen Wellentale, das allein sein gemeinnütziges Handeln vollbrachte.

Mit Heinrich endete das Herrscherhaus der Sachsen, dessen Vertreter im Laufe eines Jahrhunderts (919—1024) das Reich zu höchstem Glanze und größter Macht emporgeführt, es aber auch wieder in die Tiefe gestürzt hatten, um letzlich abermals den Weg in eine bessere Zukunft zu zeigen. Auch hier trugen Gemeinnutz und Eigennutz allein die Schuld daran. Aufwärts ging es nur im Zeichen des ersteren, solange es gelang, die Träger des anderen restlos auszuschalten. Als sie wieder ihr Haupt erhoben und ungestraft ihr Wesen treiben durften, da brach Großes und Gewaltiges nieder, das vorher mühsam aufgebaut worden war. In stetem Wechselspiel lösten sich die treibenden Kräfte im Handeln der Herrscher ab. Als Heinrich II. starb, standen die deutschen Fürsten, die sich ja bedingungslos dem Eigennutz

verschrieben hatten, vor einer schweren Wahl. Sie mußten sich entscheiden, welcher Triebkraft im Hinblick auf das Reich und ihre eigenen Wünsche sie ihre Stimme geben wollten. Ungewollt verhalfen sie dem richtigen Manne auf den Thron.

Der Kampf der Triebkräfte in der Salierzeit

Nach einem halben Jahrhundert, während dem Deutschland von seiner stolzen Höhe herabgeglitten war, erhielt mit Konrad II. (1024—1039) wieder ein deutscher Kaiser die Macht in die Hände gelegt, der sich von seinen Vorgängern bedeutend unterschied. Er dachte nicht daran, das Werk eines Heinrich II. oder gar Ottos III. fortzusetzen, nein, er nahm sich bewußt ein größeres Vorbild: Er strebte Otto d. Gr. nach, der Reich und Kaisertum zu gewaltiger Höhe emporgeführt hatte. Konrad war diese Persönlichkeit dazu, einem solchen Vorbild nachzueifern, denn auch er besaß den „Gemeinnutz" als den Leitstern seines Denkens und Handelns. Mutig und entschlossen ging er an die selbstgestellte Aufgabe heran, die jetzt unter den veränderten Zeitverhältnissen ungleich schwerer zu lösen war. Er sah sich gezwungen, andere Wege zur Verwirklichung seiner Pläne zu beschreiten.

Die Fürsten und die Kirche besaßen schon zu große Macht, als daß sie ohne weiteres beiseite geschoben werden konnten. Außerdem traute Konrad den Trägern des Eigennutzes nicht, denn er wußte aus den Ereignissen seiner jüngsten Vergangenheit, daß sie den Glanz und die Macht des Reiches vernichtet hatten. Ihm kam es daher in erster Linie darauf an, ihren Einfluß, besonders aber ihre Selbständigkeit, zu beseitigen. Zur Erreichung einer festen Reichseinheit wandte er daher gegen die Stammesherzöge ein verhältnismäßig einfaches Mittel an. Wenn einer von ihnen starb oder — wie z. B. sein Stiefsohn Ernst von Schwaben, der sich gegen ihn empörte — im Kampfe fiel, dann zog er deren Herzogtümer als erledigte Reichslehen ein und vereinigte sie allesamt in der Hand seines Sohnes und Nachfolgers Heinrich (III.), der auf diese Weise bei seinem Regierungsantritt Bayern, Schwaben und Franken als Herrschaftsgebiete besaß. Gegen die übrigen großen Vasallen, die seinem Vorhaben oft genug hinderlich im Wege standen, stützte er sich auf die Träger der niederen Lehen und wagte damit einen für die Zukunft ebenfalls gefährlichen Schritt. In Italien verlieh er ihnen die Erblichkeit und trat in Deutschland für diese ein.

Auch in anderer Hinsicht trug Konrad den veränderten Zeitverhältnissen so gut wie möglich Rechnung. Die Macht der weltlichen

Fürsten war in Deutschland fast völlig zusammengebrochen. Nun galt es nur noch, die Kirche in ihrer Machtstellung zurückzudrängen. In den vergangenen Jahrzehnten hatte sie es verstanden, zum Teil widerrechtlich große Stücke des Reichsgutes an sich zu bringen. Wie ihr Besitz wuchs, beweist wohl am besten eine Stelle aus dem „Leben Bernwards" (993—1022), das der Hildesheimer Priester Thangmar schrieb: „Obgleich er nun große Summen darauf verwendete, um die Wut der Barbaren (Slawen) zurückzuweisen, so kann man doch nicht beschreiben, wieviel er in seinem Bistum zum Nutzen seiner Kirche getan hat. Denn an Grundstücken erwarb er soviel, daß er dreißig oder noch mehr Haupthöfe nebst den Familien der Leibeigenen, zudem mit herrlichen Baulichkeiten geschmückt, ihr zubrachte, während er außerdem an unzähligen Orten zehn oder acht Hufen oder mehr oder weniger, wie es sich gerade traf, in den Besitz seiner Kirche übertrug."

Unter Konrads Regierung hörte dieses Treiben auf. Alle unrechtmäßig erworbenen Güter brachte er an das Reich zurück und mehrte so unaufhörlich das Reichsgut, das seine Vorgänger verschwendet hatten. Der verderbliche Einfluß der hohen Geistlichkeit in politischer Hinsicht hörte ebenfalls auf. Bald befanden sie sich als Beamten wieder fest in des Kaisers Hand.

Auch die äußeren Feinde erfuhren bald, daß wieder ein kraftvoller Herrscher auf dem Throne saß. Der Polenherzog Miesco, der mit seinen Heeren das Gebiet zwischen Saale und Elbe verwüstet hatte, wurde gezwungen, dem Kaiser zu huldigen (1033). Ebenso bekam der Ungar zur Sicherung der bayrischen Grenze gegen die wiederholten Einfälle seinen starken Arm zu fühlen. Der heftigste Kampf aber tobte um Burgund (1033). In dem Streit um das Erbe offenbarte Konrad in bester Weise sein gemeinnütziges Denken für das Reich. Er sah die Abmachungen seines Vorgängers mit dem nunmehr verstorbenen König nicht als private Angelegenheit, sondern als Staatsvertrag an und gründete darauf die Ansprüche des Deutschen Reiches auf dieses Land. Odo von der Champagne und sein Stiefsohn, Herzog Ernst von Schwaben, griffen zu den Waffen, um — jeder für sich — das Erbe als nähere Verwandte an sich zu reißen. Während dieser im Schwarzwalde fiel, verzichtete Odo erst nach drei Feldzügen auf Burgund, das daraufhin dem Reiche angegliedert wurde.

Im Norden des Reiches kam eine friedliche Lösung zustande. Die Mark Schleswig fiel durch Vertrag an Dänemark, so daß wieder die

Eider die Grenze bildete. Als Knud d. Gr. kurze Zeit darauf starb, bereute der Kaiser diesen Schritt. Er hätte sich trotz der eingegangenen verwandtschaftlichen Verhältnisse doch etwas zäher zeigen sollen.

Im Laufe eines Jahrzehnts erbitterter Kämpfe war es Konrad gelungen, alle einer starken Zentralgewalt widerstrebenden Kräfte niederzuringen und dem deutschen Reiche wieder Macht und Ansehen in Europa zu verschaffen. Seinen unbeirrbaren Gerechtigkeitssinn und den unbeugsamen Willen hatten sowohl die Fürsten als auch das Volk schon vor der Krönung, besonders aber auf seinem Umritte durch das Reich, feststellen und erfahren müssen, so daß sich die Bevölkerung bald erzählte, daß „an Konrads Sattel Karls Bügel hingen" (Wipo). Wie schon sein Vorbild Otto d. Gr., so steuerte auch dieser Kaiser geradlinig auf sein Ziel zu. Er strebte nach des Reiches Einheit, Ansehen, Macht und Stärke und des gesamten Volkes Einigkeit. Er bestand den schweren Kampf gegen den Eigennutz und seine Träger. Alle widerstrebenden Gewalten mußten sich beugen und blieben ausgeschaltet, solange Konrad II., einer der befähigsten deutschen Kaiser, regierte.

Nach ihm bestieg sein Sohn Heinrich III. den Thron, der alle Hoffnungen, die sein Vater auf ihn gesetzt hatte, zunichte machte. Er reichte in keiner Weise an diesen heran, obwohl er vielleicht die größte Macht im „Mittelalter" überhaupt in Händen hielt. Diese jedoch ausschließlich für das Reich zu nutzen, kam ihm aber nicht in den Sinn. Er gab den eigennützigen Fürsten und der Kirche nach und vernichtete das mühsam aufgebaute Werk seines Vorgängers wieder.

Gleich nach seinem Regierungsantritt ließ sich Heinrich III. (1039—56) von den Herzögen bestimmen, von den in seiner Hand vereinigten drei Stammesherzogtümern Schwaben und Bayern wieder an Herzöge zu verteilen und so die Reichsgewalt empfindlich zu schwächen. Wenn er auch den Böhmenherzog und den Ungarnkönig unterwarf und zu Vasallen machte, so wogen diese außenpolitischen Erfolge doch die Schäden nicht auf, die er durch seinen völlig kirchlich gerichteten Sinn anrichtete. Er befand sich völlig im Bann der clunyazensischen Reformgedanken, die es ihm auch unmöglich machten, der zweiten eigennützigen Macht, der Kirche, irgendwie nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen. Sehr freigiebig teilte er wieder das Reichs-

gut an sie aus, das kurz vorher erst mühsam zurückgewonnen worden war.

Hatte sich Konrad II. wohlweislich gehütet, sich in die päpstlichen Verhältnisse einzumischen, weil er zu genau wußte, daß ein schwaches und in völliger Verweltlichung lebendes kirchliches Oberhaupt seinen nationalen Plänen nicht hinderlich sein konnte, ja dessen Bedeutungs- und Machtlosigkeit für ihn sogar ein vortrefflicher Bundesgenosse war, den er brauchte, um seine Beamten unbedingt zu beherrschen und fest in der Hand zu halten, so glaubte Heinrich III. ein gottgefälliges Werk zu tun, wenn er das Papsttum aus seiner Lasterhaftigkeit und Sittenlosigkeit herausführte. Im Jahre 1046 setzte er daher auf der Synode zu Sutri drei der Simonie beschuldigte Päpste zugleich ab und den sittenstrengen, ganz vom clunyazensischen Geiste durchdrungenen Suidger von Bamberg ein. Dieser wie auch die drei nachfolgenden deutschen Päpste mühten sich, die kirchlichen Zustände zu bessern. So hatte ein deutscher Kaiser das Papsttum aus der Verweltlichung herausgerissen und damit auch dem internationalen päpstlichen Eigennutz wieder emporgeholfen, ohne sich auch nur im Geringsten darüber klar zu sein, daß er auf diese Weise den in Zukunft gefährlichsten Feind des deutschen Kaisertums stärkte und stützte, weil er ja nicht die in den Reformgedanken von Cluny ruhende Gefahr für das weltliche Herrschertum erkannte. Dazu trat noch, daß Heinrich in seiner Verblendung offen die Reformer und ebenso die Machtansprüche und Herrschgelüste des Papstes in Italien unterstützte.

Gegen Ende seiner Regierungszeit nahm der Kampf gegen die wachsende Gewalt der Reichsfürsten immer mehr zu. Heinrich stand allein, denn er hatte versäumt, den niederen Lehensadel durch Zugeständnisse für sich und als Stützen des Reiches zu gewinnen. So kämpften alle Träger des Eigennutzes gegen ihn, der diesen selbst erst zur Herrschaft verholfen hatte. Macht und Ansehen von Kaiser und Reich sanken rasch dahin. Und zu diesen unerquicklichen Verhältnissen gesellte sich wiederum ein nationales Unglück: Der neue Herrscher, Heinrich IV., zählte bei seiner Thronfolge erst sechs Lebensjahre.

Um die Vertretung der gemeinnützigen Belange für Kaiser und Reich war es in dieser Zeit sehr schlecht bestellt, denn es wiederholten sich in vieler Hinsicht Vorgänge, die sich einstmals um Otto III. abgespielt hatten. Der Eigennutz erhob übermütig und ungehindert sein Haupt, zumal wiederum eine Frau, Agnes von Poitou, als

Reichsverweserin die Regentschaft in Händen hielt. Heinrichs Mutter zeigte sich in keiner Weise dem Willen der Großen gewachsen. Überall gab sie schwächlich nach und verteilte die ledig gewordenen Herzogtümer wieder. Fürsten und Bischöfe bemühten sich eifrig, dem jungen König auch die letzte Macht zu entreißen. Wo sie nur konnten, steigerten sie ihre Selbständigkeit und strebten schließlich danach, den Knaben gänzlich ihrem Einfluß zu unterstellen. In der Verfolgung dieser Pläne gelang es dem Erzbischof von Köln, den zwölfjährigen Heinrich seiner Mutter zu entführen (1062), um seine Erziehung im Sinne der Kirche und der eigennützigen Fürstenschaft zu leiten.

Aber Anno täuschte sich, wenn er glaubte, den Knaben zu seinem Werkzeug machen zu können. Heinrich IV. war aus anderem Holz geschnitzt als sein Vater. In ihm kamen die ererbten Anlagen seines Großvaters bestimmend zum Durchbruch, den er sich später auch zum Vorbilde nahm. Das hatte der junge König schon bewiesen, als er bei seiner Entführung kurzerhand in den Rhein sprang, um sich zu retten. Es gelang ihm nicht, aber auch die jahrelange Strenge Annos fruchtete nicht. Sie erreichte nur, daß Heinrich in dieser trüben Jugendzeit für sein späteres Leben außerordentlich viel lernte: zu mißtrauen und Verstellung zu üben; aber seinen leidenschaftlichen Willen den Fürsten und der Kirche gefügig und dienstbar zu machen, erwies sich als ein vergebliches Unterfangen.

Zur Zeit der vormundschaftlichen Regierung hatte sich der Eigennutz in Deutschland ungestört ausbreiten und selbstsüchtig walten können. Darin trat aber in dem Augenblick eine grundlegende Änderung ein, als sich ihm der Gemeinnutz in der Person des mündig gewordenen jungen Königs entgegenstellte (1065). Die beiden alten Gegner standen sich wieder gegenüber und begannen, einen neuen erbitterten und langwierigen Kampf miteinander zu führen, der wohl der gewaltigste aber auch unerfreulichste des ganzen deutschen Mittelalters geblieben ist. Nur Zähigkeit und Ausdauer verliehen letzten Endes in diesem Ringen der Triebkräfte Aussicht auf Sieg. Gerade darin besaß aber Heinrich seinen Feinden gegenüber einen wesentlichen Vorteil. Er verkörperte das heldische Ariertum, das kein Niederbrechen und Verzweifeln, sondern nur ein Beugen kennt, das nach schweren Schicksalsschlägen nicht gottergeben die Hände in den Schoß fallen läßt, sondern mit einem „Nun erst recht" die Kräfte und Anstrengungen verdoppelt, um gegen das Geschick anzurennen und alles doch noch zum Besten zu wenden.

Wollte sich Heinrich IV. als deutscher Kaiser erfolgreich gegenüber den eigennützigen Gewalten durchsetzen, dann gab es nur einen Weg, seine Macht zu mehren und sich für sie eine Stütze zu schaffen. Zwar besaß er Franken als sein angestammtes Herzogtum, aber als Basis für die Durchführung seiner großen Pläne genügte es nicht. Viel Reichsgut war während der Vormundschaftsregierung an die weltlichen und geistlichen Fürsten Deutschlands verschwendet worden. Dieses forderte er rücksichtslos wieder zurück und zeigte damit, daß er in den Spuren seines Großvaters wandelte.

Häufig weilte der König in seinen Pfalzen am Harz, denn in dessen Bergen gab es Silber und Erz, die er für das Reich nutzen konnte. Hier ließ er Burgen bauen, die er mit seinen Dienstmannen aus Schwaben besetzte. Gegen das Treiben dieser „Fremden" regten sich bald Unwille und Haß bei den Sachsen, die in einem Aufstand die Harzburg zerstörten. Heinrich, der sich gerade dort aufhielt, konnte nur durch die Flucht auf heimlichen Pfaden durch Wald und Berge der Gefangenschaft entgehen.

Seine mühsam aufgebaute Macht sank mit einem Schlage dahin, denn kein deutscher Fürst fand sich in seinem Eigennutz bereit, ihm zu helfen. In dieser Not trugen ihm die Bürger von Worms und Köln Schutz und Unterstützung an, die er ihnen später dankte. Wohl gab es schon lange Städte, die durch Vorrechte emporgeblüht waren, aber als politische Faktoren traten sie jetzt zum ersten Male in Erscheinung. Sie stellten sich im geeigneten Augenblicke auf die Seite des Kaisers, denn sie erhofften von ihm — und dadurch erwiesen sie sich ebenfalls als Träger des Eigennutzes — Förderung im Kampf gegen ihre Grundherren (Erzbischöfe, Bischöfe, Herzöge und Fürsten), deren Gewalt sie abschütteln wollten.

Als es in Deutschland bekannt wurde, daß die Sachsen bei der Zerstörung der Harzburg auch die Gräber geschändet hatten, vollzog sich bei den Fürsten eine Wendung zu Heinrichs Gunsten. Einige von ihnen stellten ihm ihre Heere zur Verfügung, mit denen er den aufständischen Stamm besiegte. Die Führer nahm er in Haft, zog ihre Güter als erledigte Lehen ein und baute die niedergerissenen Burgen wieder auf. Schon zwei Jahre später besaß der deutsche König wieder ansehnliche Macht, die jedoch auch diesmal nicht von allzu langer Dauer sein sollte.

In Deutschland waren alle einer starken Reichsgewalt im Wege stehenden Mächte niedergerungen. Nach der Besiegung der Sachsen

wagten die Fürsten und Herzöge nicht, sich offen gegen Heinrich zu stellen, und die hohe Geistlichkeit befand sich ebenso fest in seiner Hand. Er setzte die Bischöfe als Reichsbeamte nach eigenem Ermessen in ihre Ämter ein (Investitur), so wie es seine Vorgänger auf dem Thron getan, und ließ sich dafür Gelder zahlen (Simonie), die für das Reich wichtige Steuereinnahmen bedeuteten. Gemeinnützig in jeder Hinsicht nahm er kraftvoll die Interessen des Staates wahr und mehrte unablässig seine Macht. Doch dieses Aufbauwerk störte diesmal der gefährlichste Feind des deutschen Kaisertums: der Papst, den der Eigennutz in noch nie gekannter Weise beherrschte.

Bereits während der Erniedrigung der Kaisermacht nach dem Regierungsantritt Heinrich IV. vermochte sich das Papsttum durch die Neuordnung der Papstwahl (Papstwahldekret Nikolaus' II. 1059) vom weltlichen Einfluß unabhängig zu machen und sich kurz danach auch militärischen Rückhalt durch die Lehenshoheit über die süditalienischen Normannen zu verschaffen. Seitdem aber Gregor VII., der als Kardinal Hildebrand schon über ein Jahrzehnt die päpstliche Politik bestimmt hatte, die Tiara trug, begannen die planmäßigen Angriffe gegen das Kaisertum. Auf diese Weise stattete jetzt das Papsttum seinen Dank für die Befreiung aus schlimmster Sittenlosigkeit ab. Heinrich nahm den Kampf an, in dem der Gemeinnutz für Volk und Reich gegen den personifizierten Eigennutz rang.

Gregor beherrschte einzig und allein der eine Gedanke, ein Gottesreich auf Erden unter der Führung des Papstes zu verwirklichen, in dem es keine weltlichen Einflüsse mehr geben sollte. Der Erreichung dieses Zieles stand allerdings das deutsche Kaisertum hinderlich im Wege. Deshalb trachtete Gregor danach, über dieses zu herrschen. In dieser Absicht bestärkte ihn noch die Ansicht des „Heiligen Augustin", der die weltliche Macht als die Erfindung des Übermutes und der Tyrannei hinstellte und dieser nur insoweit Berechtigung zusprach, als sie die Dienerin der in der Kirche verkörperten Gerechtigkeit wäre. Aber auch die Forderungen der Gregorianischen Reformpartei, die z. T. im „Dictatus Papae" zusammengestellt sind, spielen in der Zielsetzung des Papsttums eine große Rolle. Wenn man die darin verankerten Grundsätze kennt, dann nimmt es nicht mehr wunder, daß dieser außergewöhnlich erbitterte Kampf zwischen den beiden Mächten entbrennen mußte, denn sie lassen das wahre Gesicht des päpstlichen Eigennutzes erkennen.

Da heißt es z. B.: „(2) Allein der römische Bischof darf mit Recht als der allgemeine Bischof bezeichnet werden. (3) Er allein kann Bischöfe ab- und wieder einsetzen. (8) Er allein hat das Recht, die kaiserlichen Insignien zu tragen. (9) Der Papst ist der einzige, dessen Füße zu küssen alle Fürsten verpflichtet sind. (11) Sein Name ist ganz einzig in der Welt. (12) Ihm ist es erlaubt, Kaiser abzusetzen. (18) Seine Entscheidung darf von niemandem aufgehoben werden, und er allein kann sie abändern. (19) Er darf von keinem Menschen vor Gericht gezogen werden. (22) Die römische Kirche hat niemals geirrt und wird, wie die Schrift bezeugt, niemals irren. (24) Auf seine Anordnung und Erlaubnis hin dürfen Untertanen Anklage gegen ihre Herren erheben. (2) Wer nicht mit der Römischen Kirche in Eintracht lebt, soll nicht als Christ angesehen werden. (72) Der Papst kann Untertanen von der Verpflichtung der Treue gegen ungerechte Herren entbinden".

Unüberbrückbare Gegensätze in den Anschauungen trennten Kaiser und Papst voneinander. Die in Eigennutz, Unfehlbarkeit und Größenwahn wurzelnden Forderungen eines Gregor, die jegliche weltliche Autorität zu vernichten geeignet waren, konnte Heinrich nicht unwidersprochen hinnehmen. Damit war der Zusammenstoß unvermeidbar geworden. Beide Gegner prallten infolge des Verbotes von Investitur und Simonie aufeinander, denn dieses rüttelte an den Grundlagen des deutschen Reiches.

Auf der Fastensynode des Jahres 1075 erklärte der Papst alle verheirateten und simonistischen Priester für abgesetzt und bestritt dem Kaiser öffentlich das Recht der Investitur. Das bedeutete aber für diesen, daß er nicht mehr die freie Verfügung über seine Beamten haben und eine wichtige Einnahmequelle des Reiches zu fließen aufhören sollte. Diese Forderungen wies Heinrich weit von sich, wie er auch weiterhin zu seinen Räten hielt, die wegen der Mitbeteiligung an der Investitur bereits gebannt worden waren. Über dieses anmaßende Vorgehen empörte sich selbst die deutsche Geistlichkeit, und sie faßte auf der Wormser Synode (1076) den Absetzungsbeschluß, den der Papst von Heinrich mitgeteilt erhielt. Dieser aber wiederholte für seine Person als Kaiser noch einmal das Absetzungsurteil in verschärfter Form: „. . . Du hast unsere Demut für Furcht gehalten und daher keine Scheu getragen, sogar gegen die königliche Würde selbst, die uns von Gott übertragen ist, Dich aufzulehnen, mit deren Entziehung zu drohen Du gewagt hast: Als ob wir von

Dir unser Königtum empfangen hätten, als ob in Deiner und nicht in Gottes Hand Königtum und Kaisertum stünde! . . . Ruft doch sogar der wahre Papst, der heilige Petrus, aus: ‚Fürchtet Gott, ehret den König!' Du aber, der Du Gott nicht fürchtest, mißachtest mich, den Er eingesetzt hat. Darum, durch den Fluch und unsern und unserer Bischöfe Urteilsspruch verurteilt, steige herab, verlasse den angemaßten apostolischen Stuhl! Ich, Heinrich, v. G. Gn. König, und alle unsere Bischöfe befehlen Dir: Steige herab, steige herab, Du in Ewigkeit Verdammenswerter!"

Gleichzeitig sandte Heinrich auch den Absetzungsbefehl an die Römer, die er zudem aufforderte, sich gegen Hildebrand zu empören: „. . . Erhebt Euch also gegen ihn, Ihr Allergetreueste, und der Erste in der Treue sei auch der Erste in seiner Verurteilung! . . . Wir befehlen Euch . . ., daß Ihr ihn, wenn er es nicht freiwillig tut, zur Abdankung zwingt und einen anderen, der von uns nach Euerem und aller Bischöfe gemeinsamem Ratschluß erwählt ist, auf den apostolischen Stuhl aufnehmt, der die Wunden, die jener der Kirche geschlagen hat, heilen will und kann".

Gregor aber dachte nicht daran, den angemaßten Stuhl zu verlassen. Er führte vielmehr den schärfsten Schlag gegen das deutsche Kaisertum, denn in der Form eines Gebetes an Petrus sprach er den Bann über Heinrich aus: „. . . Und mir ist durch Deine Gnade von Gott die Macht gegeben, zu binden und zu lösen im Himmel und auf der Erde. Von diesem Vertrauen getragen, für die Ehre und Verteidigung Deiner Kirche, untersage ich im Namen des allmächtigen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes, kraft Deiner Gewalt und Vollmacht dem König Heinrich, dem Sohne des Kaisers Heinrich, der wider Deine Kirche in unerhörtem Übermute aufgestanden ist, die Lenkung des ganzen teutonischen Reiches und Italiens und entbinde alle Christen von der Fessel des Eides, die sie sich angelegt haben oder anlegen werden, und verbiete, daß man ihm als dem König diene".

Sofort wandte sich der Papst auch an die deutschen Fürsten (1076), denen er schrieb: „Wenn Ihr den Brief, durch den Heinrich, der König hieß, auf der heiligen Synode durch das Urteil des Heiligen Geistes exkommuniziert worden ist, sorgfältig erwägt, so werdet Ihr unzweifelhaft erkennen, was mit ihm geschehen muß. Denn daraus geht hervor, warum er gebannt und von der königlichen Würde abgesetzt ist, und daß alles Volk, das ihm einst untertan war, von der Fessel des ihm geleisteten Eides gelöst ist. . . . Er soll nicht länger

meinen, daß die heilige Kirche ihm untertan sei wie eine Magd, sondern vorgesetzt als Herrin. ... Wenn er Euch über diese und andere rechtmäßige Forderungen in gehöriger Weise Sicherheit leistet, wünschen Wir sogleich durch geeignete Boten von Euch über alles benachrichtigt zu werden, damit nach gemeinsamem Rat unter Gottes Beistand gefunden werden mag, was zu geschehen hat ... Sollte er sich ... nicht zu Gott bekehren, so möge mit Gottes Gunst für die Lenkung des Reiches ein solcher gefunden werden, der ..., was für die christliche Religion und zum Heile des ganzen Reiches nötig scheint, durch sichere und unzweifelhafte Verheißung zu beobachten heißt. Damit Wir aber Euere Wahl ... durch apostolische Bestätigung bekräftigen können ..., so macht Uns über die Wahl und über Persönlichkeit und Charakter des Gewählten möglichst bald Anzeige ...".

Der Papst forderte also die deutschen Fürsten zum Ungehorsam und zur Einsetzung eines Gegenkaisers „von Papstes Gnaden" auf. Es schien tatsächlich, als ob sie nur auf ein solches Ereignis gewartet hätten, um ihrem unterdrückten Eigennutz umso ungestörter frönen zu können. Ja, der König hatte ihn kraftvoll in die Schranken gewiesen, weil er des Reiches Nutzen über alles stellte. Jetzt wurde er vom Papst dafür gestraft, daß er solches getan. Die Herzöge fielen ab und räumten Gregor das Schiedsrichteramt über innerdeutsche Angelegenheiten ein. Auf solche schändliche Art und Weise reichten sich der Eigennutz der deutschen Fürsten und der des internationalen Papsttums brüderlich die Hände, um den Gemeinnutz mit kirchlichen Mitteln zu vernichten.

Gegenüber dieser im Augenblick unüberwindlichen Macht blieb dem Kaiser nur ein Weg offen. Obwohl er nie gegen die Kirche gefehlt, sondern nur im Interesse des Reiches gehandelt und daher die Machtansprüche des Papstes berechtigt zurückgewiesen hatte, erkannte er den Bann an und ging nach Canossa. In diesem Ereignis feierte der Eigennutz seinen größten Triumph über den Gemeinnutz. Der Kaiser aber wurde vom Bann gelöst.

Auch diese Tatsache teilte das kirchliche Oberhaupt seinen getreuen und gehorsamen Verbündeten mit: „Weil Ihr aus Liebe zur Gerechtigkeit in dem Kampf des christlichen Kriegsdienstes gemeinsame Sache mit Uns gemacht und die Gefahr geteilt habt, so haben Wir Eurer Liebe in aufrichtiger Wahrheit kundtun lassen, wie der König ... Lossprechung und Verzeihung erlangt hat ...". Trotzdem kümmerten sich die Fürsten nicht um die Bannlösung. Sie

wählten Rudolf von Schwaben zum Gegenkaiser, der ihrem eigennützigen Streben nicht gefährlich werden konnte.

Trotz der Eideslösung besaß Heinrich noch Anhänger, wenn auch ihre Anzahl klein war. Einer von diesen war der Bischof Wenrich von Trier, dessen Abhandlung, die man „die Perle der Streitschriften" genannt hat, an Schärfe zugunsten Heinrichs nichts zu wünschen übrig ließ, aber auch gleichzeitig erkennen läßt, wie der Papst geradezu mit jüdischen und der Gegenkaiser außerdem mit bolschewistischen Methoden ihre Ziele zu erreichen suchten: „Aber der Herr Papst sagt: ‚Verflucht ist der, dem du Treue geschworen hast, ein Gottloser, ein Meineidiger, ein Verbrecher; dem schuldest du keine Treue'. — Diese Worte, Herr Papst, haben wir zwar in deinem Schreiben gelesen, wir hören sie von deinen Sendboten in der ganzen Welt gepredigt, ohne daß diese sich um den Ausspruch des Propheten kümmern: Sie heilten das Unglück meines Volkes, indem sie es in Schande stürzten (Jer. 6,14). Wir wissen es nicht, wir glauben es auch nicht; aber deinen Rudolf, der rettungslos verdammt ist, haben wir mit unseren Augen gesehen, mit unseren Ohren gehört, den Überläufer, den Verräter. Leicht ist es, seine Meineide zu erweisen, aber sie aufzuzählen, ist sehr schwierig; seine Mordtaten können wir noch angeben, indem wir mit dem Finger auf die Opfer deuten. Wir können seine drei Frauen, die er öffentlich in der feierlichsten Form geheiratet hat, mit Namen nennen: Sie leben ja alle noch heute. Das sind die herrlichen Heldentaten, die ihm die Königswürde verschafft haben; das sind seine Herzenstugenden, die ihn plötzlich zu jenem Gipfel emporgehoben oder vielmehr — um es richtiger auszudrücken — ihn von jenem vergänglichen und schattenhaften Gipfel in diese Schande hinuntergestürzt haben, die ihm und seinen Nachkommen ewig anhaften wird. Ein solcher Mensch wurde geeignet erfunden, die kaiserliche Würde anzunehmen, wurde Sohn des heiligen Petrus genannt, Freund des Papstes, sieggekrönter Fürst . . . Heinrich aber wird Verbrecher geheißen; weil er sein vom Vater und Großvater her ererbtes Reich behaupten will, wird er nach vorgefaßten Meinungen abgeurteilt und mit dem Bann bedrängt".

Für den Augenblick hatten die Träger des Eigennutzes gesiegt. Es dauerte aber gar nicht allzu lange Zeit, da gelang es Heinrich mit Hilfe einiger Fürsten wieder, seine Macht von neuem aufzubauen. Bei diesem schweren Sturz in die Tiefe bewies er sein Ariertum, denn er verzweifelte nicht ob dieses Schicksalsschlages. Ausdauernd und

zäh arbeitete er sich Stück für Stück wieder empor zur Höhe und vermochte sein gemeinnütziges Denken und Handeln erneut dem deutschen Reiche und Volke zugute kommen zu lassen. Beide Gegenkaiser wurden besiegt. Auch der Papst erhielt seinen Wunsch nicht erfüllt. Als Gregor schließlich das zweite Mal den Bannstrahl gegen Heinrich schleuderte (1081), verfehlte er seine Wirkung ganz. Auch die deutschen Fürsten hatten die betrübliche Feststellung machen müssen, daß sie — selbst Träger des Eigennutzes — in schmählicher Weise vom Papst zu dessen eigennützigen Zwecken mißbraucht worden waren. Daher vermochte Kaiser Heinrich nach der zweiten Bannung mit einem stattlichen Heere nach Rom zu ziehen, das er vier Jahre lang belagerte. Als Gregor die Normannen zuhilfe rief und diese die Stadt plünderten, mußte er vor der Wut des römischen Volkes fliehen. Seine letzten Tage verbrachte er in Palermo, ohne seine Verblendung erkannt zu haben, wie uns sein letzter Ausspruch beweist: „Ich habe die Gerechtigkeit geliebt und das Unrecht gehaßt, darum sterbe ich in der Verbannung."

Furchtbarster päpstlicher Eigennutz, Stellung der Kirche über die Staaten und Herrschaft des Papstes über das deutsche Kaisertum bedeuteten ihm Gerechtigkeit und Recht. Gregor gelangte nicht an das Ziel seiner Wünsche. Letzten Endes war doch das Ariertum Heinrichs Sieger geblieben und mit ihm der Gemeinnutz, der wiederum Volk und Reich zugute kam.

Heinrichs IV. Macht stieg erneut. Alle eigennützigen Gewalten mußten sich erneut seiner Herrschaft beugen. Bald befand er sich wieder auf stolzer Höhe. Aber das Schicksal wollte es, daß auch diese nur von kurzer Dauer blieb. Die Kirche zettelte eine neue Verschwörung an. Es gelang ihr doch zum zweiten Male, die deutschen Fürsten gegen den Kaiser zu hetzen. Der Papst steckte sich hinter Heinrichs Sohn und flüsterte ihm ein, daß es ein gottgefälliges Werk wäre, gegen den gebannten Vater zu revoltieren. Zuerst empörte sich Konrad gegen den Vater, da er außerdem fürchtete, infolge dessen langer Regierungszeit nicht auf den Thron zu kommen. Er gelangte jedoch nicht an sein Ziel († 1101). Heinrich hingegen schritt seinen geraden Weg weiter. Nach seiner Rückkehr aus Italien stellte er den Landesfrieden zum Schutze der Bürger und Bauern wieder her und übte die Investitur, als wäre kein Kampf zwischen ihm und Gregor gewesen.

Dann aber begann die Kirche das gleiche Spiel mit seinem zweiten Sohne. Auch dieser unterlag aus Eigennutz und stellte sich an die Spitze einer Fürstenverschwörung. Er vollbrachte die schändlichste Tat, die je ein Sohn an seinem Vater beging. Aus schnödem Eigennutz, um Krone und Purpur zu erlangen, setzte er den Kaiser auf der Burg Böckelheim gefangen und zwang ihn zur Verlesung eines erlogenen Sündenbekenntnisses. Heinrich IV. mußte auf den Thron verzichten (1104) und die Herrschaft seinem Sohne, Heinrich V., übergeben.

Doch noch einmal war dem unbeugsamen Kaiser das Glück hold. Ihm gelang die Flucht nach Lüttich. Dort sammelte er ein neues Heer, das er bereits gegen die Rebellen führte. Nach seinem Lebensweg zu urteilen, wäre es ihm sicher gelungen, wieder die Macht an sich zu reißen. Ehe er jedoch sein Vorhaben ausführen konnte, starb er im Jahre 1106. Mit ihm ging eine große Herrscherpersönlichkeit dahin, die zäh und ausdauernd, echt arisch jedem Schicksalsschlage getrotzt hatte. Trotz allen Unglücks gab er nie sein gemeinnütziges Denken und Handeln preis, das ihn immer wieder aus den Tiefen seines Lebens und aus Machtlosigkeit herausführte zu stolzer Höhe und Macht. Trotz allem ging er als Sieger aus dem Kampfe hervor. Die Kirche aber suchte die Kreuzzugsbewegung in ihre weltlichen Pläne einzuspannen, um doch noch auf Umwegen zur Herrschaft zu gelangen.

Ihm folgte sein Sohn, der in eigennütziger Absicht den Vater bekämpft und ihm die Herrschaft genommen hatte. Seinen Helfershelfern, besonders aber dem Papste, hatte er im Ringen um die Macht viel versprechen müssen. Als er jedoch die Macht in Händen hielt, vollzog sich auch in seiner Einstellung und Handlungsweise gegenüber den Fürsten und dem Papst, dem Eigennutz überhaupt, jene charakteristische Schwenkung, die vor und nach ihm noch viele Herrscher kennzeichnete. Mochten sie vor der Erlangung der Macht als Herzöge noch so eigennützig gedacht und gehandelt haben, wenn sie Kaiser wurden, bedeutete ihnen der Gemeinnutz Verpflichtung, und sie versuchten mit aller Kraft, den Eigennutz als Triebkraft sowohl bei sich als auch bei den übrigen Fürsten auszuschalten. Sie machten gezwungenerweise den Gemeinnutz zur Triebkraft ihres Handelns und wuchsen häufig an ihren großen Aufgaben, die ihrer Lösung durch sie harrten. Keiner wollte auf Macht und Größe verzichten, daher beschritten sie alle den gleichen Weg, obwohl viele ob ihrer Herrschereigenschaften nicht imstande waren, die Träger des Eigennutzes: Fürsten, Kirchen und Städte, für die Dauer ihrer Regierungszeit niederzuhalten.

So erging es auch Heinrich V. Er dachte nach seiner Thronbesteigung gar nicht daran und konnte auch nicht daran denken, die Wünsche der Fürsten und des Papstes zu erfüllen. Schnell besiegte er die aufständischen Herzöge und hielt danach kraftvoll die eigennützigen Gewalten nieder. Dann zog er nach Rom, um den Investiturstreit beizulegen, worauf er sein Hauptaugenmerk gerichtet hielt. Schon 1111 kam ein Vertrag in dieser Richtung zustande, den jedoch die geistlichen Würdenträger nicht billigten, da er ihnen die Grundlage ihrer weltlichen Macht entzog. Er sah vor, alles Kirchengut bis auf den Kirchenstaat dem Reiche zurückzugeben. Paschalis nahm unter der drohenden Haltung der Geistlichkeit sein Versprechen zurück, verweigerte aber Heinrich das gleiche Recht. Kurzerhand nahm dieser den Papst und dreizehn seiner Kardinäle gefangen und erzwang sich auf diese Weise sowohl die Kaiserkrönung als auch die Investitur.

Kaum hatte jedoch Heinrich Rom verlassen, da wurden die Verträge als erzwungen für nichtig erklärt. Den Kaiser traf der Bann. Wieder standen die Sachsen gegen ihn auf, die erst nach wechselvollem Kriege besiegt werden konnten. Schließlich fand der Investiturstreit doch seinen Abschluß im Wormser Konkordat (1122). Papst und Kaiser teilten sich in die Einsetzung: Dieser belehnte mit dem Zepter als dem Zeichen weltlicher Macht, jener mit Ring und Stab zum Zeichen der Vermählung mit der Kirche. Auf diese Weise war zwar eine friedliche Lösung gefunden worden, da sich aber keine der beiden Parteien für die Dauer darum kümmerte, bestanden bald die alten Verhältnisse wieder.

Wenige Jahre darauf starb Heinrich V. (1125), der das alte Ansehen des Reiches nicht wieder herzustellen vermocht hatte. Mit ihm ging das Salierhaus zu Ende, dessen bedeutendste Herrscherpersönlichkeiten, Konrad II. und Heinrich IV., zugleich auch die Träger des staatlichen Gemeinnutzes waren und unter diesem Leitstern große Taten vollbringen konnten. Sie sahen das Reich in Glanz und Macht, während die beiden anderen teils in kirchlicher, teils in eigennütziger Verblendung ihm großen Schaden zufügten. In ungeheuer rascher Folge wechselten Höhen und Tiefen einander ab. Den Nutzen von allen Kämpfen aber trugen letzten Endes doch die Fürsten und die Kirche, zu einem geringen Teil auch schon die aufstrebenden Städte davon. Die Kaisermacht aber war weiterhin geschwächt, der Gemeinnutz zugunsten des Eigennutzes zurückgedrängt worden.

Die Stauferzeit

Der Tod des söhnelosen Heinrich V. legte wieder einmal den deutschen Fürsten die Entscheidung über die Zukunft von Kaiser und Reich in die Hände. Nur ein volles Jahrhundert hatten die Salier regiert, aber während dieser Zeit, besonders im Verlaufe der erbitterten Kämpfe um die Macht, war eine bedeutsame Verlagerung eingetreten, die nun zwangsläufig bei der Königswahl zum Ausdruck kommen mußte. Wenn bei der anscheinend freien Wahl Konrads II. letzten Endes doch die Blutsverwandtschaft zum abgetretenen Herrscherhause den Ausschlag gab, so wurde jetzt eine solche Bindung als unerwünscht und hinderlich empfunden. Sowohl die deutschen Fürsten als auch der Papst erinnerten sich noch zu deutlich daran, daß kraftvolle Salier ihre eigennützigen Pläne oft genug durchkreuzt und ihrem Streben nach Selbständigkeit und Macht Riegel vorgeschoben hatten. So wurde aus Eigennutz das Recht des Blutes zum ersten Male beiseite geschoben und anstelle eines Staufers der greise L o t h a r v o n S u p p l i n b u r g (1125—1137) auf den Thron gehoben. Fürsten und Kirche suchten nach einem Herrscher, der ihnen nicht gefährlich werden konnte. In dieser Hinsicht erfüllte der Sachse alle ihre Wünsche: Er besaß keine Söhne, die das mißverstandene und zum Schaden von Volk und Staat geübte freie Wahlrecht beschränken oder beseitigen konnten, dafür aber eine strenge kirchliche Gesinnung, die noch stets dem deutschen Reiche und Volke zum Nachteil gereichte. War der Eigennutz bei den früheren Königswahlen stets im Hintergrund geblieben, so warfen bei der jetzigen durch die Außerachtlassung des altgermanischen Blutsrechts, der bewußten Erwählung eines schwachen Herrschers und das Hervortreten rein persönlicher und dynastischer Interessen die kommenden Ereignisse und Verhältnisse ihre finsteren Schatten voraus. Schon jetzt begann der Gemeinnutz seinem gefährlichsten Gegner allmählich das Feld zu räumen, zwar vorläufig nur gering bemerklich, doch immerhin wurde damit der Weg zum deutschen Verhängnis beschritten.

Kaum hatte Lothar den Thron bestiegen, als sich auch schon der Widerstand gegen seine Regentschaft regte. Als zäheste Gegner traten die Staufer auf, die bei der Wahl übergangen worden waren. Immer

wieder suchten sie sich ihr Recht zu erkämpfen, bis es dem Kaiser mit Hilfe seines Schwiegersohnes, Heinrichs des Stolzen von Bayern, nach einem Jahrzehnt gelang (1135), den Streit zu beenden. Mit diesem Erfolge begnügte sich letzten Endes der deutsche Kaiser. Es lag nicht in seinem Sinn, eine kraftvolle Zentralgewalt aufzurichten und den Vertretern des Partikularismus und Eigennutzes ihre Bedeutung zu nehmen. Er selbst war ja als Herzog von Sachsen im Kampfe gegen das Kaisertum mächtig geworden; dazu verdankte er seine Wahl den deutschen Fürsten und der Kirche, die ebenso wie er einst eigennützigen Bestrebungen huldigten. Mit ihnen ging er zusammen, wie er auch den Kampf gegen die Staufer in engster Verbindung mit der Kirche führte.

Während Lothar einerseits die deutschen Fürsten und die Kirche in verderblicher Weise gewähren ließ, gebührt ihm andererseits das große Verdienst, dem Eigennutz einer Reihe Fürstenhäuser ein neues Ziel gegeben und deren Interessen in andere Bahnen gelenkt zu haben: Auf die Wiedergewinnung des deutschen Ostens, den die Slawen noch immer besetzt hielten. Als Herzog von Sachsen war er ihr natürlicher Gegner gewesen, als Kaiser besiegte er die Liutizen und Abotriten in der Norddeutschen Tiefebene, zwang er den Dänenkönig und den Polenherzog zur Anerkennung seiner Oberhoheit und machte Pommern und Rügen zu deutschen Lehen. Drei Fürstenhäuser verdankten Lothar ihre Einsetzung: Die Grafen von Schauenburg in Holstein, die Wettiner (Konrad) als Markgrafen von Meißen und der Lausitz und die Askanier (Albrecht der Bär) in Brandenburg, die damit gleichzeitig die Sicherung und den Schutz der zurückeroberten Gebiete übernahmen.

Zur Mehrung ihres Besitzes und zur Steigerung ihrer Macht drangen sie kämpfend und siegend immer weiter nach Osten vor und brachten ein Stück nach dem anderen wieder an das Reich zurück. Aus Eigennutz führten sie alle das Schwert, und doch handelten sie im Hinblick auf Volk und Reich in idealer Weise gemeinnützig. Sie waren einzig und allein auf ihren Vorteil bedacht und verfolgten ausschließlich dynastische Ziele, und trotzdem trieben sie, wenn auch unbewußt, Nationalpolitik, wie sie seit Ottos d. Gr. Regierungszeit bei deutschen Fürsten

nicht mehr beobachtet wurde. In dieser Richtung lag Lothars im Grunde genommen einziges Verdienst, daß er den Eigennutz der Fürsten nationalen Zielen dienstbar machte, sie zwar ungehindert ließ, trotzdem aber daraus für das Reich großen Nutzen zog.

Auch der Kirche kam diese Ostkolonisation zugute, denn sie vermochte ihren Herrschaftsbereich beträchtlich auszudehnen. Aber in keiner Weise dankte sie es dem Kaiser, der ihr in anderer Hinsicht durch sein zu weitgehendes Entgegenkommen gute, sich und dem Kaisertum aber schlimme Henkersdienste leistete. Schon dadurch, daß er den Papst um die Bestätigung seiner Wahl bat, ließ er seine Stellung zu dieser Macht erkennen, die ihre eigennützigen Ziele mit brutaler Folgerichtigkeit verfolgte. Als sich Lothar gar noch nach einer Papstdoppelwahl auf die Seite des von den Kirchenreformern unterstützten Papstes stellte, beging er den gleichen verhängnisvollen Fehler wie Heinrich III. Er stärkte das Papsttum in seinen Wünschen und Plänen und bekam umgehend die Folgen seiner Verblendung selbst zu spüren: Der Papst wagte es, altes Reichsgut dem Kaiser zu Lehen zu geben. Lothar erhielt die mathildischen Güter in Tuscien und zahlte dafür der Kurie Zins. Wie der Papst diese Belehnung auffaßte, bewies am besten die Unterschrift eines Bildes im Lateran, das den Kaiser als päpstlichen Lehensmann zeigt: „Der König kommt vor die Tore Roms, beschwört die Rechte der Stadt, wird danach Lehensmann des Papstes und empfängt von ihm die Krone". Diese Tatsache aber bedeutete den Anfang eines neuen Kampfes zwischen Kaisertum und Papsttum, den Lothar und sein Nachfolger, der schwache Staufer Konrad III., als gehorsame Diener und ergebene Handlanger Roms noch nicht aufnahmen, weil sie sich ja bedingungslos der Kirche unterwarfen. Auch der erste Staufer ließ seine Wahl vom Papst bestätigen und verzichtete dadurch ebenfalls darauf, dem Eigennutz von dieser Seite zu wehren und das deutsche Kaisertum aus der Erniedrigung zu führen. Der Streit mußte jedoch in dem Augenblicke ausbrechen, als eine kraftvolle Herrscherpersönlichkeit den deutschen Thron bestieg, die gewillt und befähigt war, alle Belange von Kaisertum und Reich zielbewußt und mit starker Hand zu wahren.

Durch Lothars Nachgiebigkeit und Schwäche hatte sich der Papst über den Kaiser zu erheben vermocht. Der kirchliche Eigennutz triumphierte über den staatlichen Gemeinnutz, den der deutsche Herrscher nur im Hinblick auf die Wiedergewinnung deutschen Landes, der

er allerdings alle seine Aufmerksamkeit widmete, zielbewußt vertrat. Auch Konrad III. vermochte diese Verhältnisse nicht zu ändern. Sowohl die Kirche als auch die deutschen Fürsten schalteten ganz nach ihrem Willen. Sie schwächten die Zentralgewalt weiter, wo sie nur konnten. Besonders der ausbrechende Kampf zwischen den Welfen und Staufen richtete in dieser Hinsicht großen Schaden an. Unerquickliche Verhältnisse hielten in Deutschland Einkehr, von denen die Kölner Königschronik aus dem Jahre 1152 berichtet: „Die Zeiten dieses Königs (Konrads III.) waren sehr traurig; schlechte Witterung, lange Hungersnot und Teuerung, zahlreiche Fehden herrschten. Er selbst war ein tapferer Kriegsmann und, wie einem Könige ziemt, von stolzer, hoher Gesinnung. Dennoch führte das Mißgeschick das Reich unter ihm fast zur Auflösung".

Im erbitterten Kampfe gegen die Welfen verbrauchte Konrad III. seine schwachen Kräfte, so daß er den fürstlichen Eigennutz gewähren lassen mußte, während er selbst an ein gemeinnütziges Handeln für Volk und Reich nicht denken konnte. Zwar wurde die Wiederbesetzung des deutschen Ostens auch während seiner Regierungszeit weiterhin rasch vorwärtsgetragen — Heinrich der Löwe unternahm sogar einen Wendenkreuzzug — und auf diese Weise Nationalpolitik getrieben, aber die Macht des Königtums wieder aufzurichten und dem Staate neues Ansehen zu verschaffen, gelang nicht. Die oben erwähnten Fehden bewiesen zur Genüge, wer die eigentlichen Herren in Deutschland waren. Dazu beherrschte den Kaiser sein kirchlicher Sinn. Er nahm am zweiten Kreuzzug teil (1148), der völlig scheiterte. Der Eigennutz drohte das Reich auseinanderzubrechen. Doch da bestieg der Mann den Thron, der ihm zum letzten Male im „Mittelalter" Ansehen, Glanz und Macht verlieh.

Als nahen Verwandten der Welfen hatten die Fürsten Friedrich Barbarossa, den Neffen Konrads, einstimmig zu ihrem König erkoren, der jedoch von völlig anderer Art als seine beiden Vorgänger war. Schon seine ersten Amtshandlungen zeigten, daß er mit den unerquicklichen Zuständen der Vergangenheit aufzuräumen gedachte. Er stellte wieder den Gemeinnutz für Volk und Staat in den Vordergrund und machte ihn zur Richtschnur seines Denkens und Handelns. Aus diesem Grunde suchte er sowohl den Einfluß der deutschen Partikulargewalten als auch den des Papstes, soweit es nur anging, zurückzudrängen. Diesem zeigte er seine Wahl nur an und offenbarte damit,

daß er dessen Oberhoheit nicht anerkannte. Das Wormser Konkordat kümmerte ihn wenig. Er setzte wieder die Bischöfe nach eigenem Ermessen ein und brachte die geistlichen Beamten fest in seine Hand, die auch treu zu ihm hielten, wie verschiedene Vorgänge während seiner Regierungszeit bewiesen. Als naher Verwandter der Welfen söhnte er sich bald nach seiner Thronbesteigung mit deren mächtigstem Herzog, seinem Vetter Heinrich dem Löwen, aus, dessen Eigennutz er allerdings dabei Opfer bringen mußte: Dieser erhielt Bayern zurück, das ihm Konrad III. genommen hatte.

Gleichzeitig gestand Friedrich dem Sachsen seine Selbständigkeit im Norden des Reiches zu und verzichtete vor der Hand darauf, diese zur Aufrichtung einer starken Zentralgewalt zu brechen. In der Folgezeit trat sogar eine gegenseitige Förderung und Unterstützung ihrer sehr verschieden gerichteten Pläne ein, denn Heinrich beteiligte sich an den Romzügen des Kaisers, während dieser dem Sachsenherzoge wiederholt half, die geistlichen und weltlichen Großen seines Herzogtums, denen die ungeheuere Macht ihres Herrn nicht behagte und die sich öfter dagegen beschwerten und auflehnten, im Zaume zu halten. Obwohl Barbarossa seinem Vetter nahezu landesherrliche Gewalt zugestehen mußte, wirkte sich dieses Verhältnis zugunsten des Reiches aus. Zur Befriedigung seines Eigennutzes dehnte der Eine seine Macht nach Osten zu weiter aus und ging daran, im Slawenlande die ihm zugestandene Hoheit, die sogar die Investitur umfaßte, zu verwirklichen. Und doch trieb er Nationalpolitik, weil er weitere große Strecken alten deutschen Kulturbodens zurückgewann. Der Andere hingegen glaubte dem Nutzen des Reiches zu dienen, wenn er seine Herrschaft in dem eigentlich schon damals verlorenen Oberitalien wieder voll zur Geltung brachte und diese Ländereien erneut mit ihm vereinigte. Nur gering waren die vorübergehend erzielten Erfolge, deren Wert zudem in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten ungeheueren Opfern an bestem deutschen Blute stand.

Den Hebel seiner gemeinnützigen Betätigung setzte Friedrich zunächst an falscher Stelle an und vergeudete nutzlos jahrelang seine beste Kraft. Wenn trotzdem sein Hauptbestreben, das Ansehen des Reiches und die Macht der Krone wieder herzustellen, Früchte trug, dann lag dies hauptsächlich in seiner Persönlichkeit selbst begründet. Unbeugsame Gerechtigkeit bestimmte sein Handeln, das beim Volke Liebe und Achtung, bei den Fürsten aber Furcht erzeugte. Ein Teil von ihnen wagte daher nicht, gegen seine Macht aufzubegehren; der

Eigennutz des anderen besaß dazu keine Zeit, da er genügend Betätigung und Befriedigung in der Ostkolonisation fand, wobei er Nationalpolitik zugunsten des eigenen Kontos betrieb. In Deutschland herrschte Frieden, so daß der Kaiser ungehindert seine nicht immer vorteilhaften Pläne verfolgen konnte.

Nur das Papsttum versuchte wiederholt, der Machtentfaltung des Reiches Hindernisse in den Weg zu legen und ihr durch die Aufrechterhaltung der gewordenen Zustände einen Riegel vorzuschieben. Obwohl Friedrich seine Wahl dem Papste nur mitgeteilt hatte, fühlte sich dieser doch gemüßigt, seine „Billigung" auszusprechen. Sein Eigennutz und die vorher jahrzehntelang angemaßte Erhebung über das Kaisertum ließen es nicht anders zu. Demgegenüber dachte aber der Kaiser nicht im entferntesten daran, eine Macht über sich zu dulden. Das bewies schon der Vorfall bei seiner ersten Begegnung mit Hadrian IV. (1155), denn er versagte dem Papst die bis dahin geübten Ehrenbezeugungen: ihm Stallmeisterdienste zu leisten und den Steigbügel zu halten. Erst eine Hofgerichtsentscheidung nach vorhergehender Feststellung der Bräuche war notwendig, um Friedrich zu diesen Diensten zu bewegen: „als dort (im Gebiete von Nepi), wie es unter den Fürsten abgemacht worden war, der Herr Papst sich seinem Zelte näherte, kam der Kaiser ihm auf einem anderen Wege entgegen, stieg bei seinem Anblick vom Pferde und erfüllte vor den Augen des Heeres in aller Hurtigkeit den Stallmeisterdienst und hielt seinen Bügel; und da erst ließ ihn der Herr Papst zum Kusse zu".

Deutlicher noch mußte der Papst in Erfahrung bringen, daß seine im Eigennutz wurzelnden Herrschgelüste bei Friedrich keine Billigung fanden. Als der Reichskanzler Rainald von Dassel auf dem Reichstage zu Besançon (1157) ein päpstliches Schreiben verlas, in dem es hieß: „. . . . die Fülle der Würde und Ehre sei dem Kaiser vom römischen Bischof übertragen worden, und das Abzeichen der Kaiserkrone habe er aus seiner Hand empfangen, und es würde ihm selbst nicht leid tun, wenn er noch größere Benefizien aus seiner Hand empfangen hätte, in der Erwägung, wie großer Zuwachs und Vorteil durch ihn der römischen Kirche zuteil werden könne", und noch andere, das deutsche Kaisertum entwürdigende Äußerungen fielen, schließlich Kardinal Roland die entstandene Empörung, „als wenn er das Schwert zum Feuer hinzufügte", dadurch noch weiter steigerte, daß er sagte: „Von wem hat er denn also das Kaisertum, wenn er es vom Herrn Papste nicht hat?" so daß Pfalzgraf Otto von Bayern

sogar das Schwert gegen den Sprecher zückte, wurde die päpstliche Gesandtschaft aus Deutschland ausgewiesen. Sie mußte das Land auf dem kürzesten Wege verlassen. Die deutschen Bischöfe und der Kaiser aber schickten Papst Hadrian ein Schreiben, in dem Friedrich in nicht mißzuverstehenden Worten erklärte: „Dem heiligen Vater erweisen wir gern die schuldige Ehrerbietung; für die Kaiserehre aber fühlen wir uns allein göttlicher Verleihung verpflichtet . . . die königliche Salbung gebührt dem Erzbischof von Köln, die höchste aber, die kaiserliche, dem höchsten Priester. Was darüber ist, ist überflüssig, ist vom Übel . . . Gott hat die Kirche durch das Reich an die Spitze der Welt gestellt, jetzt zerstört die Kirche, nicht durch Gott, wie wir glauben, das Reich . . . Das ertragen, das dulden wir nicht; eher legen wir die Krone nieder, als daß wir sie zugleich mit unserer Person in den Staub ziehen lassen"! (Weißembach I, 163).

Einen solchen scharfen Protest, der zugleich die Einmütigkeit der deutschen Fürstenschaft zugunsten von Kaiser und Reich offenbarte, hatte der Papst nicht erwartet. Er lenkte ein. Sein Eigennutz hatte seit langer Zeit zum ersten Male wieder eine energische Zurückweisung erfahren und eine empfindliche Niederlage erlitten. Der staatliche Gemeinnutz trug den Sieg davon, der nur durch die schon nach kurzer Regierungszeit vollbrachte Unterordnung der eigennützigen Gewalten unter das Interesse des Reiches möglich geworden war.

Für kurze Zeit ruhte nun der Kampf zwischen den beiden Mächten. Erst als der seinerzeit ausgewiesene Kardinal Roland als Alexander III. den Papststuhl bestieg, begann der Streit von neuem, der erst nach langen Kriegen beigelegt werden konnte.

Den Abschluß des wechselvollen Ringens des reichs- und volksbezogenen Gemeinnutzes gegen den fürstlichen Eigennutz bildete der Sturz Heinrichs des Löwen, des letzten Stammesherzogs, der dem Kaiser aus persönlichem Machtinteresse die Waffenhilfe im fünften Italienzuge gegen die eigennützigen Bestrebungen der oberitalienischen Städte versagte. Das deutsche Heer wurde besiegt, Heinrich aber nach wiederholten Vorladungen vor das Reichsgericht, denen er keine Folge leistete, geächtet, verbannt und seiner Länder für verlustig erklärt, die in Teilstücken eine Reihe kleinerer Fürsten zugesprochen erhielten (1180). Der mächtigste und erfolgreichste Träger der Nationalpolitik und zugleich der schärfste Gegner einer starken Zentralgewalt war auf diese Weise beseitigt worden. Als schließlich auch die oberitalienischen Städte nach jahrzehntelangen Kämpfen die deutsche

Oberhoheit anerkannten (1183) — die Polen, Böhmen und Dänen hatten es schon 1157 getan —, war der letzte Widerstand gebrochen, der sich den Reichsinteressen eines Barbarossa entgegenstellte. Kaiser und Reich befanden sich wiederum auf dem Gipfel ihrer Macht. Nirgends regten sich die Vertreter des Eigennutzes mehr, so daß sich Friedrich während der letzten Regierungsjahre ausschließlich den innerpolitischen Verhältnissen und Aufgaben widmen konnte, deren Lösung er ganz im Zeichen des Gemeinnutzes betrieb.

Das Reichsfest in der Rheinebene bei Mainz, auf dem die beiden ältesten Söhne des Kaisers den Ritterschlag empfingen (1184), legte das glänzendste Zeugnis dafür ab, daß inner- und außerhalb der Grenzen Einheit und Macht des Reiches anerkannt, gleichzeitig aber auch im Inneren Ruhe, Ordnung und Zufriedenheit eingekehrt waren. Über Deutschland ruhte tiefer Frieden, so daß sich Friedrich Barbarossa zur Durchführung eines wohlvorbereiteten Kreuzzuges entschloß. Von diesem kehrte er nicht wieder zurück († 1190). Sein Reich hinterließ er jedoch einem noch gewaltigeren Sohne.

Kaum war die Kunde von Friedrichs I. Tod nach Deutschland gedrungen, als auch schon der Eigennutz, der nunmehr keine starke Faust mehr über sich spürte, wieder sein Haupt erhob. Heinrich der Löwe brach seinen Eid und kehrte aus England zurück. Der Erzbischof von Köln unterstützte ihn. In Sizilien regte sich ebenfalls der Widerstand. Aber überraschend schnell vermochte Heinrich VI. alle Feinde einer starken Reichsgewalt niederzuwerfen. Danach widmete er sich ganz seinen hochfliegenden Plänen. „Ein glühender Ehrgeiz, das Reich noch größer und mächtiger als unter seinen Vorgängern zu gestalten, trieb ihn vorwärts, verscheuchte ihm Ruhe und Genuß, machte ihn unliebenswürdig, streng, und, soweit es seinen Zwecken frommte, auch rücksichtslos, grausam, für Gefühlswerte unzugänglich" (Hampe, Deutsche Kaisergeschichte, S. 184). Er wollte ein deutsches Weltreich schaffen, wobei ihm verschiedentlich glückliche Zufälle zuhilfe kamen. Die auf seine Sicherung gerichteten Wünsche nach der Aufrichtung eines Erbreiches, das sowohl dem Papst als auch den deutschen Fürsten endgültig die Möglichkeit eigennütziger Ausnutzung des Kaiserwahlrechtes genommen hätte, erfüllten ihm diese nicht, weil sie sich nicht mit der gebotenen Gegenleistung (unbeschränktes Erbrecht der Lehen, Aufgabe des Spolienrechtes) zufrieden gaben. Trotzdem aber hielt Heinrich die Partikulargewalten fest in seiner Hand. Obwohl ihm sein sizilianisches Erbe mehr am Herzen

lag, verstand er es trotzdem, seinem Willen in Deutschland Geltung zu verschaffen. Die Kaisermacht und das Ansehen des Reiches standen zum letzten Male auf gewaltiger Höhe. Als dieser Kaiser aber unerwartet in Italien starb, brach über Deutschland „die furchtbarste Katastrophe der mittelalterlichen Geschichte" herein. Als Heinrich die Augen geschlossen hatte, waren zur gleichen Zeit auch Glanz und Größe von Kaisertum und Reich, die Vorherrschaft der Deutschen in der Welt und das Universalreich dahin.

Es schien, als hätten die deutschen Fürsten und der Papst nur auf einen solchen Augenblick gewartet, um schlimmer denn je ihrem unterdrückten Eigennutze freien Lauf zu lassen. Sie dachten nicht daran, das Werk der letzten beiden großen Staufer zu erhalten. Sofort entbrannte der alte Streit zwischen deren Geschlecht und den Welfen in unverminderter Heftigkeit. Es bildeten sich zwei Parteien, die sich um Otto IV. (Sohn Heinrichs d. Löwen) und Philipp von Schwaben (jüngster Sohn Barbarossas) scharten. In schlimmster Weise frönten sie ihrem Eigennutz. Obwohl ein Walther von der Vogelweide zu Einigkeit und Zusammenhalt ermahnte, kümmerte sich niemand darum. Jeder stellte seinen persönlichen und dynastischen Vorteil über das Wohl des gesamten Reiches. Zwei Könige wurden gewählt, die in erbitterten Kämpfen gegeneinander ihre geringen Kräfte verbrauchten und daher den Fürsten nicht wehren konnten, ihre Macht auf Kosten des Reiches zu vermehren. Der Eigennutz herrschte ausschließlich in Deutschland so daß es mit ihm rasch abwärts gehen mußte.

Zu allem Unglück folgte auf den gewaltigsten Kaiser der bedeutendste Papst: Innocenz III. In seinem grenzenlosen, an den eines Gregor VII. erinnernden Eigennutz beutete er die herrschenden Verhältnisse rücksichtslos aus. Sie kamen ja seinem Streben direkt entgegen, so daß er ohne Schwierigkeiten seine Ziele erreichen konnte, zumal auch diesmal wieder die deutschen Fürsten in ihrer machtgierigen Verblendung unbesonnen und willig wertvolle Handlangerdienste leisteten. Sie merkten nicht, daß sie auf die schnödeste Art und Weise zu kirchlicher und päpstlicher Machtsteigerung mißbraucht wurden und ließen sich gefallen, daß sich der Papst das Recht anmaßte und auch ausübte, über die Gültigkeit einer von ihnen vorgenommenen Kaiserwahl zu entscheiden. Politisch trat Innocenz das Erbe Heinrichs VI. an und setzte damit an die Stelle der kaiserlichen die päpstliche Vormachtstellung in der Welt. Das Papsttum schwang sich über das Kaisertum empor: „Wie Gott, der Schöpfer des Weltalls, zwei große

Lichter an das Firmament des Himmels gesetzt hat, ein größeres, um den Tag, und ein kleineres, um die Nacht zu regieren, so hat er an das Firmament der allgemeinen Kirche . . . zwei hohe Würden gesetzt, eine größere, die die Seelen, sozusagen die Tage, und eine kleinere, die die Körper, sozusagen die Nächte, regieren soll: nämlich die oberpriesterliche Amtsgewalt und die königliche Macht. Wie ferner der Mond sein Licht von der Sonne empfängt, hinter der er an Größe und Kraft . . . zurücksteht, so empfängt die königliche Macht von der oberpriesterlichen Amtsgewalt den Glanz ihrer Würde".

Auf Grund dieser wirklich scharfsinnigen astronomischen Überlegung und Begründung stellte sich der Papst über den deutschen Kaiser und leitete daraus die Berechtigung ab, sich in den deutschen Thronstreit einzumischen. Und merkwürdig! Innocenz fand man stets da, wo für die Verwirklichung seiner eigennützigen Pläne am meisten zu holen war. Es überraschte daher nicht, daß sich dieser Papst auf die Seite des Welfen stellte. Das geschah allerdings nicht allein deswegen, weil dieser ihm die meisten Zugeständnisse gemacht und ihm sogar die volle Herrschaft über die deutsche Kirche überlassen hatte, sondern um die staufische Umklammerung des Kirchenstaates zu zerstören. Die staufischen Ministerialen, die immerhin noch die Reichsinteressen hochhielten und vertraten, mußten vielerorts dem fürstlichen und päpstlichen Eigennutz weichen, so daß der Verfall immer offensichtlicher hervortrat.

Hatte der Papst Otto IV. durch offene Parteinahme und die Bannung seines Gegners unterstützt, so trat in dieser Hinsicht eine völlige Wandlung ein, als Philipp ermordet und damit der Welfe Alleinherrscher geworden war. Er geriet unter den Einfluß der Staufen, griff deren Politik zugunsten des Reiches auf und machte dadurch notwendigerweise doch noch den Gemeinnutz zur Triebfeder seines Handelns. Als es nahezu zu spät war, suchte er zu retten, was für Volk und Vaterland in dieser Zeit der Wirrnis und des Niederganges noch gerettet werden konnte. Da Otto unter diesen veränderten Umständen nicht mehr an die Erfüllung der den Fürsten, besonders aber dem Papste gegebenen Versprechungen dachte, mußte er mit seinem einstigen Beschützer in Konflikt geraten. Auch ihn traf der Bann, denn er hatte ja die Erwartungen des päpstlichen Eigennutzes so schmählich enttäuscht.

Als der Kaiser Papst Innocenz gefährlich zu werden drohte, stellte er selbst einen Gegenkaiser auf, der ihm zuvor versprechen mußte,

alle seine auf Herrschsucht abgestellten Wünsche zu erfüllen. Er ließ daher Friedrich II., den inzwischen mündig gewordenen Sohn Heinrichs VI., zum deutschen König wählen (1212), der gegenüber seinem päpstlichen Erzieher und Vormund nicht mit Versprechungen gespart hatte. Auf diese Weise glaubte das kirchliche Oberhaupt, seine angemaßte Macht und Stellung zu sichern. Aber es mußte eine neue Enttäuschung erleben.

Friedrich nahm sofort nach des Welfen Tode (1215) die universalistische Staufenpolitik auf und vergaß ebenfalls geflissentlich die mehr oder weniger schlau entlockten Zusagen. Das bedeutete aber neuen Kampf, den Innocenz persönlich nur wenig mehr als ein Jahr führen konnte († 1216). Auf Grund kluger Überlegung stärkte der junge Staufer Schritt für Schritt seine Macht und das Ansehen des Reiches wieder, wenn sein Hauptaugenmerk auch auf Sizilien, sein Erbreich, gerichtet blieb. Was kümmerten den zweiten Friedrich Bann und Papst? Dessen herrischen Eigennutz wies er im Laufe seiner Regierungszeit mehr und mehr in die Schranken und erfüllte die nach gewohnter Weise vorgetragenen und wiederholten Forderungen nicht oder im eigenen Sinne (Durchführung des Kreuzzuges trotz Bann, Verbot und Interdikt!). In Deutschland mußte er jedoch zu anderen Mitteln greifen, um die Partikulargewalten, die schon zu große Macht in Händen hielten, unter seine Herrschaft zu stellen.

Da Friedrich Deutschland nur als eine Provinz seines großen Reiches betrachtete und sein Hauptinteresse auf seinen sizilianischen Staat konzentrierte, in dem er seine Jugend verlebte, ging ihm das volle Verständnis für die Notwendigkeit, ein machtvolles Kaisertum, das sowohl im Inneren als auch nach außen hin Ansehen und Anerkennung genoß, zu schaffen, ab. Um seine Pläne in Unteritalien durchzuführen, brauchte er Frieden in Deutschland, und diesen kaufte er gewissermaßen den deutschen Fürsten durch die Preisgabe einer großen Reihe von Königsrechten und andere Zuständnisse ab. Verhältnismäßig leichten Herzens und unbekümmert um die Folgen für seine Nachfolger bestätigte daher Friedrich sowohl den geistlichen als auch den weltlichen Partikulargewalten die Rechte, die ihnen schon sein Sohn und Reichsverweser Heinrich in den Jahren der Abwesenheit des Kaisers auf Grund unaufhörlichen Drängens zugestehen mußte. Die beiden großen Gesetze der Jahre 1220 (Privilegium in favorem principum ecclesiasticorum) und 1232 (Statutum in favorem principum) bezeugen genugsam, in welcher Weise der fürstliche Eigennutz

befriedigt werden mußte. Friedrich wiederholte nicht nur den schon von Otto IV. in der „Goldenen Bulle von Eger“ (1213) zugunsten der geistlichen Herren geleisteten Verzicht auf wichtige Regalien, sondern er gab in einem besonderen Privileg noch weitere aus seiner Hand, denn das erste Gesetz (1220) bestimmte: „Neue Zölle oder Münzstätten werden wir in ihren Territorien ohne ihr Befragen oder gegen ihren Willen künftig nicht errichten, sondern werden die ihren Kirchen verliehenen alten Zölle und Münzrechte unverbrüchlich und fest halten und schützen. . . Wenn einer von ihnen seinem Lehensmann, der ihn beleidigt hat, nach Lehensrecht das Lehen entzieht, werden wir ihn (den Fürsten) in seinem Besitz schützen. Überhaupt werden wir einen geistlichen Fürsten, dessen Lehen irgendwie, etwa durch den Tod des Lehensträgers, frei wird . . . nachdrücklich in seinem Besitz verteidigen. Leute, die in irgendeiner Form der Dienstbarkeit zu ihnen stehen, werden wir, aus welchem Grunde auch immer sie sich ihrem Dienste entzogen haben, nicht zu ihrem Nachteil in unsere Städte aufnehmen. Und weil das weltliche Schwert eingesetzt ist zum Schutze des geistlichen Schwertes, soll dem Kirchenbann, wenn die Gebannten in ihm länger als sechs Wochen verharren, unsere Acht folgen, die nicht eher widerrufen werden soll, bis der Kirchenbann zurückgenommen ist“.

Die ganze Verständnislosigkeit Friedrichs für die innerdeutschen Aufgaben brachte jedoch das Gesetz zugunsten der weltlichen Fürsten klar zum Ausdruck. Anstatt ihren Einfluß und ihre Macht zurückzudrängen, wie es sein Sohn wiederholt versuchte, stellte er sich auf ihre Seite, weil er für seine Italienpolitik eine Rückendeckung brauchte: „Unseres Kaisertums erhabener Sitz wird erhöht, und wir lenken das Steuer des Kaisertums in Gerechtigkeit und Frieden, wenn wir die Rechte unserer Fürsten und Großen mit gebührender Fürsorge fördern; denn auf ihnen ragt und ruht unser Kaisertum, gleichwie auf stattlichen Gliedern das Haupt, und die gewaltige Macht Zäsarischer Größe leitet und erhöht die, auf deren Schultern sie sich stützt und von denen sie getragen wird. Kund sei also der gegenwärtigen Welt und den kommenden Geschlechtern: Zu Cividale in Friaul sind wir mit unserem geliebten Sohne Heinrich, dem römischen Könige, zusammen gekommen und von den Fürsten und Großen . . . gebeten worden, wir möchten die Gnade, die ihnen unser königlicher Sohn auf dem Hoftage zu Worms gewährt hatte, mit dem Schutz unserer kaiserlichen Würde zu bekräftigen geruhen. Wir haben es daraufhin

für angemessen erachtet, ihre Bitten in Gnaden zu erfüllen, da wir die höchst ehrenvolle Absicht haben, durch ihre Förderung unser und des Kaisertumes Wohl geziemend zu fördern". (6) „Jeder Fürst soll die Freiheiten, Gerichtsbarkeiten, Grafschaften und Zenten, die er entweder selbst verwaltet oder verliehen hat, ruhig nach der bewährten Gewohnheit seines Landes genießen. (7) Die Zentgrafen (niederen Richter) sollen die Zenten (Gerichte) vom Landesherrn empfangen oder von dem, den der Landesherr damit belehnt hat. (9) Vor das Zehntgericht soll kein Ritterbürtiger geladen werden. (10) Die Bürger, die Pfahlbürger heißen, sollen gänzlich vertrieben werden. (12) Die Eigenleute der Fürsten, Edlen, Ministerialen, Kirchen sollen in den Reichsstädten nicht mehr als Bürger aufgenommen werden. (13) Den Fürsten, Edlen, Ministerialen und Stiftern sollen die Eigengüter und Lehen, die die Reichsstädte in Besitz genommen haben, zurückgegeben und von diesen künftig nicht mehr in Besitz genommen werden. (14) Das Geleitrecht der Fürsten durch ihr Land, das sie von uns zu Lehen haben, wollen wir weder selbst noch durch unsere Mannen hindern oder durchbrechen lassen. (17) Wir wollen keine neue Münze im Lande irgendeines Fürsten schlagen lassen, wenn dadurch sein Münzrecht geschädigt wird".

Friedrich II. dachte gar nicht erst daran, den Gemeinnutz zugunsten des Reiches und der Kaisermacht zur Triebkraft seines Denkens und Handelns zu machen. Er kapitulierte vielmehr von vornherein vor dem partikularistischen Eigennutz, so daß die deutschen Fürsten ihr Lehensfürstentum mit kaiserlicher Unterstützung in ein Landesfürstentum umwandeln konnten.

Obwohl der Kaiser für die wirtschaftliche Bedeutung der Städte volles Verständnis besaß und besonders den Reichsstädten mannigfache Förderung und Unterstützung angedeihen ließ, reichte er andererseits wiederum den Territorialherren die Hand, die wachsende Selbständigkeit deren Städte wieder zu beseitigen. Der Versuch mißlang, obwohl ein Erlaß Friedrichs bestimmte (1231/32): „Durch dieses Gesetz erklären wir für nichtig und heben auf in jeder Stadt Deutschlands die Gemeindevertretungen, Räte, Bürgermeister oder sonstigen Beamten, die von der Gesamtheit der Bürger ohne die Zustimmung der Erzbischöfe oder Bischöfe eingesetzt werden. — Wir beseitigen und heben auf auch alle Brüderschaften und Vereinigungen der Handwerker, mit welchem Namen sie auch gewöhnlich bezeichnet werden mögen. — Wie in vergangenen Zeiten die Leitung der Städte und aller Güter, die vom Reiche übertragen werden, den Erzbischöfen und Bischöfen zu-

stand, so wollen wir, daß diese Leitung ihnen und ihren Beamten ... für immer zustehe". Trotzdem bauten die Städte ihre Freiheiten weiter aus und stellten sich als ein ebenso auf dem Eigennutz fußender Machtfaktor dem gleichgearteten der Fürsten gegenüber.

Im Grunde genommen vollbrachte Friedrich nur eine einzige von Gemeinnutz zeugende Tat, die dem gesamten deutschen Volke und dem Reiche zu großem Nutzen gereichte: Er verkündete den Mainzer Landfrieden, das erste Reichsgesetz in deutscher Sprache.

In den letzten Jahren seiner Regierungszeit sah sich der Kaiser nochmals gezwungen, mit dem päpstlichen Eigennutz zu ringen. Es sollte der Entscheidungskampf sein. Innocenz IV. führte wiederum, wie einst schon Gregor VII. und sein Vorgänger, alle kirchlichen Machtmittel als Waffen ins Feld. Sogar durch Gift, Verrat und Gewalttat suchte die Kirche, „das verderbendrohende Scheusal aus ihrer Mitte zu tilgen". So hieß es in dem „Schreiben an die Christenheit", in dem der Papst den Anspruch der Herrschaft über das Kaisertum in seinem Sinne begründete: „Denn im Schoß der getreuen Kirche werden zwei Schwerter aufbewahrt, das geistliche und das weltliche, wie der Papst behauptet und Gott zuläßt. Wer sich außerhalb der Kirche befindet, hat keins von beiden. ... Die Gewalt des weltlichen Schwertes liegt also bei der Kirche, aber sie wird von dem Kaiser, der sie von ihr empfängt, ausgeübt; und die Macht, die in den Händen der Kirche nur latent ist, wird erst wirksam, wenn sie dem Kaiser übertragen ist. Dies zeigt ja der Brauch, daß der Papst dem Kaiser bei der Krönung das Schwert in der Scheide überreicht, das der Kaiser herauszieht und, indem er es schwingt, bekräftigt, er habe die Vollmacht erhalten, es zu gebrauchen. Aus dieser Scheide, d. h. aus der päpstlichen Allgewalt, hat der vorgenannte Friedrich das Schwert der Weltherrschaft empfangen, damit er den Frieden der Kirche verteidige und nicht Verwirrung anrichte noch den christlichen Glauben schädige, sondern das Morsche wegschneide und das Kräftige ruhig wachsen lasse, die geilen Schößlinge abbreche und das gerade Wachstum nicht stutze, die Frechheit der Sünder zügele und die Unschuld vor ihren Feinden schütze. Statt dessen mißbraucht er das Schwert übermütig und verkehrte die höchste Zier des Kaisers in eine grausame Tyrannenherrschaft; so reichte sie der sinnlosen Wut seiner Bosheit die Waffen gegen Gott, seinen Schöpfer, und gegen die Kirche, seine Mutter.

Der römische Kaiser verpflichtet sich eidlich dem römischen Papste, von dem er Ehre und Krone des Reiches empfängt, und unterwirft sich ihm, wie die ältere Geschichte es überliefert und die neuere beweist. Auch wird der Kaiser durch freie Wahl der deutschen Fürsten berufen; diesen aber ist das Recht und die Fähigkeit, den König zu wählen, von dem römischen Stuhl gegeben worden, wie sie selbst nicht bestreiten, sondern zugestehen. Dann wird er von uns zum Kaiser erhöht, wie ja der Papst einst das Kaisertum von den Griechen auf die Deutschen übertragen hat . . .".

Friedrich blieb die Antwort nicht schuldig. In einem sehr wirkungsvollen, an die Könige Europas gerichteten „Rundschreiben über den Vorrang des Kaisertums" (1246) zeigte er, daß er den Papst gründlich durchschaut hatte, wenn er schrieb: „Müßt Ihr Könige, wenn Ihr allein steht an der Spitze isolierter Reiche, nicht von dem Antlitz eines solchen Priesterfürsten alles befürchten? Wir sind doch in feierlicher Wahl und unter Zustimmung der ganzen Kirche, die damals noch fromm auf Treu und Glauben hielt, nach Gottes Fügung mit der Kaiserkrone geschmückt worden und beherrschen noch andere edle Reiche; er aber geht daran, unsere Absetzung zu betreiben, obgleich es ihm selbst dann nicht zukäme, uns mit zeitlichen Strafen zu richten, wenn seine Vorwürfe als berechtigt gelten könnten.

Nun freilich, wir sind nicht die ersten und auch nicht die letzten, die der Mißbrauch der priesterlichen Gewalt von der Höhe herabzustürzen versucht. Aber Ihr seid daran nicht unschuldig, indem Ihr den Scheinheiligen gehorcht, die sich in ihrer Habsucht dünken lassen, den ganzen Jordan mit ihrem Munde auszuschöpfen (Hiob 40, 23) . . . Natürlich, infolge der Überfülle der Einkünfte, mit denen sie sich bereichern, während viele Völker wie unsere eigenen ausgepowert werden, verlieren sie den Verstand. Bei Euch gehen die Christenleute betteln, damit hier in Italien die Feinde der Christenheit zu schlemmen haben; in Eueren Ländern reißt Ihr die Häuser Euerer Untertanen nieder, um hier die Stätte Eurer Widersacher aufzubauen. In der Weise unterstützt Ihr mit Eueren milden Gaben solche „Arme in Christo". Und wie vergelten sie Euch Euere Wohltaten; wie erweisen sie Euch ihre Dankbarkeit? Je freigebiger Ihr den „Bedürftigen" die Hand hinstreckt, um so gieriger fassen sie nicht nur die Hand, sondern den Ellenbogen; dann halten sie Euch in der Schlinge fest wie das Vöglein, das sich um so fester verstrickt, je kräftiger es sich anstrengt loszukommen (vgl. Hiob 40, 29) . . .

Glaubt aber — wir bitten Euch — keineswegs, daß infolge des päpstlichen Spruches die innere Sicherheit unserer Majestät auch nur ein wenig erschüttert wird! Wir haben nämlich ein reines Gewissen und daher Gott mit uns. . . . Dagegen sind die heutigen Geistlichen ganz der Welt ergeben und von ihren Genüssen trunken; deshalb vergessen sie Gott, und unter dem zuströmenden Reichtum erstickt die echte Frömmigkeit. Derartigen Menschen die schädlichen Schätze wegnehmen, mit denen sie sich in verdammenswerter Weise beladen, ist ein Werk der Liebe. Darauf müßt Ihr und müssen alle Fürsten mit uns alle Sorge richten . . .".

Erbittert kämpften beide und ihre Parteigänger gegeneinander und ließen es selbst nicht an Gewalttätigkeiten fehlen. Als noch kein Ende dieses Streites abzusehen war, starb Friedrich im Jahre 1250. Sein Sohn und Nachfolger, Konrad IV., vermochte kaum etwas während seiner nur vierjährigen Regierungszeit auszurichten († 1254). Ihm folgte ein Kind auf dem Thron, das der Kurie in keiner Weise gewachsen war. Ihre Überlegenheit trat rasch in Erscheinung. Als schließlich Konradin im Kampfe um sein süditalienisches Erbe bei Tagliacozzo besiegt, durch Verrat gefangen genommen und in Neapel hingerichtet wurde (1268), hielt das Papsttum mit dem Untergange des staufischen Königshauses den endgültigen Sieg in der Hand. In dem unerfreulichen und grausamen Zweifrontenkriege hatte der päpstliche und fürstliche Eigennutz das deutsche Kaisertum seiner Macht entkleidet und es nahezu vernichtet. Dieses, das Reich und damit der Gemeinnutz als staats- und volkserhaltende Triebkraft erlebten in den folgenden Jahren des Interregnums ihre tiefste Erniedrigung. Deutschland lag am Boden, und weder der Papst noch die deutschen Fürsten zeigten Interesse daran, es wieder kraftvoll aufzurichten. In der kaiserlosen, schrecklichen und gemeinnutzbaren Zeit festigte der Eigennutz seine eroberte Stellung, baute sie in den folgenden Jahrhunderten noch weiter aus, um sie erst nach dem 30. Januar 1933 endgültig und unwiderbringlich zu verlieren. Vorläufig aber rangierte der Eigennutz vor dem Gemeinnutz.

Die zunehmende Herrschaft des fürstlichen Eigennutzes

Mit Riesenschritten vollzog sich der Verfall des Deutschen Reiches. Zwei Ausländer trugen während des Interregnums die Krone, von denen keiner eine Regierungshandlung in Deutschland vollbrachte. In dieser Zeit gingen die letzten Reichsgüter verloren. Teils rissen sie die Fürsten an sich, teils wurden sie reichsfreier Besitz von Rittern, Städten oder Klöstern. Die selbständigen Territorialgewalten schalteten und walteten nach freiem Ermessen. Unzählige Fehden beunruhigten die Bevölkerung, und Raubritter trieben zunächst ungestraft ihr Unwesen. Der Eigennutz in jeder Form regierte in tyrannischer Weise. Ein Gemeinnutz, der auf Volk und Reich gerichtet war und aus dem gesunden Instinkt eines kraftvollen, in jeder Hinsicht nordischen Menschen entsprang, gab es nicht mehr, weil ihn eben klerikaler Internationalismus, der letzten Endes christlich getarnten jüdischen Weltherrschaftsplänen Vorschub leistete, unter Ausnutzung von Todesfurcht und Seelennot verdrängt, ja sogar ertötet hatte. Nur bei den Bürgern, besonders innerhalb der Zünfte, fand der wahre Sozialismus noch seine Pflege. Die Städte blühten auf und traten bald als bedeutsame Machtfaktoren in Erscheinung, die jedoch in ihrem gegen die fürstlichen Stadtherren gerichteten Kampfe zur Erlangung voller Selbständigkeit rein eigennützige Interessen verfolgten. Wohin man auch immer blicken mochte, überall bestimmte die gleiche Triebfeder Denken und Handeln.

Das Bauerntum hatte in seinem Niedergange auch das blut- und bodengebundene Volksheer mit sich gerissen. In den Kampf für heilige Werte und ewiges Gut zog kein Krieger mehr. Schnöder Mammon beherrschte den Einzelnen, und er hielt zu dessen Fahne, der die Habgier mit dem höchsten Sold zu befriedigen vermochte. Der Sieg der Geldwirtschaft brachte den Zinswucher mit sich, der rein jüdischem Denken entsprang. Mehr und mehr setzte sich auch das artfremde Römische Recht in Deutschland durch, aus dem die Fürsten großen Vorteil zogen, denn es ermöglichte ihnen, auf rechtlicher Grundlage ihre Macht zu steigern, ihre Landeshoheit zu befestigen und den Weg zum Absolutismus zu beschreiten.

Unter diesen Verhältnissen, wo jeder, der bereits etwas Macht besaß, für sich allein den größtmöglichen Gewinn und Vorteil zu erhaschen suchte, konnte es für das Reich keinen Wiederaufstieg geben. Wenn auch die deutschen Fürsten bald einen neuen König wählten (1273), dann hatten sie schon durch die Auswahl der Person Vorsorge getroffen, daß sie nicht zu Schaden kamen. Sechs aus verschiedenen Häusern stammende Fürsten bestiegen im Laufe eines Dreivierteljahrhunderts (1273—1347) den deutschen Kaiserthron, und es muß tatsächlich die Frage aufgeworfen werden, ob diese wie auch die folgenden überhaupt in der Lage waren, jemals ihr Denken und Handeln für Volk und Reich auf Gemeinnutz abzustellen?

Die Antwort zu geben, ist verhältnismäßig leicht, wenn man in Rechnung setzt, daß keiner von ihnen von Haus aus so viel Macht besaß, sich aus eigener Kraft in Deutschland sowohl gegen den fürstlichen als auch kirchlichen Eigennutz durchzusetzen. Nur wenig Besitz nannten die Nachinterregnumskaiser zumeist ihr Eigen, so daß sie sich gezwungen sahen, zuerst einmal eine tragbare Basis für ihre Regierungstätigkeit zu schaffen, da ja die Partikulargewalten aus naheliegenden Gründen jede weitergehende militärische und finanzielle Hilfe versagten. Bevor das Haus Luxemburg den Thron bestieg (1347), war es seit der „kaiserlosen, schrecklichen Zeit" allen deutschen Königen eigen, daß sie zunächst ihre Hauptsorge auf die Schaffung einer Hausmacht richteten. Die meisten verbrauchten bei der Verwirklichung dieses Planes ihre ganze Kraft, und nur einzelnen Persönlichkeiten war es verstattet, darüber hinaus noch die Interessen des Reiches wahrzunehmen.

Als Rudolf von Habsburg (1273—1291) den deutschen Thron bestieg, ergab sich für ihn als erste gewaltige Aufgabe, die schlimmen Zustände innerhalb des Reiches zum Besseren zu wenden. Die Partikulargewalten verfügten unbeschränkt über das Kaisertum und erkannten doch gleichzeitig die Vormachtstellung des Papstes an. Sie erbaten daher auch dessen wohlwollende Bestätigung, als sie sich, „da ja das Kaisertum längst unbesetzt war, . . . einträchtig, um für dieses Kaisertum zu sorgen", zusammengefunden, und „zweifellos dem göttlichen Willen gemäß" unter gebührender Berücksichtigung ihrer Interessen ausgewählt hatten, die erst nahezu ein Jahr später erteilt wurde: „Daher haben Wir es zwar nicht ohne Grund bisher verschoben, Dir die Ernennung zum König zuzustellen; nachdem Wir mit

Unseren Brüdern jüngst zuvor eine Beratung abgehalten haben, ernennen Wir Dich zum König der Römer . . .".

Rudolfs hauptsächlichstes Bemühen zielte darauf ab, den mächtigsten Fürsten, Ottokar von Böhmen, der ihm die Anerkennung versagte, zu unterwerfen. Überraschend schnell gelang es ihm. Der Böhmenkönig fiel nach wiederholtem Kampfe, der Habsburger aber gründete seine Hausmacht (Österreich, Steiermark, Krain), die es ihm gestattete, nunmehr kraftvoller die Reichsinteressen wahrzunehmen. Energisch und rücksichtslos bekämpfte er die Raubritter, von denen er im Jahre 1290 allein in Erfurt 29 hinrichten und hauptsächlich in Süddeutschland 66 ihrer Burgen niederbrechen ließ. Auch außenpolitische Erfolge vermochte er seit langer Zeit wieder zu erringen (Wiedergewinnung der Freigrafschaft Burgund), aber den fürstlichen Eigennutz wesentlich zurückzudrängen und auszuschalten, erwies sich bereits als unmöglich. Im allgemeinen beschränkte sich Rudolf auf innerdeutsche Angelegenheiten. Um römische Verhältnisse kümmerte er sich nicht.

Mochte auch Rudolf noch so viele und schöne Erfolge erzielen, die dem Kaisertum und Reich neues Ansehen gaben, als er starb, trug man auch diese zu Grabe. Da die Fürsten jede kaiserliche Machtsteigerung von ihrer Stellung aus als gefährlich betrachteten, trugen sie schon zu gegebener Gelegenheit Sorge dafür, daß nicht ein vielleicht noch kraftvollerer Sohn das väterliche Werk fortführte. Rudolf war ihnen unerwünscht gefährlich und mächtig geworden, sie aber wollten in der Verfolgung ihrer eigennützigen Ziele ungehindert und ungestört sein. Daher wählten sie wiederum einen sehr Schwachen aus ihrer Mitte zum Kaiser, von dem sie nichts zu fürchten hatten. Sie wollten keine starke Hand über sich dulden, denn in allen ihren Erwägungen, Bestimmungen und Handlungen gab auf lange Zeit hinaus einzig und allein ihr Vorteil, die Raffgier des Eigennutzes, den Ausschlag.

In der Folgezeit scheuten die Fürsten sogar davor nicht zurück, den gewählten Kaiser Adolf von Nassau (1292—98) wieder abzusetzen, als er versuchte, sich eine Hausmacht zu gründen. Dem Nachfolger verweigerte zunächst Bonifaz VIII. die Bestätigung, um sie jedoch nach der Aussöhnung beider Gegner nachzuholen. Gerade dieser Papst war es, der allen Laien nochmals untersagte, die Geistlichkeit und das Kirchengut zu besteuern. In der bereits gewohnten Überheblichkeit und Anmaßung erklärte auch er sich für den Inhaber der

höchsten geistlichen und weltlichen Gewalt und vermeinte ebenso, daß nur ihm das Recht zustünde, Könige und Herrscher ganz nach seinem Ermessen ein- und abzusetzen. In der berühmten Bulle „Unam sanctam" (1302) begründete er seine dahingehende Forderung: „Daß in dieser ihrer (der Kirche) Gewalt zwei Schwerter liegen, ein geistliches nämlich und ein weltliches, werden wir durch die Worte des Evangeliums belehrt. . . . Beide liegen also in der Gewalt der Kirche, das geistliche Schwert nämlich und das irdische; nur daß dieses für die Kirche, jenes von der Kirche zu führen ist, jenes von der Hand des Priesters, dieses von der des Königs und der Krieger, doch nach dem Winke und mit der Erlaubnis des Priesters. Es muß aber ein Schwert unter dem anderen stehen und die weltliche Autorität der geistlichen Gewalt unterworfen sein. . . . Denn wie die Wahrheit bezeugt, hat die geistliche Gewalt die irdische einzusetzen und zu richten, wenn sie nicht gut gewesen ist. So bestätigt sich hinsichtlich der Kirche und der kirchlichen Gewalt die Weissagung des Propheten Jeremias (1, 10): ‚Siehe, ich habe dich heute über die Völker und Königreiche gesetzt' usw. . . . Also, wenn die irdische Gewalt vom rechten Wege abweicht, wird sie von der geistlichen Gewalt gerichtet werden; . . . wenn aber die höchste fehlgeht, wird sie von Gott allein, nicht von den Menschen gerichtet werden können; wie der Apostel (1. Kor. 2, 15) bezeugt: ‚Der geistliche Mensch richtet alles, er selbst aber wird von niemandem gerichtet'. Es ist aber diese Autorität, wenn sie auch einem Menschen gegeben ist und durch einen Menschen geübt wird, keine menschliche, sondern vielmehr eine göttliche Gewalt, durch den göttlichen Mund dem Petrus gegeben und ihm und seinen Nachfolgern in Christo, den er als ein Fels bekannt hatte, bestätigt, da der Herr selbst zu Petrus spricht (Matth. 16, 10): ‚Alles was du bindest', usw. Wer sich also dieser von Gott so geordneten Gewalt widersetzt, der widersetzt sich Gottes Ordnung. . . . Daher erklären, sagen, bestimmen und verkünden Wir, daß dem römischen Oberpriester untertan zu sein für jedes menschliche Geschöpf schlechterdingt zur Heilsnotwendigkeit gehört."

Dieses Schreiben stellte zugleich das letzte große Zeugnis des schriftlich niedergelegten päpstlichen Eigennutzes der damaligen Zeit dar, denn wenige Jahre darauf stürzte die Macht des Papsttums mit einem Schlage zusammen. Als das deutsche Kaisertum unter den steten Angriffen des fürstlichen und kirchlichen Eigennutzes zusammenbrach, ging auch dem Papsttum seine stärkste Stütze verloren, und es

war den französischen Einflüssen schutz- und wehrlos preisgegeben. Wie schon in Deutschland, so suchte der Papst auch in Frankreich nach bewährtem Muster in die innenpolitischen Angelegenheiten einzugreifen. Aber König Philipp IV. ließ sich solche Einmischungen nicht gefallen und nahm kurzerhand den Papst mit der Zustimmung seiner Bischöfe gefangen und erzwang seine Residenz in Avignon (1309—1377 „Babylonische Gefangenschaft der Kirche").

Noch einmal lebte der Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum auf. Als im Jahre 1314 zwei Könige auf einmal gewählt wurden (Ludwig der Bayer 1314—47 und Friedrich von Österreich 1314—30), begann die letzte Auseinandersetzung zwischen beiden Gewalten. Der Franzosenkönig bestärkte den Papst in seinem Vorgehen, in dem er noch einmal alle kirchlichen Machtmittel zum Einsatz zu bringen versuchte. Aber diese Waffen waren stumpf geworden, und die Zeiten gab es nicht mehr, in denen er willige Ohren und hilfsbereite Handlanger gefunden hatte. Die sittliche Entartung schadete seinem Ansehen sehr und nahm seinen „Strafen" jede Wirkung. Der geschleuderte Bann blieb völlig wirkungslos, denn König und Kurfürsten, die ja das Kaisertum erst so geschwächt hatten, daß es aus eigener Kraft und allein nicht mehr fähig war und daher ihrer Unterstützung bedurfte, diesen Kampf auszutragen, vereinigten sich seit langer Zeit zum ersten Male wieder, um den äußeren Feind gemeinsam und endgültig abzuwehren. In dem Pariser Professor Marsilius von Padua erwuchs ihnen der wertvollste Helfer, der dem Papste in seinem Werke „Defensor pacis" (1324), das er Ludwig dem Bayer überreichte, die Befugnisse stark beschnitt: „Durch geistliche und weltliche Strafen darf niemand zur Beobachtung der Gebote Gottes angehalten werden. Von den göttlichen Geboten oder Verboten . . . kann kein Sterblicher Dispens erteilen. Weltlicher Gesetzgeber ist allein die Gesamtheit der Bürger oder ihre Mehrheit . . . Ein erwähltes Fürstentum oder sonst ein Amt hängt allein von der Wahl dessen, der hierzu die Befugnis hat, und von keiner anderen Bestätigung oder Billigung ab . . . . Wenn der römische Bischof erklärt hat . . . ihm stehe es zu, die Wahl des römischen Herrschers zu bestätigen, damit nicht etwa ein Ketzer auf den Gipfel des Kaisertums emporsteige, . . . so ist darauf zu erwidern, daß eine solche Wahl seiner Billigung nicht bedarf, da sie durch die Wahl dreier hoher christlicher Erzbischöfe feierlich vollzogen wird, deren jeder die gleiche bischöfliche und priesterliche Gewalt von Christus

erhalten hat wie der römische Oberpriester, . . . sowie durch vier gläubige weltliche Fürsten, durch deren Übereinstimmung mit den genannten geistlichen Prälaten die Wahl des genannten römischen Herrschers vollzogen wird."

Mit dieser Waffe führte der deutsche König gemeinsam mit den mächtigsten Vertretern des fürstlichen Eigennutzes, den Kurfürsten, den Kampf gegen den internationalen Eigennutz des Papstes und der Kirche zu Ende. Die Territorialherren wollten noch selbständiger sein. Daher entledigten sie sich bei dieser günstigen Gelegenheit ihres einstigen Verbündeten und Helfers. Von nun ab stand es keinem kirchlichen Oberhaupte mehr zu, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen, besonders aber die Kaiserwahl zu beeinflussen. Das Weistum des Kurvereins zu Rense (1338) brachte den Willen der Kurfürsten eindeutig zum Ausdruck: „Durch gegenwärtige öffentliche Urkunde sei es allen bekannt, daß im Jahre der Fleischwerdung 1338 am 16. Juli im Garten neben dem Königshofe Rense, oberhalb des Rheins, (die Kurfürsten) geurteilt haben, daß dies dem Rechte und der altbewährten Gewohnheit des Reiches entspreche, daß, nachdem jemand von den Kurfürsten des Reiches oder dem größten Teil dieser Fürsten auch in Uneinigkeit zum römischen König gewählt worden ist, er nicht der Ernennung, Anerkennung, Bestätigung, Zustimmung oder Ermächtigung des apostolischen Stuhles bedarf zur Übernahme oder Verwaltung der Güter und Rechte des Reiches oder des Königstitels".

Kaiser Ludwig der Bayer beeilte sich daraufhin, diesen von den sieben Kurfürsten gefaßten, wiederum ihre Macht steigernden Beschluß zum Gesetz zu erheben. Im „Kaiserwahlgesetz" (1338) verfügte er deshalb: „Wir erklären daher mit dem Rate und der Zustimmung der Kurfürsten und anderer Fürsten des Reiches, daß die kaiserliche Würde und Gewalt unmittelbar von Gott allein ist, und daß es dem Rechte und der von alters her bewährten Gewohnheit des Reiches entspricht, daß, nachdem jemand zum Kaiser oder König von den Fürsten des Reiches einmütig oder von dem größeren Teile erwählt wird, er sogleich auf Grund der Wahl allein als wahrer König der Römer zu achten und als solcher zu bezeichnen ist und ihm von allen Untertanen des Reiches gehorcht werden muß, und daß er volle Gewalt hat, die Güter und Rechte des Reiches zu verwalten, . . . und daß er nicht der Anerkennung, Bestätigung, Ermächtigung oder Zu-

stimmung des Papstes, des apostolischen Stuhles oder sonst jemandes bedarf".

Mehrere Jahrhunderte hatte der unerquickliche Streit zwischen Kaisertum und Papsttum gedauert, jetzt war er zum Abschluß gekommen, wobei die Kurfürsten ihre Macht in Deutschland noch mehr vergrößerten und ihre Stellung stärker befestigten. Auf Grund ihres von jeher umfangreicheren Gebietes hatten sie im Wettlauf mit den übrigen Fürsten um den Vorrang gesiegt. Sie spielten nunmehr die ausschlaggebende Rolle im Reiche und vermochten um so leichter, weitere wichtige Rechte an sich zu reißen.

Die Kaiserkrone verlor gänzlich ihre Bedeutung, so daß es die Könige bald aufgaben, ihretwegen nach Italien, das für das Reich kaum noch Interesse besaß, zu ziehen, sondern sich sofort nach der erfolgten Wahl den Titel „Erwählter Römischer Kaiser" beilegten. Gleichzeitig verschwanden aber auch die idealistischen Ziele der deutschen Politik. Realpolitiker bestiegen in der Folgezeit den Thron, die ihre Stellung vorwiegend dazu benutzten, ihre Hausmacht zu vergrößern, auf Grund deren sie noch am besten die unaufhörlichen Forderungen und Ansprüche der Fürsten abwehren konnten. Auf diese Weise drang auch der Eigennutz in das deutsche Kaisertum ein und ergriff von ihm dauernden Besitz.

Von allen den deutschen Königen, die seit der Beendigung des Kampfes mit dem Papste die Herrschaft führten, vermochte nur der staatskluge Karl IV. aus dem Hause Luxemburg größere Erfolge zu erzielen. Den von der bayrischen Partei gegen ihn organisierten Widerstand konnte er schnell brechen. Nach der Aussöhnung mit den Wittelsbachern (1350) richtete er sein Hauptaugenmerk auf sein Erbland Böhmen, das er durch die Gewinnung von Schlesien und der Lausitz beträchtlich vergrößerte. Darüber hinaus gedachte er noch ein großes Ostreich zu schaffen, wozu er seinen Sohn Sigismund mit der Erbin von Polen und Ungarn vermählte. Dieser Plan verwirklichte sich aber zum Glücke des Deutschen Reiches nicht, da sonst Nationalitätengegensätze in Erscheinung getreten wären, die nicht überbrückt werden konnten. In wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht wurde aber Böhmen dank Kaiser Karls besonderer Vorliebe für Kunst und Wissenschaft für kurze Zeit führend. Er errichtete in Prag die erste deutsche Universität (1348) und rief deutsche Bauern und Bergleute in sein Land, um die Bodenschätze intensiver auszubeuten.

Wenn dieser Luxemburger in den späteren Jahren auch Österreich noch Tirol angliederte, sich die lombardischen Städte huldigen ließ und Burgund dem Reiche erhielt, so gelang es ihm nicht, die deutschen Fürsten in ihrer Raffgier zu zügeln. Weil er in der Verfolgung seiner eigennützigen Hausmachtpläne nicht gehindert sein wollte, gab er (vgl. Friedrich II.) den Kurfürsten die wichtigsten Königsrechte, die sie schon seit langer Zeit widerrechtlich ausübten, preis und erkannte die innerdeutsche Machtverschiebung reichsgesetzlich an. In dieser Richtung bestimmte die „Goldene Bulle", die als Reichsgrundgesetz auf den Reichstagen zu Nürnberg und Metz beschlossen worden war (1356): „Wir bestimmen, daß der, welcher . . . zum König der Römer erwählt worden ist, sogleich nach der Wahl, bevor er . . . die Regierung ausübt, allen einzelnen Kurfürsten . . . alle Privilegien, Urkunden, Rechte, Freiheiten und Schenkungen, Gewohnheiten und Würden . . . durch Brief und Siegel bestätigen und ihnen nach der Kaiserkrönung alles dies erneuern soll. — Wir erklären, daß unsere Nachfolger, die Könige von Böhmen, und ebenso alle geistlichen und weltlichen Kurfürsten die gesamten Gold- und Silbergruben, die Zinn-, Kupfer-, Eisen-, Blei- und sonstigen Metallbergwerke sowie die Salzbergwerke . . . von Rechtswegen besitzen . . ., ebenso den Judenschatz haben und in der Vergangenheit eingerichtete und festgesetzte Zölle erheben dürfen. — Wir setzen ferner fest, daß dem Könige von Böhmen . . . auch fernerhin zustehen soll, Gold- und Silbermünzen in jedem Orte und Teile seines Königreiches . . . prägen zu lassen . . . Gegenwärtiges Gesetz . . . wünschen wir auf alle Kurfürsten, geistliche wie weltliche, vollständig auszudehnen. — Wir bestimmen weiterhin, daß keine der Kölner, Mainzer und Trierer Kirche unterworfene Person . . . außerhalb des Gebietes dieser Kirchen . . . vor irgend ein anderes Gericht als das der Erzbischöfe von Mainz, Trier und Köln und ihrer Richter . . . geladen werden kann. Und wir fügen ausdrücklich hinzu, daß es . . . keiner dieser Kirchen unterworfenen Person . . . gestattet ist, von den Prozessen, Urteilssprüchen . . . dieser Erzbischöfe und Kirchen oder ihrer weltlichen Beamten . . . an irgend ein Gericht Berufung einzulegen, solange den im Gerichte besagter Erzbischöfe und ihrer Beamten Klagenden das Recht nicht verweigert wird . . . Ebendiese Bestimmung wollen wir kraft gegenwärtigen kaiserlichen Gesetzes auf die erlauchten Kurfürsten, den Pfalzgrafen bei Rhein, den Herzog von Sachsen, den Markgrafen von Brandenburg ausdehnen. — Wir bestimmen, daß (die Kurfürstentümer) in

Zukunft . . . nicht geteilt oder unter irgendeiner Bedingung zergliedert werden dürfen, . . . sondern daß der Erstgeborene in ihnen nachfolgen und ihm allein Recht und Herrschaft zustehen soll, es sei denn, daß er geistesgestört, blöde oder mit sonst einem bemerkenswerten Fehler behaftet sein sollte . . ., in welchem Falle ihm die Erbfolge verschlossen sein . . . und der Zweitgeborene nachfolgen soll."

Durch diese Bestimmungen wurde das Kaisertum seiner Macht völlig entkleidet, und die Person des Kaisers sank zu einer bedeutungslosen Strohpuppe in den Händen der gesamten Fürstenschaft herab. Die Kurfürsten aber beschritten durch die Verleihung des Erstgeburtsrechtes und der Unteilbarkeit ihrer Herrschaftsgebiete den Weg zum Absolutismus. Als gesetzlich anerkannte Landesherren strebten sie nun nach vollkommener Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Reiche, das im Grunde genommen schon jetzt zusammengebrochen war.

Mit brutaler Folgerichtigkeit und Rücksichtslosigkeit verfolgte der landesherrliche Eigennutz in der Folgezeit seine Ziele. Kein Kaiser setzte mehr aus wirklich gemeinnützigem Interesse seine Kräfte für Volk und Vaterland ein. König Wenzel (1376—1400) wurde sogar von den rheinischen Kurfürsten abgesetzt. Rupprecht von der Pfalz (1400—1410) erlitt außenpolitische Niederlagen. Kaiser Sigismund (1410—37) brach auf Grund kirchlicher Einflüsterungen Johann Hus sein gegebenes Wort, gestattete seine Verbrennung als Ketzer und erwies sich danach als zu schwach, als es galt, die Hussittenkriege (1419—36) mit Waffengewalt zu beenden.

Während Kaiser, Papst und Fürsten in erbitterten Kämpfen um die Macht rangen, hatten viele deutsche Städte die Herrschaft ihrer Herren abgeschüttelt und sich reichsunmittelbar gemacht. Jetzt aber, als das Kaisertum den Landesherren kein Hindernis mehr bedeutete, erwiesen sich die freien Reichsstädte und der Adel als ihre zähesten Gegner, die ebenso eigennützig ihre Vorteile wahrnahmen. Sie schlossen Städtebünde (die Hanse, der Rheinische Bund, der Schwäbische Städtebund), die teils den Zweck verfolgten, die erworbenen Rechte zu sichern, teils sich gegenseitig im Kampfe gegen die Landesherren oder ausländische Mächte zu unterstützen.

Die gleichzeitig gegründeten Adelsbünde in Süd- und Westdeutschland (der Löwenbund, der St. Georgsbund, die Schlegler) richteten sich gegen die Fürsten und Städte zugleich, um die sinkende Bedeutung ihres Standes aufzuhalten. Sowohl die Städte als auch die Adelsbünde suchten die Fürsten mit Waffengewalt aufzulösen. Es

gelang ihnen nicht. Sie mußten diese schließlich, als es auch der Kaiser tat, anerkennen. Besonders der vereinigte Schwäbische und Rheinische Städtebund, der sich sogar mit der Schweizer Eidgenossenschaft verbündete, spielte eine große Rolle und machte den süd- und westdeutschen Herrschern viel zu schaffen. In dieser Zeit begann auch die Schweiz ihren Unabhängigkeitskampf gegen die österreichischen Herzöge, die sie besiegte (1315 Morgarten, 1386 Sempach).

Im Laufe des 15. Jahrhunderts erstarkten die ausländischen Staaten und drängten den Einfluß der Hanse als politische und Handelsmacht, aber andererseits auch die Herrschaft des deutschen Ritterordens, der jahrhundertelang gemeinnützig weite Strecken östlichen Landes erobert und kolonisiert hatte, zurück. Das Deutsche Reich gewährte ihnen weder Unterstützung noch Schutz, so daß sie den stärkeren Feinden unterliegen mußten. Der Eigennutz der Fürsten trug einen Großteil der Schuld, daß die Hanse ihre überragende Bedeutung einbüßte, denn sie blickten neidisch auf ihre reichen Städte und mühten sich, sie ihrer Herrschaft wieder unterzuordnen. Im Laufe der Jahrzehnte zwangen sie viele mit Waffengewalt, ihre Mitgliedschaft aufzuheben und erreichten dadurch nur eine gefährliche Schwächung des Bundes, die bald zu seiner völligen Bedeutungslosigkeit führte.

Auf welchem Gebiete man auch immer im Verlaufe des 15. Jahrhunderts hätte nachforschen wollen, welche Triebkraft das menschliche Denken und Handeln bestimmte, dann würde man stets und überall auf den Eigennutz in seinen verschiedenartigsten Formen gestoßen sein. Von dem der Fürsten, der Städte und des Adels war schon die Rede. Mit dem Siege der Geldwirtschaft ergriff er in verstärktem Maße den Einzelmenschen und löste ihn aus der Gemeinschaft, der er bisher in uneigennütziger Weise gedient hatte, heraus. Befleißigten sich die Zünfte innerhalb ihres Handwerkes eines idealen Gemeinnutzes, der weder Großhandel, noch Konkurrenz, Reklame, Pfuscharbeit, Überteuerung, Massenherstellung usw., wohl aber Kriegsdienstpflicht, Nachtwache, gegenseitige Unterstützung und Hilfe, Berufsehre u. dgl. m. kannte, so zerstörte nunmehr der Eigennutz in der Form von spekulierendem Welthandel und Großunternehmertum, Kapitalbildung, Konkurrenz, Reklame, willkürliche Preisfestsetzungen usw. die überlieferten gesunden Verhältnisse. Sie sprengten den Rahmen der Stadtwirtschaft zugunsten von Volks- und Weltwirtschaft, deren Träger zunächst nur wenige Großunternehmer waren.

Im Jahre 1362 bestimmten noch die „Handwerksartikel der Straßburger Tuchscherer": „(5) Wenn irgend einer schlecht schert und einem sein Tuch verdirbt, so sollen ihn die Fünfmänner, wenn es vor sie kommt, zur Rede stellen; . . . (7) Wenn jemand Tuch kaufen will, so soll kein Tuchscherer, Weib oder Mann, mit einem anderen darum streiten, wer das Tuch scheren soll; denn wer der erste bei dem Käufer ist oder mit ihm geht, der soll ihm auch scheren, es wäre denn, daß einer käme, der mit dem Käufer bekannt ist und sprechen kann: ‚Ich habe schon mehr für euch geschoren; darf ich es wieder tun? Mehr soll er nicht sagen. Wem es dann der Käufer überläßt, der soll die Arbeit tun; wer dagegen verstößt, zahlt fünf Schillinge. (8) Wenn einer, sei es Mann oder Weib, mit des Handwerks geschworenen Boten vor Gericht befohlen wird und nicht erscheint, ehe das Gericht aufsteht, der zahlt sechs Pfennige . . . (9) Die Fünfmänner können auch den Harnisch beschauen, so genau und so oft sie wollen; und bei welchem sie ihn nicht in Ordnung finden, der zahlt fünf Schillinge. (10) Welcher auch der vorgenannten Fünfmänner Gebot übertrifft, es wäre die Nachtwache, bewaffnete Aufstellung auf dem Ring vor dem Münster oder dergleichen, der zahlt jedesmal fünf Schillinge. (11) Wenn ein Lehrling vor Ablauf der vereinbarten Zeit aus der Lehre läuft, so soll ihn niemand in seine Werkstatt einstellen, ohne sich mit dem früheren Meister besprochen zu haben. (13) Wer den Meister seines Handwerks mit Wort oder Tat angreift dessentwegen, was sie gerügt und gerichtet haben, der zahlt dreißig Schillinge, und der Rat soll ihn auch noch zur Verantwortung ziehen". Aber schon um 1438 ließen die Zustände eine Wandlung zum Schlechten erkennen, wie aus der sogenannten „Reformation des Königs Sigismund" hervorgeht. In ihr legte u. a. ein Verbraucher seine Meinung und Vorschläge nieder: „Es ist auch zu wissen: Wenn Kaufleute über Meer nach Venedig oder anderswohin fahren, so ist ihnen wohl bekannt, zu welcher Zeit sie reisen müssen, um ihren Kaufmannsschatz zu mehren. Sie treiben nun großen Alenfanz (Betrug), sage ich Euch. Wenn die Kaufleute z. B. in Venedig zusammentreffen, dann einigen sie sich über den Preis der Waren ohne Ausnahme, seien es goldene, samtene, seidene oder andere köstliche Tücher, sei es Gewürz, Ingwer, Pfeffer, Nelken oder Zimtrohr; infolge dieser Verabredungen weiß man in Wien, wie man in Venedig kauft, und in Venedig, wie man in Wien verkauft. Als Grund für den hohen Preis geben sie an, es sei ihnen auf dem Meer übel ergangen; end-

lich finden sie immer ihren Vorteil und nehmen unrechtmäßigen Gewinn. . . . Es sind auch große Gesellschaften aufgestanden, die großen Kaufmannsschatz zusammenlegen und auf Gedeih und Verderb damit arbeiten. Sie schieben es immer so, daß sie nichts verlieren. Das bringt aber der Bevölkerung in Stadt und Land Schaden. Solche Handelsgesellschaften sollen gänzlich abgestellt und nirgends mehr gefunden werden, weder beim Adel noch bei den Bürgern. . . . Man soll auch wissen, daß es für die gemeine Christenheit notwendig ist, den gesamten Verkauf zu regeln, es sei Wein, Korn, Fleisch, Schmalz und allerlei Gemüse, das man genießen muß. Wenn in einem Lande diese Nahrungsmittel geraten, in einem anderen aber nicht, so finden sich viele, die darauf achten und fürkaufen, wie es ihnen paßt; nachher schlagen sie ungewöhnlich hohen Gewinn auf und bedrücken die Armen".

Wenn auch einzelne Personen die Mißstände erkannten und sich dagegen auflehnten, so war doch niemand in der Lage, die Verhältnisse zu ändern. Das Schicksal nahm seinen Lauf und verschaffte dem Eigennutz die absolute Herrschaft. Großunternehmungen entstanden, von denen das Kupfersyndikat der drei Augsburger Handelsgesellschaften Sigmund Gossenbrot, Ulrich Fugger und Jorg Herwart die bedeutendste darstellte. Die Fugger und Welser betrieben ihren Welthandel und häuften große Reichtümer auf. Das Soldatentum verband nichts mehr mit germanischen Grundlagen und Idealen. Finanzieller Eigennutz bestimmte den Grad der Einsatzbereitschaft der Landsknechtsheere. Bald fand auch das Römische Recht in Deutschland gesetzliche Anerkennung und Einführung (1495), das die Fürsten in ihren absolutistischen Bestrebungen förderte. Nur die Erfindungen des Schießpulvers und der Buchdruckerkunst wirkten sich gemeinnützig aus.

Die Stellung und das Ansehen des Kaisers nahmen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts weiter rasch ab. Friedrich III. (1440—1493) regierte Deutschland, der so unfähig war, das er sich ganz auf seinen Ratgeber, einen Geistlichen, verlassen mußte. Auf dessen Betreiben stellte er sich im Streite zwischen dem Baseler Konzil und dem Papst auf dessen Seite, vermochte aber seinem Eigennutze keine besonderen Dienste zu leisten. Im ganzen Reiche tobten Bruderkämpfe und Fehden. Karl der Kühne von Burgund suchte, Stücke deutschen Landes an sich zu reißen. Der König von Frankreich zog das Herzogtum Burgund widerrechtlich als erledigtes Lehen ein. Die Türken bedrohten die österreichischen Erblande. Polen raubte einen Teil

des deutschen Ordenslandes. Überall sah dieser Kaiser untätig zu und hinderte selbst nicht die Zersplitterung in seinem Erblande. Das Reich verfiel unter seiner Hand. Allein die Fürsten und Städte zogen den willkommenen Nutzen daraus.

Den letzten Versuch überhaupt, nochmals eine starke Reichsgewalt und ein kraftvolles Kaisertum aufzurichten, unternahm Maximilian I. (1493—1519), der „letzte Ritter". Er verzichtete als erster auf einen Romzug zur Erlangung der Kaiserkrone und bestimmte im Jahre 1508: „Wir wollen uns des Titels eines Erwählten Römischen Kaisers angenommen haben, der Hoffnung und des Vorsatzes, wenn es möglich sein wird, die Krönung zu empfangen. Wo uns dasselbe aber durch unsere Feinde mit Gewalt verwehrt wird, wollen wir doch dafür halten, den Titel des Kaisertums genugsam erlangt zu haben; darauf wir uns von jetzt an also schreiben und nennen werden."

Sein ganzes Streben war darauf abgestellt, das Reich zu reformieren. Er wollte eine starke Zentralgewalt schaffen, die über den Fürsten stand. Aber diese vertraten unter Führung des Berthold von Henneberg den typisch eigennützigen Standpunkt, daß nur dann Kaiser und Reich mächtig sein könnten, wenn die Landesherren ausreichende Macht besäßen. Alle Bemühungen Maximilians schlugen daher fehl. Seine geplante Reichsreform scheiterte. Wenn dann auch der bedeutsame Wormser Reichstag des Jahres 1495 als drei wichtige gemeinnützige Beschlüsse den Ewigen Landfrieden, der dem deutschen Volke tatsächlich Ruhe und inneren Frieden brachte, die Schaffung des Reichskammergerichts als oberster Gerichtsinstanz und die Erhebung des „Gemeinen Pfennigs" als erster Reichssteuer überhaupt zur Besoldung eines Sölderheeres verkündete, so büßten dadurch die Fürsten doch nichts von ihrer Macht ein. Im Gegenteil! Auf diesem Reichstage hatten sie ihre Interessen erfolgreich vertreten und durchgesetzt, ja sogar die Einsetzung des „Reichsregiments" erreicht, das aber Maximilian, weil er es als eine Beschränkung seiner Macht empfand, bekämpfte, so daß es bald wieder verschwand.

Nachdem die deutschen Fürsten ihre Machtstellung behauptet hatten, fanden sie in dem Florenzer Nicolo Machiavelli (1468—1527) einen bedeutsamen Rechtfertiger und Verfechter ihrer machtpolitischen Interessen und Ziele. In seinem Buche vom Fürsten (il Principi) begründete er eine neue Staatslehre. U. a. schrieb er darin: „Es fragt sich, ob es (für den Fürsten) besser sei, geliebt oder gefürchtet zu werden. Beides wäre allerdings zu wünschen, aber da dies sehr

schwer ist und also eine Wahl getroffen werden muß, so ist letzteres vorzuziehen. ... Ohnehin wagen es die Menschen weniger, jene zu beleidigen, welche sie fürchten, als jene, welche sie lieben; wenn es daher darauf ankommt, die Untertanen in Einigkeit und Gehorsam zu erhalten, dann muß einem Fürsten der Vorwurf der Grausamkeit gleichgütig sein. ... Ein Fürst kann nicht immer so handeln, wie die Menschen gewöhnlich handeln sollen, um rechtschaffen genannt zu werden; das Staatserfordernis nötigt ihn oft, Treue und Glauben zu brechen und der Nächstenliebe, der Menschlichkeit und der Religion entgegenzuhandeln. ... Man beurteilt die Handlungen aller Menschen, besonders aber die Handlungen der Fürsten, die keinen Richter über sich haben, bloß nach dem Erfolge. *Es muß also des Fürsten einziger Zweck sein, sein Leben und seine Herrschaft zu erhalten.* Man wird alle Mittel, deren er sich bedient, rechtfertigen, und jeder wird ihn loben, denn der Pöbel hält sich nur an den äußeren Schein und beurteilt die Dinge nur nach dem Erfolge."

Diese Ausführungen kamen den Landesherren sehr gelegen und sie nahmen sich diese ihnen auf den Leib zugeschnittene Staatslehre sofort als Richtschnur ihres weiteren Denkens und Handelns. *Der Eigennutz wurde durch sie zum Herrschaftsprinzip erhoben, wodurch der Gemeinnutz als bindende Kraft und sittliche Grundlage der mittelalterlichen Gemeinschaften zugrunde ging.* „Der schrankenlose Individualismus mündete in nackte Ichsucht, die in ungezügeltem Lebensgenuß den Sinn des Daseins erblickte". Eine auf das Wohl der Gesamtheit gerichtete Macht und Triebkraft gab es nicht mehr. Der Eigennutz stand nunmehr ausschließlich im Dienste des Einzelnen, der ihm eine willkürliche Richtung gab. In dieser Hinsicht ahmten die reichen Bürger der Städte die fürstlichen Vorbilder nach, um sich ebenfalls das Leben angenehmer zu gestalten. Volk und Reich mußten dabei immer mehr zusammenbrechen. Während auf der einen Seite Not und unsoziale Verhältnisse Einkehr hielten, führten auf der anderen die Reichen und Fürsten ein Leben der Genußsucht und Verschwendung. Die Zustände zur Zeit des französisch beeinflußten Absolutismus warfen immer deutlicher ihre Schatten voraus.

Die Vernichtung des reichsbezogenen Gemeinnutzes

Da der Eigennutz zu Beginn des 16. Jahrhunderts die unbedingte Herrschaft antrat und jeglichem auf Volk und Reich bezogenem Gemeinnutz das Daseinsrecht bestritt, die Fürsten also zunehmend mehr allein das Wohl ihrer eigenen Person und ihres Landesfürstentums im Auge behielten, den Kaiser aber als Schattengestalt achteten und das Reich als Hindernis betrachteten, verlohnt es sich nicht, diesen letzten Kampf bis zum endgültigen Siege des Eigennutzes in seinen Einzelheiten zu verfolgen. Nur die große Linie soll aufgezeigt werden, die bis zum Untergange des ersten Deutschen Reiches führt, der gleichzeitig die Vernichtung des Eigennutzes als oberstem Grundgesetz territorialfürstlichen Handelns durch sich selbst bedeutet.

Als nach dem Tode Maximilians ein spanischer Habsburger, Karl V. (1519—1556), den deutschen Thron bestieg, hielten die Fürsten schon so viel Macht in Händen, diesem Kaiser eine Wahlkapitulation abzunötigen, in der er sein Verhalten zu den Fürsten und sein Regierungsprogramm im voraus festlegen mußte. Infolge seiner Kriege mit Franz I. von Frankreich um Mailand konnte er sich nur wenig um innerdeutsche Verhältnisse kümmern. Er mußte die Fürsten, besonders aber die Protestanten gewähren lassen, obwohl er als getreuer Katholik auf ihre Vernichtung sann.

Den schwersten Schlag und den größten Schaden hatte Luther dem päpstlichen Eigennutz zugefügt. Der Reformator bildete den Schluß einer langen Reihe von Männern, deren deutscher Sinn das kirchliche Gebahren nicht billigte. Schon der Dominikaner Meister Eckhart († 1329) lehnte sich dagegen auf, indem er als nordischer Mensch einen artgebundenen Glauben predigte und Gott und menschliche Seele als wesensverwandt gleichsetzte. Von der religiösen Seite her ging er gegen die päpstliche Anmaßung und die von Rom im Laufe der Jahrhunderte verfälschte christliche Lehre vor. Er schrieb einmal: „Es gibt etwas in der Seele, das ist unerschaffen und nicht zu erschaffen, wäre die ganze Seele so, dann wäre sie unerschaffen und nicht zu erschaffen. — Wenn der Mensch um Gottes willen sich seines Selbst entäußert und niemandem gehört als Gott allein, so ist er wahrlich dasselbe von Gottes Gnaden, was Gott von Natur ist,

und Gott weiß selbst von keinem Unterschied zwischen sich und diesem Menschen."

In gleicher Richtung mit Meister Eckhart gingen seine beiden Ordensbrüder, der Konstanzer Seuse († 1365) und der Straßburger Johann Tauler († 1361). Im Rahmen der katholischen Kirche strebten ebenso die Waldenser, Wiclif, Hus u. a. m. Reformen an. Luther aber war der große Erfolg beschieden, einen großen Teil der deutschen Menschen den Klauen des römischen Papsttums zu entreißen. Mit Wort und Schrift brandmarkte er dessen teuflische Habgier, die im Ablaßwesen ihren sichtbarsten, aber auch schlimmsten Ausdruck fand. Kaum waren die letzten Hammerschläge vom Thesenanschlag verhallt, da setzte ein erbitterter Kampf ein, weil der Papst bereits den Goldstrom aus Deutschland und die Wurzeln seiner Macht abgegraben sah. Alles nützte ihm nichts, weder Disputationen, noch Bann, Reichstag und Acht. Viele Fürsten traten mit der Zeit auf die Seite des deutschen Mönches und liehen ihm ihre Unterstützung.

Wenn auch die innere Überzeugung viele der Landesherren zu Protestanten werden ließ, so gab doch bei manchem ein anderer Faktor den entscheidenden Ausschlag: Das feine Gefühl ihres Eigennutzes für die Möglichkeit, die Macht zu steigern. Im dritten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts hatten sich die Ritter und Bauern gegen die Landesherren und die geistlichen Fürsten empört, denn jene wollten sich eine soziale Besserstellung durch die Beseitigung der Ursachen und Urheber dieser unerfreulichen Zustände erkämpfen und forderten daher u. a.: „. . . daß alle Zölle, Geleite, Ungeld, Auflagen, Steuer und Beschwerung, so bisher allenthalben ihren Fortgang gehabt, abgetan würden, ausgenommen, was zur Notdurft erkannt würde, damit der Eigennutz den gemeinen Mann nicht beschwere. . . . Zum elften soll der große Nachteil der Armen im Kaufen und Verkaufen bedacht werden und im heiligen römischen Reich ein Maß, eine Elle, ein Fuder, gleich Gewicht, eine Länge der Tuche und Parchent und aller anderen Waren aufgerichtet werden. Daraus folgt, daß alle Spezereien und anderes, so mit dem Zentner verkauft werden, ein gleiches Gewicht haben würden. ... Zum zwölften sollen die Gesellschaften, wie Fugger, Hoffstetter, Welser und dgl. abgestellt werden; denn dadurch werden arm und reich nach deren Gefallen in allen Waren beschwert. ... Es soll eine Ordnung zwischen den großen Hansen und den Händlern gemacht werden, damit die Armen mit den gemeinen Pfennigwerten bleiben und ihre Nahrung bekommen mögen. . . . Schließlich sollen alle

Bündnisse der Fürsten, Herren und Städte abgetan und allein kaiserlicher Schirm und Friede gehalten werden, ohne alles Geleit, Beschwerde und alle Verschreibung, so aufgerichtet, bei Verlust aller Freiheit, Lehen und Regalien . . ." (Reformpläne der fränkischen Bauern).

Aber die Fürsten hatten diese Aufstände erfolgreich niedergeschlagen und die Gemeinnutz fordernden Stände in noch festere Abhängigkeit gebracht. Jetzt winkte ihnen dazu auf friedlichem Wege noch größerer Gewinn. Infolge ihres Übertrittes zum Protestantismus hoben sie alle Klöster und geistlichen Herrschaften im Bereiche ihrer Gebiete auf und ergriffen von deren Gütern Besitz. Ganze Bistümer wurden in der Reformationszeit säkularisiert und das Deutschordensland in ein weltliches Fürstentum verwandelt (1525).

Gleichzeitig mußten sich die Untertanen auch in Glaubensdingen unbedingt ihrem Landesherrn unterordnen. Wechselte dieser aus machtpolitischen Gründen wiederholt die Zugehörigkeit zu den einzelnen Konfessionen, dann folgte die gesamte Einwohnerschaft des Fürstentums automatisch diesem Übertritt. Im geltenden Grundsatz: Cuius regio eius religio (wessen das Land, dessen der Glaube), nahm der fürstliche Eigennutz sogar das Recht für sich in Anspruch, den Kirchenglauben der Untertanen zu bestimmen. Wer sich dem nicht fügen wollte, sah sich gezwungen, in ein Land seiner Bekenntnisrichtung auszuwandern.

Zur gleichen Zeit setzten aber auch die Reibereien zwischen den katholisch gebliebenen und übergetretenen Fürsten ein. Mehrere Kriege entbrannten, um den alten Herrschaftsbereich des Papstes wieder herzustellen. Aber alle Anstrengungen und alles Blutvergießen erwies sich als vergeblich und umsonst. Der Kaiser trug selbst dazu bei, daß der Protestantismus nicht ausgerottet wurde, weil ihn seine ausländischen Unternehmungen und Interessen, besonders die Kämpfe gegen Franz I. von Frankreich und die Türken, stets daran hinderten, in Deutschland eine Entscheidung mit Waffengewalt herbeizuführen. Auch das Papsttum mußte sich letzten Endes mit der Befreiung des größten Teiles der Deutschen aus seiner Gewalt zufrieden geben, obwohl es immer wieder versuchte, die treu gebliebenen Herrscher gegen die „abtrünnigen Ketzer" vorzuschicken und sich des Jesuitenordens als eines blinden Werkzeugs bediente, um die Gegenreformation in seinem Sinne zu entscheiden.

Konfessionsfrieden kamen zustande, aber keiner besaß ewige Dauer. Der päpstliche Eigennutz zerstörte sie wieder. Die kirchliche

Spaltung Deutschlands aber führte dazu, daß im Hinblick auf die sich bekämpfenden Parteien eine Umgruppierung eintrat. Es standen nicht mehr die Fürsten gegen den Kaiser, um ihm nach alter Gewohnheit Macht und Rechte zu entreißen, sondern die Territorialgewalten zogen aus kirchlichen Meinungsverschiedenheiten gegeneinander zu Felde und suchten sich auf jede Art und Weise zu schädigen.

Aber auch das Reich litt unter den herrschenden Verhältnissen beträchtlichen Schaden. Es kam sehr bald dahin, daß nur diejenigen Fürsten dem katholischen Kaiser zur Wahrnehmung der Reichsinteressen Gelder und Truppen zur Verfügung stellten, die sie persönlich auf den Reichstagen bewilligt hatten. Mehrheitsbeschlüsse erkannten zuerst die protestantischen Fürsten nicht mehr an, und oftmals mußte der Kaiser um Hilfe betteln, wenn die Türken die Südostgrenze des Reiches bedrohten, um sie erst nach der Bestätigung oder Anerkennung ihrer konfessionellen Freiheiten zu erhalten.

Wiederholt bildeten sich im Laufe des 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts konfessionelle Fürstenvereinigungen, deren Streben einerseits dahin abzielte, dem katholischen Glauben ganz Deutschland zurückzuerobern, andererseits aber die Reformation zu verteidigen und zu erhalten. Auf der Gegenseite spielte dazu der berüchtigte Jesuitenorden eine unheilvolle Rolle, dessen skrupellose Methoden vielfach den Erfolg der Gegenreformation bestimmten. Union (Protestanten, 1608) und Liga (Katholiken, 1609) entstanden, deren Mitglieder zugleich den eigenen Vorteil wahrzunehmen trachteten. Ihre Reibereien kamen schließlich im Dreißigjährigen Kriege (1618—48) zum Austrag, dessen Ursache die eigennützigen Kämpfe der katholischen Kirche gegen die Protestanten in Böhmen darstellten, die selbst nicht vor der Niederbrennung evangelischer Kirchen, Vertragsbruch und Betrug zurückschreckte.

In diesem europäischen Kriege feierte der Eigennutz seine größten Triumphe. Kein Fürst oder König und keines der Heere kämpften für oder um die Religion, sondern lediglich für den Sieg eines Bekenntnisses. Die Landesherren und die anderen Personen, die irgendwie geartete Macht in Händen hielten, suchten einzig und allein ihren Vorteil wahrzunehmen, und die übrige Bevölkerung ahmte diese Vorbilder nach: „Anno 1621 ist das Schachern angegangen und hat ein jeder wollen reich werden. Der ein ist da, der ander dort hinaus geloffen, bis sie das gute und alte Geld vertragen und das böse, lose Geld, das nichts gewesen dann lauter Kupfer und Glockenspeis, in

unser Land dafür gebracht, dardurch alle Länder sind verderbt worden und alle Waren auf das Höchste gestiegen. Alle Kaiser und Könige, Fürsten und Herren, Grafen und Edelleut, Städt und Flecken, Keßler und Landfahrer haben gemünzet und münzen dürfen, daß einer ein gelehrten Zungen und ein gut Gesicht hat haben müssen, der alle Überschriften hat können lesen und sehen. Es ist ein leichtes und falsches Geld gewesen, das keinen Bestand gehabt, denn von Anfang war es schön, als wenn es lauter Silber wär, aber hernach in 3, 4, 5 oder aufs längst in die 8 Wochen ist es abgefallen und rot worden, wie das Kupfer."

Vom Kaiser angefangen über die vielen weltlichen und geistlichen Territorialherren zum König von Frankreich, die Feldherren und Gustav Adolf kann keiner von ihnen von dem Vorwurf, in diesem Kriege nur als Knecht seines Eigennutzes gehandelt zu haben, wenn der und jener sich auch ein frommes Mäntelchen umhängte, freigesprochen werden. Der Schwede trachtete nach der Herrschaft über die deutschen Ostseeprovinzen. Wallenstein, Bernhard von Weimar u. a. m. suchten sich ein Herzogtum zu erkämpfen. Der Franzose langte nach den rheinischen Gebieten. Kaiser und Fürsten aber suchten auf gegenseitige Kosten ihre Machtbereiche zu vergrößern. Dabei scheuten sie sogar nicht zurück, ihre emporstrebenden Helfer zu ermorden. Den Kriegsunternehmer größten Stils, Wallenstein, brachte der Eigennutz selbst zu Fall und schließlich auch ins Grab. Wenn einer von den vielen Kriegführenden auch vorgab, Gut und Blut für die Religion zu wagen, dann strafte bestimmt der Westfälische Frieden seine Behauptungen Lügen, denn da zeigten alle beteiligten Mächte ihr wahres Gesicht. Deutschland aber lag verwüstet und entvölkert am Boden.

Die Friedensbestimmungen (1648) vollendeten im eigentlichen Sinne den Absolutismus der deutschen Fürsten und den Sieg ihres Eigennutzes. Sie entkleideten den Kaiser fast ganz seiner Macht, denn auf Grund der Friedensabmachungen war es ihm in Zukunft verboten, ohne Zustimmung des Reichstages, d. h. also der Fürsten und übrigen Stände, Gesetze zu geben, Steuern aufzuerlegen, Truppenaushebungen vorzunehmen, Bündnisse jeglicher Art einzugehen, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen usw., während die Stände hingegen das Recht zugestanden erhielten, sowohl Bündnisse untereinander als auch mit ausländischen Mächten zu schließen, die jedoch nicht gegen Kaiser und Reich und dessen Frieden gerichtet sein durften.

Diese Bestimmungen erleichterten die Auflösung des Reiches in seine Einzelteile. Gleichzeitig nahm seine Ohnmacht in erschreckender Weise zu, die noch dadurch besonders in Erscheinung trat, daß Schweden und Frankreich zu Garanten des Friedens gemacht wurden und auf diese Weise reichlich Gelegenheit bekamen, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen.

Die Erklärung der Parität der drei christlichen Konfessionen (protestantisch, reformiert und katholisch) nahm den Fürsten die Möglichkeit, die kirchlichen Verhältnisse eigennützig auszubeuten. Immerhin behielten aber die Protestanten die einst säkularisierten Gebiete, die für sie eine willkommene Machtsteigerung bedeutet hatten.

Mit dem Westfälischen Frieden war in vieler Hinsicht ein gewisser Abschluß eingetreten. Die Kämpfe konfessioneller und politischer Art zwischen Kaiser und Fürsten hörten auf. Diese trugen nunmehr die volle Verantwortung für das Wohl und Wehe ihrer Staaten und Untertanen, und die meisten lösten ihre Aufgaben ganz im Banne des Eigennutzes, dem sie unrettbar verfallen waren.

Gemeinnutz und Eigennutz in Fürstenhand

Eine Reihe Entwicklungslinien eigennützigen Strebens fand im Westfälischen Frieden ihren Abschluß. Hauptsächlich aber ging die einheitliche Ausrichtung der deutschen Fürstenschaft im Hinblick auf die sie beherrschenden Triebkräfte verloren. Jene hielt ja alle Macht in Händen und konnte sie nach freiem Ermessen brauchen. Als nun jeder einzelne Fürst die Verantwortung für sein Land tragen mußte, da zeigten sich bald die verschiedenen Auffassungen des Herrscheramtes. Es entstanden zwei ungleiche Gruppen: Die weitaus größte folgte blindlings dem Eigennutz, der Pracht und Glanz, Genuß und Freuden des Augenblicks vorgaukelte; die kleinere hingegen ließ sich vom Gemeinnutz führen, der oft Entbehrung und Verzicht, Sparsamkeit und Sorgen für Land und Untertanen auf sich nehmen hieß.

So liefen nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges zwei Linien nebeneinander her, wobei jedoch nicht mehr der Kaiser und die Fürsten als die Träger der entgegengesetzt gerichteten Triebkräfte in Erscheinung traten, sondern die letzten allein, die im wesentlichen friedlich und nebeneinander ihre Interessen verfolgten.

Wer sich in dieser Nachkriegszeit als Diener des Gemeinnutzes bekannte, der mußte sich zur Verwirklichung seiner Pläne und Gedanken einen eigenen, neuen Weg suchen, dessen Richtung allein der unfehlbare Instinkt des nordischen Menschen bestimmte. Preußens Herrscher bahnten sich diesen schmalen und steinigen, jedoch nach aufwärts führenden Pfad, den sie mühsam und allmählich, aber zielbewußt und erfolgreich von der bequemen Heerstraße der anderen abzweigten. Der Eigennutz der übrigen Fürsten aber bewegte sich auf der breiten ausgetretenen Straße weiter, und sie folgten ihr, ohne nach rechts und nach links oder nach vorwärts in die Zukunft zu schauen, in unverminderter Rücksichtslosigkeit und grenzenloser Ichsucht nach abwärts. Die keine eigene schöpferische Kraft und staatsmännische Befähigung besaßen, suchten sich ein Vorbild ihres Herrschertums. Sie ahmten bedenkenlos Ludwig XIV. von Frankreich nach, der ihnen in seiner Verschwendung und Pracht als „Sonnenkönig" erschien, den sie kritiklos bewunderten, obwohl er altes deutsches Reichsland Stück für Stück raubte.

Wenn auch die unter den Gesichtspunkten Gemeinnutz und Eigennutz vorhandene Parteiung den Anschein eines friedlichen Nebeneinanders trug, so barg sie doch bereits den Keim zu einer späteren Auseinandersetzung zwischen den Trägern der beiden an und für sich stets feindlichen Triebkräfte. Ohne große Störungen und Gegensätzlichkeiten durchliefen sie rund anderthalb Jahrhunderte. Dann aber traten die Nachkommen der Bewunderer und Nachahmer Ludwigs XIV., nachdem sie ihre Ländereien z. T. herabgewirtschaftet hatten, als Rheinbundfürsten unter Napoleons Schirmherrschaft wieder auf und unterstützten ihn in seinem Kampf gegen das unter Friedrich d. Gr. zu Wohlstand und Großmacht emporgestiegene Preußen. Ihr irregeführter Eigennutz siegte zwar (1806), doch wurde er bald danach von dessen Gemeinnutz überwältigt. Die Rheinbundheere verließen den Korsen, und im Befreiungskriege halfen sie ihm selbst den Untergang bereiten.

Zu Beginn des Zeitalters des Absolutismus standen sich Ludwig XIV. als die Verkörperung des rücksichtslosesten Eigennutzes, der sein Herrscherrecht in den Vordergrund stellte, und Friedrich Wilhelm I., der Große Kurfürst von Brandenburg (1640—1688), der sich zu Herrscherpflichten bekannte, als noch tastender Vertreter preußischen Gemeinnutzes gegenüber. Während dieser die Schäden des furchtbaren Krieges auf allen Gebieten zu heilen suchte, seine Untertanen beim Wiederaufbau ihrer Gehöfte unterstützte, ihnen Getreide, Vieh usw. gab, Steuern erließ und zur Wiederbevölkerung seines Landes glaubenstreue Flüchtlinge aus anderen Ländern ansiedelte, so hob sich diese Handlungsweise kraß gegen die des Franzosenkönigs und seiner deutschen Nachahmer ab. Wirtschaftliche und steuerliche Aussaugung der Untertanen, um ihrer Verschwendungs- und Prunksucht frönen zu können, stellten die Kennzeichen dieser Herrschergruppe dar. Wohlstand und Zufriedenheit, wenn auch die Wünsche des Adels zum Teil noch erfüllt werden mußten, dort und Verarmung und Verbitterung hier bildeten den unüberbrückbaren Gegensatz. „In dem Bewußtsein will ich mein Fürstenamt üben, es sei die Sache des Volkes und nicht meine eigene", formulierte der Große Kurfürst die Erkenntnis seiner Herrscherpflicht und mahnte ungehört seine Standesgenossen: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist". „L'état c'est moi: Der Staat bin ich", stand dem entgegen, wonach sich die kleinen deutschen Fürsten getreulich richteten und ihre Untertanen in unwürdiger Weise knechteten. Die in Mittelthüringen be-

kannte Ausdrucksformel für einen ichsüchtigen, eigennützigen Menschen traf im vollsten Sinne auf sie zu: „Erscht kumm ich, nochert noch emol ich un weeder ich, nochert kimmt lange nischt, un nochert kummt ihr noch lange nich" (Erst komme ich, nachher nochmals ich und wieder ich, nachher kommt lange nichts, und danach kommt ihr noch lange nicht).

In Frankreich war der Bischof Bossuet der bedeutendste theoretische Verfechter des uneingeschränkten Absolutismus. In seiner Schrift: „Aus den eigenen Worten der Heiligen Schrift abgeleitete Politik" (Politique tirée des propres paroles de l'écriture sainte), sprach er aus: „Wenn der Fürst geurteilt hat, gibt es kein anderes Urteil mehr. Die souveränen Urteile werden Gott selbst zugeschrieben. Als Josephat Richter einsetzte, um das Volk zu richten, sagte er: ‚Nicht in Namen der Menschen richtet Ihr, sondern im Namen Gottes' . . . Man muß darum den Fürsten gehorchen wie der Gerechtigkeit selber, sonst gibt es keine Ordnung und kein Ende in Streitsachen. . . . Der Fürst kann sich selbst berichtigen, wenn er erkennt, daß er übel gehandelt hat; aber gegen seine Autorität kann es kein Rechtsmittel geben . . . — So vereinigt man zum Wohle eines Staates die ganze Macht in einem Manne. Außerdem eine Macht einzusetzen, heißt Staaten teilen, heißt den öffentlichen Frieden stören, heißt zwei Herren schaffen entgegen dem Spruch des Evangeliums: ‚Niemand kann zween Herren dienen'. Der König ist durch sein Amt der Vater des Volkes, er ist durch seine Größe erhaben über kleine Interessen, und noch mehr, seine ganze Größe und sein natürliches Interesse gehen darauf aus, das Volk zu erhalten. Denn wenn schließlich das Volk fehlt, ist er nicht mehr Fürst. Es gibt darum nichts Besseres, als alle Gewalt des Staates dem zu überlassen, der das größte Interesse an der Erhaltung und der Größe des Staates selbst hat . . ."

In dieser Begründung des fürstlichen Absolutismus wiederholt sich genau der gleiche Gedankengang, mit dem einst die Päpste des Mittelalters sich Herrschaft und Macht über das deutsche Kaisertum schaffen und erhalten wollten. Da aber der Papst jetzt keine Rolle in Europa spielte, er letzten Endes auch durch die Bestimmungen des Westfälischen Friedens eine empfindliche Niederlage erlitten hatte, so scheute man sich nicht, aus der Bibel für die weltlichen Herren das Recht zu unbeschränkter Macht und gierigen Eigennutzes abzuleiten. In dieser Richtung lag auch die Instruktion, die Ludwig XIV. dem

Dauphin erteilte: „... Man muß gewiß damit einverstanden sein, daß, so schlecht auch immer ein Fürst sein kann, ein Aufruhr seiner Untertanen immer unendlich verbrecherisch ist. Der, der den Menschen Könige gegeben hat, hat gewollt, daß man sie wie seine Stellvertreter respektiert, und sich allein das Recht vorbehalten, ihre Lebensführung zu prüfen. Sein Wille ist, daß jeder, der als Untertan geboren wird, ohne Überlegung gehorcht; und dieses so deutliche und umfassende Gesetz ist nicht nur zum Wohle des Fürsten allein gemacht, es ist auch den Völkern selbst heilsam, denen es auferlegt ist und die es niemals verletzen können, ohne sich viel furchtbareren Leiden auszusetzen, als es die sind, vor denen sie sich schützen wollen. Kein Grundsatz ist durch das Christentum mehr festgelegt als diese demütige Unterordnung der Untertanen unter diejenigen, die ihnen vorgesetzt sind ... Was die Größe und die Majestät der Könige schafft, ist nicht so sehr das Zepter, das sie tragen, als die Art und Weise, wie sie es tragen. Es heißt die Ordnung der Dinge verkehren, wenn man den Untertanen die Entschlüsse und dem Herrscher die Ausführung zuteilt. Dem Haupte allein steht es zu, zu überlegen und zu beschließen, und alle Aufgaben der anderen Glieder bestehen nur in der Ausführung der Befehle, die ihnen gegeben werden ..."

Der Franzose betonte in übertriebener, bibelbegründeter Weise sein Herrscherrecht und stand damit in völligem Gegensatz zum Großen Kurfürsten, der entscheidenden Wert auf seine Herrscherpflicht legte: „In dem Bewußtsein will ich mein Fürstenamt üben, es sei die Sache des Volkes und nicht meine eigene". Damit sprach er selbst aus, daß die Triebfeder seines Denkens und Handelns letzten Endes der Gemeinnutz war, der auch in verschiedenen sozialen Verordnungen zum Ausdruck kam. Rücksichtslos, unbeirrbar und zäh verfolgte er seine Ziele, zu deren Erreichung ihn in der Diplomatie Klugheit und selbst Verschlagenheit leiteten. Daher konnte kein geringerer als Friedrich d. Gr. von seinem bedeutenden Vorgänger, dem Wegbereiter zu Preußens Aufstieg, behaupten: „Friedrich Wilhelm besaß alle Vorzüge, die den großen Mann ausmachen, und die Vorsehung bot ihm jede Gelegenheit, sie zur Entfaltung zu bringen. Durch weiten Blick und Einsicht ward er ein großer Staatsmann. Durch sein arbeitsames und menschenfreundliches Wesen ward er ein guter Fürst. ... Er ward Neubegründer und Verteidiger seines Vaterlandes, der Schöpfer von Brandenburgs Macht, der Schiedsrichter für

seinesgleichen, der Stolz seines Volkes. Mit einem Wort: Sein Leben bedeutet seinen Ruhm".

Grundverschieden waren die Wesen der beiden Zeitgenossen: Ludwigs XIV. und des Großen Kurfürsten, von denen Friedrich d. Gr. treffend sagte: „Ludwig liebte den Ruhm mehr als den Krieg. Um groß zu erscheinen, unternahm er Feldzüge. Er belagerte Städte, mied aber die Schlachten. ... Beide schlossen und brachen Verträge, der eine tat es aus Ehrsucht, der andere aus Notwendigkeit". Jener raubte, um seine Ländergier zu befriedigen, dieser suchte mit Waffengewalt und diplomatischer Verschlagenheit die vorenthaltenen Gebiete zu erhalten. Auf allen Gebieten und in jeder Hinsicht klaffte zwischen den beiden eine gewaltige Kluft".

Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts erfuhren die beiden polaren Auffassungen des Herrscheramtes ihre folgerichtige Weiterentwicklung. Aus dem Herrscherrecht abgeleiteter Eigennutz und im Gemeinnutz wurzelnde Herrscherpflicht bestimmten die Tätigkeit der verschiedenen Regenten, die zwangsläufig zu verschiedenen Ergebnissen gelangen mußten.

Unter Ludwigs XIV. langer Regierungszeit erfuhr der unbeschränkte Absolutismus seine stärkste Ausprägung, für den Bossuet die Formel: „Un roi, une foi, une loi!" (ein König, ein Glaube, ein Gesetz!) aufstellte. In diesem Lande regierte in seiner schlimmsten Form der persönliche Eigennutz, der die Untertanen durch Bedrükkung und Aussaugung verarmen und unzufrieden werden ließ. Bedenkenlos ahmten die meisten deutschen Fürsten diese fremdländischen Methoden nach und scheuten auf Grund ihrer chronischen Geldverlegenheit sogar davor nicht zurück, eigene Landeskinder als Soldaten ins Ausland zu verkaufen. Was fragten jene danach, wenn es der Bevölkerung schlecht ging, Familien zerrissen wurden und die Verelendung und Furcht vor der Grausamkeit des Herrschers immer unerträglichere Formen annahm? Hauptsache blieb, daß sich alle diese kleinen Fürsten mit Glanz und Prunk umgeben konnten, daß ihre Kassen möglichst stets gefüllt blieben, um die erpreßten Steuergroschen aus Genußsucht und Verschwendung zu verjubeln! In dieser Zeit der Würde- und Charakterlosigkeit hob sich Preußen gleich einem aufsteigenden Stern von dieser grauenvollen Verblendung und Dunkelheit ab. Seine Kurfürsten und Könige erfüllte ein gesunder Sinn für Verantwortung und Hilfsbereitschaft. Wie sich schon der erste in dieser Reihe nicht damit begnügte, bloß über seine Unter-

tanen zu herrschen, sondern mithalf und besserte, so traten seine Nachfolger getreulich in seine Tapfen und führten das begonnene Werk fort und zur Vollendung.

Der Soldatenkönig, Friedrich Wilhelm I., schuf ein großes stehendes Heer, dem er alle seine Liebe und Sorge zuwandte. Nachdem er dazu alle Widerstände gegen seine territoriale Zentralgewalt niedergeworfen hatte, ging er daran, seine Beamten zu Pünktlichkeit, Pflichterfüllung, Genauigkeit und Gerechtigkeit zu erziehen. Die zu einem System von Steuern ausgebaute Akzise warf große Summen ab. Dazu traten die Erträgnisse der Domänen, die rund die Hälfte der Staatseinnahmen ausmachten. Diese kamen wiederum hauptsächlich dem Heere zugute.

Durch schärfste Zusammenfassung aller auf ein Ziel gerichteter Kräfte, durch peinlichste Genauigkeit und durch einen zu höchster Leistung befähigten Organismus sollte in Heer und Beamtentum selbst unter ungünstigen Verhältnissen mehr als in anderen Staaten geleistet werden. Das war das Wesen des Preußentums, das diesem Staate und seinen Herrschern diese gewaltige Überlegenheit verlieh und sie befähigte, in Deutschland die Führung an sich zu reißen und sich danach in Europa Geltung zu verschaffen.

Friedrich II. der Große (1740—1786) vollendete seines Vorgängers Werk. Er reihte Preußen in die Reihe der europäischen Großmächte ein, denn er wußte den Gegensatz zwischen dem Hause Habsburg und Frankreich geschickt für seine Zwecke auszunutzen. Mit diesem König hatte seit langer Zeit wieder einmal ein in jeder Hinsicht arisch-nordischer Mensch den Thron bestiegen, der sich durch wechselndes Kriegsglück und andere Schicksalsschläge nicht aus dem Gleichgewicht bringen ließ.

Friedrichs ganze Größe offenbarte sich jedoch erst nach dem Siebenjährigen Kriege, der seinem Lande furchtbare Wunden geschlagen hatte: „Um sich einen Begriff von der allgemeinen Zerrüttung zu machen, in die das Land gestürzt war, um sich die Verzweiflung und Entmutigung der Untertanen vorzustellen, muß man sich weite, gänzlich verwüstete Landstrecken vergegenwärtigen, wo sich kaum die Spuren der früheren Wohnstätten entdecken ließen, Städte, die von Grund aus zerstört, andere, die zur Hälfte in Flammen aufgegangen waren, 13000 Häuser, die bis auf die letzte Spur vertilgt waren, nirgends bestellte Äcker, kein Korn zur Ernährung der Bewohner; 60000 Pferde fehlten den Landleuten zur Feldarbeit, und

im ganzen Lande hatte sich die Bevölkerung um 500000 Seelen gegenüber dem Jahre 1756 vermindert, was bei einer Gesamtbevölkerung von 4 Millionen sehr beträchtlich ist".

Unverzüglich sorgte daher der König für die Beseitigung der Schäden und den Wiederaufbau. „Die Fürsten sollen wie die Lanze Achills sein, die Wunden schlug und heilte. Tun sie den Völkern Schaden, so haben sie die Pflicht, ihn wieder gutzumachen". Und Friedrich half, wo er nur immer konnte. Die verarmten Bauern erhielten Getreide, Saatkorn, Mehl, Rauhfutter, Pferde, Vieh u. dgl. m. Die Häuser entstanden neu. Innere Kolonisation vermehrte das Ackerland, auf dem fremde Bauernfamilien angesiedelt wurden. So sorgte der König unablässig für sein Land und seine Untertanen und ließ sich dabei ausschließlich vom Gemeinnutz leiten.

Wie Friedrich sein Herrscheramt auffaßte, legte er selbst in der Schrift: „Über die Regierungsformen und Pflichten der Könige" (1777), nieder und erweiterte damit noch mehr die abgrundtiefe Kluft, die ihn von den übrigen deutschen Fürsten trennte. „. . . Wir haben gesehen, daß die Bürger einem ihresgleichen (dem Fürsten) nur um der Dienste willen, die sie von ihm erwarteten, den Vorrang eingeräumt haben, (indem sie ihm das Fürstenamt übertrugen). Diese Dienste sind: die Aufrechterhaltung der Gesetze, der strenge Schutz der Gerechtsame der Justiz, der äußerste Widerstand gegen die Verderbnis der Sitten, die Verteidigung des Staates gegen seine Feinde. Der Souverän muß die Bestellung des Bodens im Auge behalten, er muß dafür sorgen, daß die Gesellschaft Überfluß an Lebensmitteln hat, muß Industrie und Handel fördern, er ist wie ein Posten, der über die Nächsten, die in seiner Obhut sind, und über das Verhalten der Feinde des Staates wachen muß und der nicht abgelöst wird. Es wird gefordert, daß seine Voraussicht und Klugheit zur rechten Zeit Bündnisse schließt und solche zu Verbündeten wählt, die den Interessen der Gesellschaft, die er leitet, jeweils am besten dienen."

„Man ersieht aus dieser kurzen Zusammenfassung, welche Fülle von Kenntnissen jeder dieser Punkte für sich fordert. Hinzu kommen muß eine tiefgehende Kenntnis der örtlichen Beschaffenheit des Landes, das der Souverän lenken soll, und er muß sich gut auf den Geist des Volkes verstehen. Denn wenn der Herrscher durch Unwissenheit sündigt, macht er sich ebenso schuldig wie durch Sünden, die er etwa aus Bösartigkeit beginge; die einen sind die Fehler der Trägheit,

die anderen die Laster des Herzens; aber der Schaden, der sich ergibt, ist für die Gesellschaft der nämliche.

Die Fürsten, die Souveräne, die Könige sind also nicht mit der höchsten Gewalt bekleidet, um sich ungestraft der Ausschweifung und dem Luxus hinzugeben; sie sind nicht über ihre Mitbürger erhoben, damit ihr Hochmut in äußerlichem Glanz einherstolziert und die Einfachheit der Sitten, die Armut, das Elend mit ihrer Überhebung kränkt; sie stehen nicht an der Spitze des Staates, damit sie sich um ihre Person einen Haufen Nichtstuer halten, deren Müßiggang und Nichtsnutzigkeit die Quelle aller Laster ist."

„. . . Wie die Federn und Räder einer Uhr zu dem selben Zwecke, nämlich die Zeit zu messen, zusammenwirken, so müßten alle Ressorts der Regierung von derselben Hand aufgezogen werden, damit alle verschiedenen Teile der Verwaltung in gleicher Weise zu möglichst großem Gedeihen des Staates dem wichtigen Zweck, den man nie aus den Augen verlieren darf, beitragen . . . Der Fürst ist durch unlösliche Bande an den Staatskörper geknüpft; daher wirken alle Übel, die seine Untertanen treffen, auf ihn zurück, und ebenso leidet die Gesellschaft das Unglück mit, das ihren Herrscher trifft. Es gibt nur ein Interesse, das des Staatsganzen . . . Ich wiederhole also, der Herrscher repräsentiert den Staat; er und sein Volk sind nur ein einziger Körper, der nur solange gedeihen kann, wie sie miteinander einträchtig sind. Der Fürst ist für die Gesellschaft, die er regiert, was der Kopf für den Körper ist: Er muß für die ganze Gemeinschaft sehen, denken und handeln, um ihr allen Nutzen zu verschaffen, den sie aufnehmen kann. . . .

Im übrigen soll der Herrscher, da er recht eigentlich der Familienvorstand der Bürger, der Vater seines Volkes ist, bei allen Gelegenheiten die letzte Zuflucht der Unglücklichen sein, soll an den Waisen Vaterstelle vertreten, den Witwen beistehen, soll für den letzten Unglücklichen wie für den ersten Hofmann ein Herz haben und soll Freigebigkeit üben gegen die, die jeder Hilfe beraubt sind und denen nur durch seine Wohltaten geholfen werden kann . . ."

Als Vertreter des aufgeklärten Absolutismus galt für Friedrich d. Gr. der eine Grundsatz, der aus allen seinen Taten und Werken spricht: „Ich bin der erste Diener meines Staates". Damit charakterisierte er aufs Beste seinen volks- und staatsbezogenen Gemeinnutz, dem Ludwigs XIV. Ausspruch: „Der Staat bin ich", als Ausdruck typischsten persönlichen Eigennutzes gegenüberstand.

Diese beiden Sätze sind charakteristisch für die beiden Formen des Absolutismus und kennzeichnen den fundamentalen Gegensatz der beiden Auffassungen vom Herrschertum. Ein größeres Extrem gab es im Zeitalter der Monarchien nicht.

Die Haltung der regierten Völker erbrachte den besten Beweis für das Wirken ihrer Herrscher. Während Preußens Kurfürsten und Könige im Laufe von anderthalb Jahrhunderten den Pfad des Gemeinnutzes beschritten, Großmachtstellung und Wohlstand errungen und Volk und Staat auf die Plattform stolzer Höhe geführt hatten, endete in Frankreich die Entwicklung in der blutigen Revolution (1789), in der die Juden und Freimaurer das bedrückte und verarmte Volk gegen die höheren Stände und das Königtum hetzten. Dieses stürzte und endete unter der Guillotine, während der Adel, soweit er nicht ins Ausland fliehen konnte, einen ebenso ruhmlosen Untergang fand.

Die deutschen Nachahmer Ludwigs XIV., die ebenso in ihren kleinen Staaten unbeschränkt absolut regierten, fanden ebenso wie das französische Königtum keine Stütze im Volke mehr. Da sie aber auch weiterhin ihre Macht und Herrschaft aufrecht erhalten wollten, sahen sie sich gezwungen, sich nach einer anderen Stütze umzusehen. Ihrem Suchen kam der emporstrebende Napoleon, der im Auftrage der Weltfreimaurerei und damit des Judentums schon damals Paneuropa, die „grande nation" schaffen sollte, entgegen, von dem sie außerdem eine Menge Vorteile, besonders Gebietszuwachs, erwarteten. Für den Verrat des linksrheinischen Deutschlands erhielten sie ihn auch, doch nicht an fremdem, sondern an deutschem Boden, nachdem sie lange genug in widerwärtigster Weise miteinander gefeilscht hatten. Der Reichsdeputationshauptschluß (1803) erfüllte ihre Wünsche. Später kamen noch Standeserhöhungen, gleichsam als kostenloser Dank für den fortgesetzten schamlosesten Volks- und Vaterlandsverrat, hinzu, die diese Fürsten zu unwürdigen Dienern des Korsen herabsinken ließen. Schnöder Eigennutz veranlaßte sechzehn von ihnen, den Rheinbund zu gründen, sich aus dem Verbande des Deutschen Reiches zu lösen, sich der Oberhoheit des Franzosen zu unterstellen und ihm Kriegsdienste gegen das eigene Blut zu leisten.

Da war der Augenblick gekommen, wo Eigennutz und Gemeinnutz mit Waffen aufeinander prallten. Die Nachfolger derer, die sich einstmals schon als getreue Nachahmer und geistige Vasallen des

Räuberkönigs Ludwig XIV. erwiesen hatten, hielten auch diesmal unter fremder Fahne zusammen, als es die jüngste Großmacht zu fällen galt. Nahezu sämtliche Vertreter des Eigennutzes stürzten sich auf das im Zeichen des Gemeinnutzes großgewordene Preußen. In der Doppelschlacht bei Jena und Auerstädt (1806) erlebte es seinen Niederbruch, dem bald durch den Tilsiter Frieden (1807) die tiefste Erniedrigung und stärkste Verkleinerung des Gebietes folgte. Die Verfolgung persönlicher Interessen und Ziele hatte aber auch das erste Deutsche Reich zerstört, dessen Kaiser keine Macht mehr, nur noch den Ehrentitel besaß. Deutschland lag am Boden. Not herrschte und Bedrückung durch fremde Heere. Doch diese Sterbestunde vergangener Ideale und veralteter Werte, die schwerste Niederlage des von aufgeklärt-absoluten Fürsten allein getragenen Gemeinnutzes bedeutete zugleich durch die Erweckung einer vaterländischen Gesinnung in den Herzen der meisten Deutschen die Geburt einer neuen Zeit.

Gemeinnutz macht frei!

Not bricht Eisen, und Nacht verlangt zum Licht! Die unbedingte Herrschaft des Eigennutzes, der nunmehr unverkennbar jüdische und freimaurerische Züge trug, schuf nach der Niederwerfung Preußens im ganzen Lande ungeheuere Not und verfinsterte den Ausblick in die Zukunft. Franzosenheere hielten Deutschland besetzt, knechteten das Volk, so daß nur Wenige die Hoffnung auf eine Besserung auszusprechen wagten. Die meisten Menschen lebten in dumpfer Ergebenheit dahin, mühten sich um französisches Wesen und Sitte, ja viele gewöhnten sich bereits an die gegebenen Verhältnisse. Nur Einzelne waren es, die in ihrem Herzen und ihrem Glauben stark und treu geblieben waren. Sie forschten nach den Ursachen des tiefen Falls, versenkten sich in die ruhmreiche Geschichte der Vergangenheit und holten sich daraus Trost und Kraft zu ihrem schweren Werke.

In aller Stille und Zurückgezogenheit entstanden ihre Pläne, dem Vaterlande zu helfen. Ihr Wollen und Werken sollte nicht an den Grenzen eines kleinen Fürstentums Einhalt finden. Männer standen zur Zeit der tiefsten Erniedrigung auf, die mit aller Kraft das Geschick des Volks zum Besten wenden, den Eigennutz durch den Gemeinnutz besiegen wollten: Der Freiherr vom Stein, Ernst Moritz Arndt, Fichte, Schleiermacher, Friedrich Ludwig Jahn, Scharnhorst, Gneisenau und wie diese Patrioten alle geheißen haben mögen, vereinigten sich zum großen Beginnen. Jeder ging auf seine Weise ans Werk. Ihr ganzes Lieben und Sein, all ihr Denken und Sinnen richteten sie auf das große Vaterland. In Reden suchten die einen, die Deutschen aus Niedergeschlagenheit und Gleichgültigkeit herauszureißen und sie für die hohe Sache zu begeistern. In zielbewußter Tätigkeit griffen die anderen dem Schicksal in die Speichen. Der Turnvater Jahn, dem Preußens Unglück das Haar in einer Nacht ergrauen ließ, mühte sich, die Körper der Jugend zu stählen, ihr neues Ziel und neuen Inhalt zu geben, sie vorzubereiten auf den Kampf um Deutschlands Wiederauferstehen. „Das Streben nach Einheit ist das schönste Weihgeschenk der Menschheit, ein Gott, ein Vaterland, ein Haus, eine Liebe. Und das Einheitsverlangen ist das erste Sichselbstbewußtwerden eines beginnenden Volkes. Wo es noch schlummert,

kann es immer neu geweckt werden durch Natur und Wahrheit, ohne Künsteln und Gängeln. Zur Sonne schwingt sich der Adler mit erhabenem Flug, auf der Erde kriecht die Schlange in krummen Windungen, und die gerade Bahn ist der kürzeste Weg zum Ziel. Sie heißt Teilnahme der einzelnen Staatsbürger am Wohl und Wehe des Ganzen, Entfernung der Absonderung, Hinleiten zum Gemeinwesen" (Deutsches Volkstum).

Was Jahn da forderte, suchte der Freiherr vom Stein durch seine Reformen zu erreichen. Die absoluten Fürsten hatten das Volk von der Teilnahme an der Regierung ferngehalten und jedes Interesse am Staate abgetötet. Jetzt wurden Besitz, Rechte und Pflichten neu verteilt; denn darauf kam es zuerst an, die Voraussetzungen für die Heranziehung des Volkes zu Staatsangelegenheiten zu schaffen, um es danach zur Selbsttätigkeit zu erziehen.

Darum erließ Stein das Bauernbefreiungsgesetz und die Städteverordnung, die letzten Endes nur Mittel zum Zweck sein und eine völlige Gesinnungsänderung bei der bisher unterdrückten Masse hervorrufen sollten. Den Geist, der diesen Staatsmann beseelte und ihn zu solchen Gedanken und Taten befähigte, verriet er selbst, als er im Jahre 1812 an Graf Münster in London schrieb: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland, und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Teil desselben angehörte, so bin ich auch nur ihm und nicht einem Teil desselben von ganzem Herzen ergeben. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig, es sind bloß Werkzeuge; mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen und beides in seiner Lage zwischen Frankreich und Rußland zu behaupten; das ist das Interesse der Nation und ganz Europens; es kann auf dem Wege alter zerfallener und verfaulter Formen nicht erhalten werden; dies hieße ein System einer militärischen künstlichen Grenze auf den Ruinen der alten Ritterburgen und der mit Mauern und Türmen befestigten Städten gründen zu wollen. . . . Mein Glaubensbekenntnis ist Einheit."

Aufklärerischer Individualismus und absolutistisch-bürokratischer Mietlingsgeist mußten unbedingt verschwinden, da sie nur Hindernisse auf dem neuen Wege bedeuteten. Alles, was an Eigennutz erinnerte, mußte fallen. Darum galt der Haß der Patrioten besonders den deutschen „Zaunkönigen" und den Rheinbundfürsten.

In einer Denkschrift für Alexander I. von Rußland ließ sich Stein in dieser Richtung vernehmen: „Das Glück der Waffen wird über das Schicksal Deutschlands . . . entscheiden. Die Auflösung des schändlichen Rheinbundes erfordert die Sicherheit von ganz Europa . . . Könnte ich aber einen Zustand aus der Vergangenheit hervorrufen, so wäre es der unter unsern großen Kaisern des 10.—13. Jahrhunderts, welche die deutsche Verfassung durch ihren Wink zusammenhielten und fremden Nationen Schutz und Gesetze gaben."

Allen diesen Männern, die Deutschlands Befreiung trotz Verfolgung und Verrat betrieben, gab das herrliche Bewußtsein immer neue Kraft: „Noch sind wir nicht verloren! Noch sind wir zu retten! Aber nur durch uns selbst. Wir brauchen zur Wiedergeburt keine fremden Geburtshelfer, nicht fremde Arznei, unsere eigenen Hausmittel genügen. . . . Deutschland, wenn es einig mit sich, als deutsches Gemeinwesen, seine ungeheueren nie gebrauchten Kräfte entwickelt, kann einst Begründer des ewigen Friedens in Europa, der Schutzengel der Menschheit sein!" (Jahn, Deutsches Volkstum). Sie wußten es, daß „das Heil eines jeden Volkes nur aus ihm selbst kommen kann", und richteten danach ihre Arbeit ein. Ernst Moritz Arndt wünschte mit heißem Herzen: „O daß wir Einen Willen, Einen Glauben, Einen Zorn hätten, wie wir Eine Sprache sprechen! Es stünde sogleich ein herrliches Volk da. Denn welch ein Gewimmel edler Kämpfer und Kräfte! welche Bahn geöffnet jedem freien Streben und jeder blühenden Lust! welche Bahn geöffnet jeder Kühnheit, jeder Tugend, jeder Herrlichkeit! Dann würden wir Kunst, Sitte, Gesetz, dann würden wir Mut und Stolz haben auf den Namen Teutsche!" (Geist der Zeit, 1809).

Fichte richtete seine Reden an die deutsche Nation und verlangte von jedem einzelnen ihrer Angehörigen: „Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben, an deines Volkes Auferstehn! Laß diesen Glauben dir nicht rauben, trotz allem, allem, was geschehn. Und handeln sollst du so, als hinge von dir und deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge, und die Verantwortung wär dein!"

Bald zündete der Funke und entfachte eine Glut, die zunächst verborgen in den Herzen weiterschwelte, die Schlacken schmolz und den Gedanken an eine gewaltige gemeinnützige Tat ausreifen ließ.

Kaum hatte jedoch der Gemeinnutz für Volk und Vaterland ein Lebenszeichen von sich gegeben, als sich auch schon der Eigennutz, dessen Träger diesmal die durch die Freimaurerei gebundenen Fürsten waren,

mit allen verfügbaren Mitteln zu seiner Vernichtung rüstete. Napoleon selbst erreichte, daß der Freiherr vom Stein aus preußischen Diensten scheiden mußte, und setzte sogar einen hohen Preis auf den Kopf dessen aus, den er am gefährlichsten für sich und seine Pläne hielt: Friedrich Ludwig Jahn, den Prediger von Deutschlands Einheit und den Ertüchtiger seiner Jugend. Ein weitverzweigtes Spionagenetz überzog das ganze Land, um das Werk der Patrioten zu vernichten. Deutsche selbst leisteten aus Habgier und hündischer Unterwürfigkeit dem Korsen wertvollste Dienste. Sie verrieten ihr Vaterland und seine Besten. Doch alles nützte nichts. In gleicher Richtung mit jenen arbeitete der deutsche Adel, der sich mit den Reformgesetzen, die ihm beträchtlich die Macht beschnitten, nicht zufrieden gab. Er erkannte ihre nationale Bedeutung nicht und erreichte aus bloßem Eigennutz eine Abschwächung, teils sogar eine Aufhebung der getroffenen Maßnahmen, so daß ihr Wert fast gänzlich verloren ging.

Den niederen Schichten des deutschen Volkes aber ging dadurch die Begeisterung nicht verloren. Sie wuchs und ergriff immer neue Kreise. Gemeinnütziges Denken und Streben setzte sich in Gemütern und Herzen fest, so daß schon vor Vollendung der Vorbereitungen kleine Scharen wagemutiger Männer den Kampf gegen den übermächtigen Feind begannen. Aber was nützte das, wenn sich Preußens König nicht zu einem mannhaften und befreienden Entschlusse durchringen konnte! Er zögerte, weil er die gefährliche Neutralität bewahren wollte, obwohl der russische Zar unaufhörlich nach Entscheidung drängte, sich auf seine Seite und gegen Napoleon zu stellen. Ohne des Königs Befehl oder Einwilligung wandte sich General York mit seinen Truppen als erster von Napoleon ab und schloß mit den Russen den Neutralitätsvertrag von Tauroggen, der den Stein ins Rollen brachte. Kurz darauf scharten sich Ostpreußens Männer, die der Freiherr vom Stein begeistert hatte, um die Fahne der Freiheit, der bald Scharen aufgerüttelter Deutscher als Freiwillige zuströmten. Alle Vaterlandsfreunde zogen in diesen „heiligen Krieg". Doch kein Mann, der eine Krone trug, führte sie. Der Adel des Gemeinnutzes stellte jeden an seinen Platz und ließ alle ihre Pflicht bis zum Äußersten erfüllen. Diese Verhältnisse zwangen auch den zaudernden Preußenkönig in ihren Bann. Wenn auch nur widerwillig, gab er dem Volke nach. Der Aufruf „An mein Volk" eröffnete im eigentlichen Sinne den Befreiungskrieg, für den die allgemeine Wehrpflicht verkündet wurde. „Das Volk stand auf, der Sturm brach los" für

Gemeinnutz und Freiheit. Wie ein Wirbelwind überkam es Napoleon und seine Heere, die schon in Rußland schwere Niederlagen erleben mußten: „Mit Mann und Roß und Wagen, so hatte sie Gott geschlagen".

Im ersten Teile dieses Befreiungskrieges kämpften Gemeinnutz und Eigennutz hart um die Entscheidung. Den begeisterten preußischen Scharen, die ein starker Glaube vorwärtstrieb, und die Gut und Blut für Ehre und Freiheit opfermutig gaben, standen Napoleons Heere gegenüber, die sich zum größten Teil aus den Truppen der Rheinbundfürsten, von denen der Sachsenkönig der guten Sache die meisten Hindernisse entgegenstellte, zusammensetzten. Deutsche zogen wieder gegen Deutsche ins Feld; die einen jedoch für Volk und Vaterland, Errettung und Gemeinnutz, die anderen hingegen für ihr kleines Ich und die Befriedigung seiner Wünsche. Am 19. Oktober 1813, dem letzten Tage der gewaltigen Leipziger Völkerschlacht, war die Entscheidung in diesem Ringen gefallen, hatte der Gemeinnutz gesiegt. Die bisher noch zum Franzosenkaiser gestanden, kehrten ihm den Rücken und folgten der Stimme ihres Blutes. Sie besannen sich wieder ihres Deutschtums und ihrer Pflicht, die sie so lange aus schändlichen Motiven vergaßen.

Der zweite Teil dieses Krieges trug darum ein völlig anderes Gesicht. Das Truppengemisch des Korsen löste sich rasch auf. Das gesamte deutsche Volk focht nunmehr gegen seinen schlimmsten Feind, der sich einst ganz Europa zu Füßen legen sollte. Er mußte weichen. In raschem Siegeszug drangen unsere Heere über den Rhein, hinein in Feindesland und besetzten seine Hauptstadt.

Für den Augenblick gab es in Deutschland keinen fürstlichen Eigennutz mehr. Der Gemeinnutz, dessen Träger jetzt das ganze deutsche Volk, nicht mehr gekrönte Häupter waren, sollte nach dem Willen der Freiheitskämpfer die Herrschaft im Reiche übernehmen. Die Könige hatten ja vor dem Kriege Versprechungen gegeben, die solche Hoffnungen berechtigt erscheinen ließen. Doch diese wurden durch die Ereignisse der Folgezeit schmählich enttäuscht.

Der Hemmschuh Eigennutz bis zur Gründung des Zweiten Reiches

Während in der Zeit der Erniedrigung und Knechtschaft der Gemeinnutz mehr und mehr in den ärmeren Schichten des deutschen Volkes Wurzeln schlug und der Eigennutz immer stärker in den Hintergrund gedrängt wurde, fand dieser bei dem Freimaurer Hardenberg, der Steins Reformwerk im gedachten Sinne weiterführen sollte, eine Stütze. Er gab dem großgrundbesitzenden Adel nach, als er sich gegen die Maßnahmen der Bauernbefreiung sträubte, so daß sie abgeschwächt werden mußten und dadurch fast völlig ihren Wert verloren. Gleichzeitig öfffnete er dieser Triebkraft zwei neue Türen: Zum Ersten löste er die Zünfte auf, die im Mittelalter die Wächter des handwerklich-sozialen Gemeinnutzes darstellten, und führte dafür die Gewerbefreiheit ein (1811), die jede soziale Weiterentwicklung in Handwerk und Gewerbe unmöglich machte. Zum Zweiten aber wurden die Juden durch die Emanzipation (1812) politisch und rassisch der deutschen Bevölkerung gleichgestellt und ihnen dadurch die Möglichkeit gegeben, ihr Spiel der Zerstörung unter staatlichem Schutz zu betreiben.

Bauernbefreiung, Gewerbefreiheit und die Einheitsbestrebungen gaben in der Folgezeit die Angriffsflächen für den Eigennutz in jeder Form ab. Während der größte Teil der Deutschen vor 1813 an das Wohl und Wehe von Volk und Vaterland dachte und auf beider Befreiung sann, behielten der großgrundbesitzende Adel, die Freimaurer im alllgemeinen und die Juden allein ihre persönlichen Vorteile im Auge. Als dann der Befreiungskrieg glücklich zu Ende war und die gegebenen Versprechungen erfüllt werden sollten, stellten sich auch die Fürsten auf ihre Seite und sanken nach einer kurzen Zeit der opferbereiten Erhebung wieder zu Sklaven des politischen Eigennutzes herab.

Zur Neuordnung des Reiches versammelten sie sich im Wiener Kongreß und gründeten den „Deutschen Bund", der eigentlich weiter nichts als eine Einrichtung zur besseren Wahrung der fürstlichen Interessen und freimaurerisch-jüdischer Belange darstellte. Die Wünsche der breiten Masse, die nach Einheit und Einigkeit gingen, wurden dabei

nicht erfüllt. Zwischen beiden Parteien entstand eine starke Spannung, die nach einem Ausgleich drängte.

Während die Fürsten nicht daran dachten, gegebene Versprechungen einzulösen, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre alte Stellung wieder herzustellen und zu behaupten trachteten, machten sich die Studenten zu den Wortführern der Volksmeinung. Sie gründeten im Jahre 1815 in Jena die „Deutsche Burschenschaft", die sich „Ehre, Freiheit, Vaterland" zum Wahlspruch erkor, und veranstalteten 1817 das Wartburgfest, auf dem symbolisch die alte Zeit in Form von Zopf, Offiziersschnürleib und Korporalstock, dazu mißliebige Schriften dem Feuer überantwortet wurden. Wenn diese Veranstaltung einen auch noch so unschuldigen Charakter trug, sahen sie die Regierungen doch als ein Zeichen der Unbotmäßigkeit der Jugend an und begannen geheime, staatsgefährliche Kräfte zu vermuten. Dieser Verdacht mußte sich schließlich zur Gewißheit verdichten, als der Student Karl Ludwig Sand den für einen Spion gehaltenen russischen Staatsrat Kotzebue ermordete (1819). Diese Tat sollte einzig und allein das deutsche Volk aus seiner Trägheit reißen: „Möchte ich wenigstens einen Brand schleudern in die jetzige Schlaffheit und die Flamme des Volksgefühls unterhalten", schrieb er selbst in seinem Abschiedsbriefe an die Eltern und forderte sie auf: „Führt euere Kleinen, denen ich so gern ein liebender Freund geworden wäre, baldigst hinaus auf unsere gewaltigen Berge und lasset sie dort auf dem erhabenen Altar inmitten Deutschlands der Menschheit sich weihen — und gelübden, nie ruhen, vom Schwerte nie ablassen zu wollen, bis wir Bruderstämme in Freiheit geeinigt, bis alle Deutschen in einem Reiche freier Verfassung groß vor Gott und mächtig gegen die Nachbarn aufs innigste verbunden sind."

Nach diesem Ereignis glaubten die Fürsten ihre Zeit gekommen, alles, was sich im Geiste des Gemeinnutzes regte, mit schärfsten Maßnahmen auszurotten. Ihr Zorn richtete sich hauptsächlich gegen die Universitäten, die ja die Pflegestätten des deutschen Freiheits- und Einheitsgedankens waren. Schon im Juni 1819 schrieb Metternichs Vertrauter und Gehilfe, Friedrich von Gentz, an Adam Müller: „Durchaus anstößige Menschen, über deren Verwerflichkeit kein Zweifel obwaltet, müßten auf jede Bedingung entfernt werden ... Was soll man sagen, wenn die preußische Regierung verblendet, gewissenlos genug sein konnte, einen Menschen wie Arndt, der (nebst Jahn) gewiß das meiste Unheil in den Köpfen der Jugend angerichtet

hat, noch im Monat August 1818 als Professor in Bonn anzustellen? . . ." Wie weit entfernt dieser Gentz davon war, das gemeinnützige Streben der deutschen Jugend zu begreifen, bewies am besten eine andere Stelle des gleichen Schreibens: „Die allgemeine Burschenschaft ist, wie sich aus ihren Statuten ergibt, ausdrücklich und wesentlich auf die Idee der Einheit Deutschlands, und zwar nicht bloß einer idealen oder wissenschaftlichen oder literarischen, sondern einer leibhaftigen politischen Einheit gegründet. Sie ist also im höchsten und furchtbarsten Sinne des Wortes revolutionär. Denn was man auch theoretisch oder historisch von der gegenwärtigen Verfassung der deutschen Staaten denken mag, jener Einheit, nach welcher die wahren vollendeten Jakobiner seit sechs Jahren ohne Unterlaß streben, kann ohne die gewalttätigsten Revolutionen, ohne den Umsturz von Europa nicht realisiert werden. Wie wäre es möglich, einen akademischen Bund zu dulden, der geständlich auf so strafbare Zwecke gerichtet ist? Die Burschenschaft kann, in ihrer jetzigen Bedeutung, schlechterdings nicht bestehen; sie muß entweder völlig aufgelöst werden, oder einen ganz veränderten, unschuldigen Charakter annehmen." Eines solchen verräterischen Gedankens und einer solch dummdreisten Verdrehung konnte nur ein Freimaurer, der um die letzten Ziele dieser jüdischen Vorspannorganisation, eben der Schaffung zunächst eines machtlosen, völkervermanschten Paneuropas, wußte und sich dafür einsetzte, fähig sein. Napoleon hatte seinen Auftrag, diese „große Nation" (grande nation!) mit Waffengewalt zu schaffen, nicht erfüllen können. Seine Herrschaft hatte im Preußen-Deutschland jedoch einen Nationalismus geweckt, der ihm und der Erreichung seines gesteckten Zieles gefährlich geworden war. So versuchte man nun auf einem anderen Wege, indem alle im ungestillten Einheitsverlangen wurzelnden Kräfte und von ihm erfüllten Kämpfer unschädlich gemacht wurden, den Plan zu verwirklichen.

Aus dieser grenzenlosen Verblendung und unverzeihlichen, vielleicht anerzogenen Unfähigkeit, das bolschewistische Jakobinertum als jüdisches Werkzeug von gemeinnützigen nationalen Bestrebungen zu unterscheiden, besonders aber auf Grund der darauf beruhenden Furcht, daß durch die Einheitsbewegung die Throne wanken und stürzen könnten, kamen die „Karlsbader Beschlüsse" (31. 8. 1819) zustande, deren Hauptbefürworter Fürst Metternich, der Prototyp des Eigennutzes, der damals in Europa einflußreichste Verfechter freimaurerisch-jüdischer Ideen und Pläne, war. Die „Mainzer Zentral-

untersuchungskommission" wurde eingesetzt, deren Aufgabe darin bestand, eine „gemeinschaftliche, möglichst gründliche und umfassende Untersuchung und Feststellung des Tatbestandes, des Ursprungs und der mannigfachen Verzweigungen der gegen die bestehende Verfassung und innere Ruhe, sowohl des ganzen Bundes als einzelner Bundesstaaten gerichteten revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen" durchzuführen.

Und diese Kommission löste die übertragene Aufgabe auf ihre Weise. Maßstab und Richtschnur waren ihr allein schlimmster Eigennutz. Alles, was den Stempel des Gemeinnutzes trug oder sich in seinen Diensten befand, wurde als staatsgefährlich angesehen und sollte fallen. Alle Träger und Verfechter nationaler und liberaler Gesinnung galten als Verbrecher, wie diese zu besitzen, schon ein schweres Verbrechen darstellte. Daher setzte die Demagogenverfolgung ein, die sich gegen Arndt, Jahn, Gneisenau, Schleiermacher, Stein u. v. a. m. richtete. Diese Männer, die ihr Denken und Handeln nur auf das Wohl des Vaterlandes gerichtet hatten, verloren ihren Beruf oder mußten in Gefängnisse und Festungen wandern. Fichtes Schriften und den „Rheinischen Merkur", in dem Görres für deutsches Kaisertum, Verfassung und Preßfreiheit stritt, traf das Verbot, und die Turnsperre verhinderte die Körperertüchtigung der Jugend. Viele freiheitsliebende Männer kehrten ihrem Vaterlande verbittert den Rücken, so daß ihm wertvolle Kräfte verloren gingen.

Die Reaktion, das mißratene Kind des Eigennutzes, hatte gesiegt und bestimmte die folgenden Jahrzehnte deutscher Geschichte. Es schien, als wäre das wertvolle Blut für Einheit und Einigkeit im jüngst vergangenen Kriege umsonst geflossen. Die Fürsten mühten sich, Vergangenes wieder wachzurufen. Sie redeten von der Legitimität ihres Herrschertums und gefielen sich im Gottesgnadentum. Dabei erwiesen sie sich jedoch nicht nur als die größten Hindernisse jeden Fortschritts und Aufstiegs, sondern als unverantwortliche Förderer und Wegbereiter des Rückschritts. Sie richteten eine künstliche Wand zwischen sich und dem Volke auf und machten es auf diese Weise unmöglich, sich vom Geiste der Zeit erfassen zu lassen.

„Ein Blitz des Himmels hat in diese deutsche Eiche hineingeschlagen", schrieb Joseph Görres in seiner Schrift: „Deutschland und die Revolution", und sprach damit aus, wie es um die Meinung und die Gesinnung des Volkes stand: „Ihre Krone ist zum dürren Geniste geworden, nur die Wurzel in der Erde und der Stamm in seinem

Marke grünt stark und kräftig fort und muß neue Triebe auswerfen in die Höhe." Solange aber die deutschen „Zaunkönige" ihr schändliches Spiel trieben und jede freiheitliche Regung im Volke rücksichtslos unterdrückten und schon im Keime erstickten, mußten Wunsch und Sehnsucht in den Herzen ruhen bleiben.

In den Einzelstaaten tobten vielfach heftige Kämpfe zwischen Fürst und Volk, das eine Verfassung und eine Beteiligung an der Regierung verlangte. Wenn sie auch nur Einzelgefechte darstellten, so hielten sie doch den Gedanken an Deutschlands Einheit in der Bevölkerung wach. Als Auswirkung der französischen Julirevolution (1830) beschäftigte sich besonders der Badische Landtag im Jahre 1831 eingehend mit den Fragen der Preßfreiheit, der Zehntablösung, der Reform des Deutschen Bundes usw., wobei die Sprecher Welcker und Karl von Rotteck die Angelegenheiten des Volkes vertraten. In einer Rede führte dieser aus: „Meine Herren! Wandeln Sie fort auf dem ruhmvoll betretenen Wege der Vervollkommnung des Staatsbaues und der Realisierung schöner, humaner und politischer Ideen. Aber versäumen Sie ja nicht die durchaus unabweisliche Befriedigung der materiellen Interessen unseres gedrückten Volkes, zumal des allzu hart gedrückten Landvolkes! Hören Sie die Stimme, die da laut widerhallt in allen Teilen des Landes. Sie ruft: Frondfreiheit! Zehntfreiheit! Und es ist eine Rechtsforderung, welche also erklingt . . . Dieses Gesetz . . . ist in der anderen Kammer verworfen worden, es ist gescheitert an dem Veto einer — Handvoll Junker . . . Meine Herren! Zum Höfling bin ich verdorben, ich bin Volksvertreter!"

Wie nicht anders erwartet werden konnte, holte die Reaktion zu einem neuen Schlage aus, hatten doch wiederum Studenten die Sicherheit des Staates gefährdet (Besetzung der Frankfurter Hauptwache durch Heidelberger Studenten 1833). Eine zweite schärfere Demagogenverfolgung setzte ein, die wiederum viele der Besten zwang, ihr Vaterland zu verlassen, wenn sie nicht ergriffen und in Festungen gesperrt wurden.

Als sieben Göttinger Professoren (die „Göttinger Sieben") gegen den Verfassungsbruch des Königs von Hannover Einspruch erhoben (1837), erhielten sie als Strafe Amtsentsetzung und Landesverweis. Unter ihnen befand sich Jakob Grimm, der unter dem Motto: „War sind die eide komen" (Was ist aus den Eiden geworden; Nibelungenlied), über seine Vertreibung schrieb: „Nicht der Arm der Gerechtigkeit, die Gewalt nötigt mich, ein Land zu räumen, in das man mich be-

rufen, wo ich acht Jahre in treuem, ehrenvollem Dienste zugebracht hatte".

Trotz allem wagten es immer wieder Männer, das Wohl des Volkes und Vaterlandes öffentlich in den Vordergrund zu stellen und auf die bestehenden Zustände hinzuweisen. Einer von ihnen war Friedrich List, der Deutschlands Zersplitterung bereits in seiner Jugendzeit in ihrer ganzen Tragik empfunden hatte. Schon 1819 schrieb er in einer Denkschrift: „38 Zoll- und Mauthlinien lähmen den Verkehr im Innern und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfließe. — Wer aber das Unglück hat, auf einer Grenze zu wohnen, wo drei oder vier Staaten zusammenstoßen, der verlebt sein ganzes Leben mitten unter feindlich gesinnten Zöllnern und Mauthnern; der hat kein Vaterland".

Dieser Mann wußte es abzuschätzen, was ein einiges deutsches Volk und Reich bedeuteten. Ihnen widmete er alle seine Kraft, wie er selbst einmal bekannte: „Im Hintergund aller meiner Gedanken steht Deutschland" (1833). Er entwarf Pläne für ein deutsches Eisenbahnnetz, trat für Schutzzölle, solange sich die deutsche Wirtschaft und Industrie im Entwicklungsstadium befanden, ein usw. und wollte helfen und bessern, wo es nur irgend anging: „Nur muß man den Mut haben, an eine große Nationalzukunft zu glauben und in diesem Glauben vorwärts zu schreiten. Vor allem muß man Nationalgeist genug haben, um schon jetzt den Baum zu pflanzen und zu beschützen, der erst künftigen Generationen seine reichsten Früchte bieten wird". Oft genug mußte List mit seinen von idealem Gemeinnutz getragenen Plänen Enttäuschungen erleben. Seine Zeitgenossen verstanden ihn zumeist nicht, denn in seinen Gedanken und Vorschlägen eilte er seiner Zeit weit voraus. Erst nach seinem Tode erkannte und würdigte man ihren Wert.

Wenn auch in Preußen mit dem Thronwechsel (1842) ein neuer Geist Einzug hielt, der die Spuren der Reaktionszeit zu beseitigen trachtete, so wurde doch des Volkes Sehnsucht nach Einheit nicht erfüllt. Es bedurfte erst der französischen Februarrevolution (1848), um auch die deutschen Gemüter in stärkere Aufwallung zu bringen. Zwar waren in den süddeutschen Landtagen wiederholt die Fragen nach Freiheit und Einheit teils unter schweren Auseinandersetzungen erörtert worden, doch folgte den schönen Reden keine erlösende Tat. Um so mehr ließ dann aber der Antrag des Abgeordneten Bassermann

in der Zweiten Badischen Kammer, ein gesamtdeutsches Parlament einzuberufen, die gesamte Bevölkerung aufhorchen (12. 2. 1848), zumal seine Begründung die tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen volklichem Gemeinnutz und fürstlich-politischem Eigennutz schlaglichtartig beleuchtete. Als Ergebnis der Reaktion stellte er fest: „Lassen Sie mich die Wahrheit sagen: Deutschlands oberste Behörde hat kein Vertrauen im Volke. Tief beklage ich einen solchen Zustand. Einen gefährlicheren kann es für ein Volk nicht geben. Er ist ein Nationalunglück ... Eine Nation, wenn sie sich zu Größe und Macht entfalten soll, muß an ihrer Spitze einen obersten Führer, eine Regierung haben, die stark ist durch das allgemeine Vertrauen ... Die Zeiten sind vorbei, wenn sie je da waren, wo man von einem angestammten Vertrauen, von einer angeerbten Liebe sprechen konnte."

Die alten Forderungen nach Freiheit und Einheit in jeder Hinsicht wurden jetzt aufs neue und nachdrücklicher gestellt, und schon tauchten Leute auf, die zu radikalem Vorgehen rieten. Die Beschlüsse der Offenburger Versammlung zeugten von dieser Stimmung: „Das Volk hat kein Vertrauen zu der I. Kammer der Ständeversammlung, da dieselbe aus Privilegierten besteht, welche ihren Sonderinteressen das Wohl des Volkes stets geopfert haben. Das Volk verlangt Abhilfe gegen diesen Übelstand vermittels einer Revision der Verfassung. ... Das Volk hat kein Vertrauen zu einer großen Anzahl der Mitglieder der II. Kammer, da dieselben durch Wahlbeherrschung und Wahlverfälschung unter dem Einfluß der Zensur und der Polizei gewählt wurden und sich als blinde Werkzeuge in den Händen jedes Ministeriums erwiesen haben. Das Volk verlangt den Rücktritt der reaktionären und gesinnungslosen Partei der II. Kammer. ... Das Volk besitzt durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit. Es muß sich diese Bürgschaften selbst verschaffen."

Als die Märzrevolutionen in Wien und Berlin ausbrachen, gaben die Regierungen überall kampflos nach und erfüllten dem Volke einen Großteil der Forderungen. Preußens König, der bisher noch an ein ideales Treueverhältnis zwischen Fürst und Volk geglaubt hatte, nun aber eine bittere Enttäuschung erleben mußte, stellte sich auf dessen Seite und erklärte in einer Proklamation (21. 3. 48), daß er die Führung in der deutschen Angelegenheit übernehmen wollte und Preußen fortan in Deutschland aufginge. Die Volksvertretungen nahmen jedoch selbst die Lösung der Frage in die Hand.

Der fürstliche Eigennutz und die Reaktion hatten in den revolutionären Ereignissen von 1848 eine empfindliche Niederlage erlitten. Danach trat in der Paulskirche in Frankfurt a. M. die Nationalversammlung zusammen (18. 5. 48), der nur Männer angehörten, die das Vertrauen des Volkes besaßen, sonderlich aber solche, die wegen ihrer gemeinnützig-vaterländischen Gesinnung bekannt und während der Demagogenverfolgungen bestraft worden waren (Jahn, Dahlmann usw.).

Da der Bundestag, das Instrument eigennütziger Interessen, durch die Revolutionsereignisse keine Bedeutung mehr besaß und es sogar keine Zentralgewalt mehr gab, setzte die Nationalversammlung von sich aus eine provisorische ein und wählte, ohne die fürstlichen Regierungen zu befragen, auf den Vorschlag ihres Präsidenten, Heinrichs von Gagern, den beliebten Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser. Dann mußte die vordringlichste Aufgabe in Angriff genommen werden, eine Verfassung zu schaffen, die möglichst alle Wünsche des Volkes berücksichtigte und verankerte.

Alle Bemühungen konnten jedoch nur dann einen Dauererfolg zeitigen, wenn es gelang, die eigennützigen Kräfte auszuschalten. An die völlige Beseitigung der Fürstenmacht dachte, obwohl es auch Stimmen in dieser Richtung gab, die Nationalversammlung nicht. Sie wollte vielmehr die Fürsten und ihre Fürstentümer in den neuen Staat einbauen. Wie das Verhältnis zwischen der Zentralgewalt und den Einzelstaaten sein sollte, kam im Vorwort zum Entwurf der Reichsverfassung zum Ausdruck: „Dieser Bundesstaat beruht auf einer herrlichen Vereinigung von zwei Elementen, dem nationalen Elemente der Gemeinsamkeit, und dem Elemente partikularer Eigentümlichkeit. In weiser Verteilung erhält jedes Element das, was ihm notwendig zugehört. Der Einzelstaat ist frei und ungehindert in seiner Entwicklung, soweit nicht die Gesamtheit Opfer verlangt; aber er ist als Glied dem Ganzen unterworfen. Die Bundesgewalt verwirklicht den Nationalwillen, aber sie ist beschränkt durch organische Gesetze, welche nach dem Zwecke der Bundesverfassung die Grenzen der Macht bestimmen; sie fordert Gehorsam von jedem Einzelstaate, soweit dies notwendig zur Erreichung des Bundeszweckes ist. — . . . Jene Form des Bundesstaats, die wir erstreben, sichert als reiche Entschädigung für einzelne Opfer, die an den bisherigen Rechten das partikulare Element bringen muß, jedem Einzelstaate eine Macht, welche durch die innere Verbindung von Kräften wächst, die sonst

nur vereinzelt und daher schwächer wirkten. Sie sichert unserem an Elementen des Glücks reich gesegneten Deutschland die Entfaltung dieser Elemente und die Verwirklichung von Gesamtinteressen, welche ohne Vereinigung nicht ebensogut wirksam werden können; sie gibt das Gefühl der Begeisterung, einem mächtigen, von dem Auslande geachteten und gefürchteten Vaterlande anzugehören, und weckt jene Vaterlandsliebe, die wohl verträglich mit der Liebe zur engeren Heimat, dem Boden, an welchen sich unsere Erinnerungen und die Entfaltung unserer Kräfte knüpft, bereit ist, überall Opfer zu bringen, wo das Interesse des gemeinsamen Vaterlandes sie erheischt. Nur jene Form löst die große Aufgabe, die Einheit mit der Vielseitigkeit und der Gliederung ohne Nachteil für die erste zu verbinden ..."

Eine solche Kompromißlösung, die hier Gemeinnutz und Eigennutz eingingen, sollte jedoch für den Adel und seine Vorrechte keine Geltung haben. Die 1849 verkündete Reichsverfassung bestimmte daher u. a. als die Grundrechte des deutschen Volkes (Abschnitt VI): „§ 137. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen. Die öffentlichen Ämter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt. § 166. Jeder Untertänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf. § 167. Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1. die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei samt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen und Abgaben; 2. die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden Abgaben und Leistungen. — Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen. § 174. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. § 186. Jeder deutsche Staat soll eine Verfassung mit Volksvertretern haben. Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich."

So gut auch die Pläne und Ziele der Nationalversammlung sein mochten, so scheiterte das begonnene Werk doch daran, daß der preußische König die ihm „aus der Hand des Volkes" angebotene Kaiser-

krone ablehnte, weil er „ohne das freie Einverständnis der deutschen Regierungen keinen Entschluß von solcher Bedeutung" fassen könnte. Aller Kampf um eine groß- oder kleindeutsche Lösung war überflüssig gewesen. Der Gemeinnutz hatte nicht über die gegnerischen Kräfte zu siegen vermocht.

Nach dem Scheitern des Reichsgründungsversuches besaß die Nationalversammlung keine eigentliche Aufgabe mehr. Zuerst schieden die Verfechter einer großdeutschen Lösung, die zugleich die Verfassung aufs schärfste bekämpften, aus. Ihnen schlossen sich die Abgeordneten der Mitte an. Nur die Radikalen tagten weiter, die nunmehr jede eigennützige Macht zu beseitigen wünschten und die Zeit für die Errichtung einer Republik gekommen glaubten. Ihren Bestrebungen konnten sie nur kurze Zeit nachgehen. Dann wurde dieses Rumpfparlament mit Waffengewalt auseinandergetrieben.

Auch diese in Deutschland zur Errichtung eines freien und einigen Reiches ausgebrochene Revolution, die den Gemeinnutz zur herrschenden Triebkraft des Denkens und Handelns erheben sollte, hatte dem Volke die Wünsche nicht erfüllt. Zwar war eine entsprechende Reichsverfassung verkündet worden, die den Wünschen und der Sehnsucht der Freiheitskämpfer entsprach, doch versagten die meisten deutschen Fürsten ihr die Anerkennung und Einführung in ihren Ländern. Da begehrte noch einmal die Masse, gleich einem letzten Aufbäumen im Todeskampfe, an verschiedenen Stellen Deutschlands auf. Blutige Kämpfe brachen aus, die in Sachsen die schärfsten Formen annahmen und, wie auch anderwärts, nur mit Hilfe preußischen Militärs niedergeworfen werden konnten. Der vom Volke getragene Freiheits- und Einheitsgedanke hatte sein letztes Lebenszeichen von sich gegeben, die Fürsten gingen nun wieder daran, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen.

Die folgenden Worte Friedrich Wilhelms IV. von Preußen: „Soll die tausendjährige Kaiserkrone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden", mit denen er die Annahme der Kaiserkrone ablehnte, bedeuteten zugleich ein Programm für die kommende Zeit. Preußen nahm von sich aus die Einigungsbestrebungen auf und suchte sie unter Ausschluß der anderen deutschen Großmacht, des habsburgischen Österreich, das ja immer noch die Führung des Deutschen Bundes in Händen hielt, durchzuführen. Unter diesen Gesichtspunkten sollte eine „Deutsche Union" geschaffen werden, für die das Erfurter

Parlament (1850) eine Verfassung beriet. Ein nach Berlin einberufener Fürstentag brachte jedoch noch keine Einigung zustande.

Danach kämpfte Österreich gegen diese Unionsbestrebungen an und suchte seine Machtstellung durch die Wiedereröffnung des Frankfurter Bundestages zu erhalten und zu festigen. Da aber der preußische König diesem fernblieb und es wegen hessischen Angelegenheiten zum Bruche zwischen den beiden Mächten kam, sollten die Waffen entscheiden. Ehe jedoch ernsthafte Kämpfe stattfanden, erreichte Österreich im Vertrage zu Olmütz (1850) sein Ziel: Friedrich Wilhelm IV. mußte seine Pläne zur Neugestaltung Deutschlands vorläufig aufgeben, er wußte aber zugleich, wo der wahre Feind eines geeinten Reiches stand. Eigennützige Machtinteressen ließen die Habsburger über die deutschen Verhältnisse wachen und jede Einigung hintertreiben, bis sich ein Bismarck von dieser Macht an der Verfolgung seiner Pläne nicht mehr hindern ließ.

Gemeinsam beteiligten sich Preußen und Österreich noch einmal am deutsch-dänischen Kriege und setzten nach dem Siege eine gemeinschaftliche Regierung und Verwaltung für die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein ein. Bald brachen jedoch darüber Streitigkeiten aus, die beide Großmächte gegeneinander führte. Aus Eifersucht trachteten die Habsburger danach, jede Machtvergrößerung Preußens zu verhindern, und sie verständigten sich deshalb mit den deutschen Mittelstaaten.

In der Frage über die Zukunft der beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein gerieten die beiden Gegner miteinander in Streit, der im Deutschen Kriege (1866) seinen Austrag fand. Österreich unterlag, und diese Gelegenheit nahm Bismarck wahr, den einzigen innerdeutschen Feind einer Einigung kaltzustellen. Im Frieden von Prag mußte es die Auflösung des Deutschen Bundes anerkennen, gleichzeitig aber auch die Zustimmung zu einer Neugestaltung Deutschlands ohne Österreich geben. Zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten kamen daraufhin Schutz- und Trutzbündnisse zustande.

Nun war der Weg frei. Der Norddeutsche Bund unter preußischer Führung entstand, der seinen ersten Reichstag bereits im Jahre 1867 in Berlin abhielt und Bismarck zum Bundeskanzler erwählte. Zur Gründung eines kraftvollen Reiches bedurfte es nur noch einer Auseinandersetzung mit Frankreich, das die Entstehung eines mächtigen Bundesreiches als Einengung und Schmälerung seines Ruhmes empfand

und auffaßte. Dieser Widerstand wurde im Deutsch-französischen Kriege (1870/71) rasch beseitigt.

Zum ersten Male in der Geschichte kämpften alle deutschen Heere gemeinsam gegen den Feind, der jahrhundertelang durch Raubzüge große Strecken alten deutschen Volksbodens an sich gerissen hatte. Die Begeisterung über die gemeinsamen glänzenden Erfolge wußte Bismarck geschickt auszunutzen. Noch während des Krieges vollzog er die Gründung des zweiten Deutschen Reiches, zu dessen Kaiser Wilhelm I. von Preußen im Spiegelsaale von Versailles ausgerufen wurde.

Es war ein Bundesstaat entstanden, der zwar den deutschen Fürstentümern ihre Selbständigkeit, einigen süddeutschen Fürsten sogar Sonderrechte beließ, aber dem Eigennutz der einzelnen Herzöge und Könige sehr eng gezogene Schranken setzte. Für sie gab es eine Steigerung der Macht auf Kosten des Reiches nicht mehr, zumal eine straffe Reichsgesetzgebung die Belange des Bundesstaates stärker als anfangs vorgesehen wahrnahm. Die einstige Bedeutung der Landesherren ging mit der Zeit verloren, und ihre eigennützigen Interessen übernahmen mehr und mehr andersgerichtete Mächte.

Der Trägerwechsel des Eigennutzes

Während der fürstliche Eigennutz in und nach der 48er Revolution, besonders aber nach der Reichsgründung von 1871, seine Bedeutung immer mehr einbüßte, begannen sich zur gleichen Zeit die jüdischen und kapitalistischen Interessen stärker in den Vordergrund zu drängen. Den Grund zu einer solchen Entwicklung hatte im eigentlichen Sinne der Freimaurer Hardenberg durch seine Gesetze über die Ablösung der bäuerlichen Zinse und Dienste, die Gewerbefreiheit und die Judenemanzipation gelegt. Als Auswirkung des ersten entstand ein entwurzeltes, verarmtes und besitzloses Industrieproletariat, das von den Industrieunternehmern rücksichtslos ausgebeutet wurde und daher den idealen Nährboden für die marxistischen Irrlehren abgab. Nach der Gleichstellung der Juden bemühten sich diese, in allen Berufen, selbst bis zu den höchsten Regierungsstellen hinauf, Einfluß zu gewinnen, um später ihr verbrecherisches Zersetzungswerk ungehindert betreiben zu können.

Durch 16- und mehrstündige Arbeitszeit der Erwachsenen, Kinderarbeit, schlechte Entlohnung, Aufrechterhaltung und Verschärfung der sozialen Bedrückung und wirtschaftlichen Not der Arbeiterschaft frönte das kapitalistische Großunternehmertum seinem Eigennutz und leistete damit den Juden bei der Verfolgung ihrer Pläne wertvollste Handlangerdienste. Rund 35 Jahre warteten sie in Deutschland ab und verhielten sich verhältnismäßig ruhig, dann aber glaubte Marx die Zeit gekommen, dem jüdischen Eigennutz die Wege zu ebnen. Im Jahre 1847 veröffentlichte er zusammen mit seinem Schwager Engels das „Kommunistische Manifest", dem Marx als weitere richtunggebende Schriften „Zur Kritik der politischen Ökonomie" und „Das Kapital" folgen ließ.

Vermittels Trugschlüssen der Mehrwerts-, Verelendungs-, Katastrophen- usw. Theorien führten sie die nach wahrem Sozialismus strebenden Arbeitermassen irre und säten Zwietracht ins deutsche Volk durch die Schaffung falscher Götzen, die Internationalismus und Liberalismus, Materialismus und Kollektivismus hießen. Die große Volksgemeinschaft sollte zerstört, der Einzelne aus ihr herausgelöst werden. Sein materielles Wohl wurde über alles gestellt und, da

alle daraus gefolgerten Wünsche nicht erfüllt werden konnten, zu eigennützigen und politischen Zwecken mißbraucht. Als bester Verbündeter des Judentums erwies sich jedoch der Klassenhaß, der im deutschen Volke nach einer äußerlichen, zeitlichen Erscheinung, dem Besitz, künstliche Schranken aufrichtete, das Blut jedoch als einzigen inneren und ewigen Wert ablehnte und einen erbitterten Kampf heraufbeschwor, in dem jedes Mittel erlaubt schien.

In der Zeit der Revolution, in der sich das enttäuschte Volk seine Wünsche nach Einheit und Freiheit des Reiches selbst erfüllen wollte, begann sich die Gesamtheit mehr und mehr in Parteien aufzuspalten, deren führende Männer schon bald daran gingen, um die unsichere, schwankende Gunst der Massen zu buhlen. Diese auf politischen Meinungsverschiedenheiten beruhende Zersplitterung nutzten wiederum die Juden weidlich aus, denn sie gründeten entweder selbst Parteien (z. B. der Jude Stahl die preußische konservative Partei; Bebel und Liebknecht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands usw.) oder wußten sich an die Spitze der bereits bestehenden zu stellen. Weil dieses fremdrassige Element eine einheitliche Ausrichtung auf ein bestimmtes Ziel besaß, verstanden es seine Angehörigen nur zu gut, die einzelnen Parteiungen gegeneinander zu hetzen, um unerkannt und ungestört die eigennützigsten Pläne zu verwirklichen. Allen Parteien war aber eins gemeinsam: Sie strebten nach politischem Einfluß und Macht und traten daher in den Landtagen usw. als Gegner der Fürsten und ihrer Herrschaft auf.

Um die Zeit der Gründung des zweiten Deutschen Reiches kreuzten sich zwei Entwicklungslinien. Der Deutsche Zollverein (1834), der Norddeutsche Bund (1866) und das Deutsche Zollparlament (1868) stellten die wichtigsten Etappen für die Einschränkung des fürstlichen Eigennutzes dar. Seine Träger hatten mehrere Jahrhunderte hindurch nahezu unbeschränkte Macht in Händen gehalten und dadurch den Untergang des tausendjährigen Kaiserreiches verschuldet; mit der Gründung des Bismarckschen Reiches mußten sie sich jedoch dessen Interessen unterordnen, obwohl ihre Selbständigkeit erhalten blieb. Mit jeglicher Machtraffung der Fürsten war es vorbei und damit auch ihr schrankenloser Eigennutz überflüssig und inhaltlos geworden. Er besaß keine lohnenden Ziele mehr. Seine Entwicklungskurve neigte sich steil dem Nullpunkt zu.

Ihr bewegte sich die Linie des parteigetragenen Eigennutzes in raschem Aufstieg entgegen, dessen einzelne Stufen durch die Grün-

dungen der einzelnen Parteien genugsam gekennzeichnet sind. Ihnen allen war gleich bei ihrer Entstehung das Streben nach politischer Macht mit auf den Weg gegeben worden, und sie suchten diese im Grunde genommen auf ein und dieselbe Art an sich zu reißen.

Wie schon angedeutet, kreuzten sich gerade zur Zeit der Reichsgründung (1871) die beiden Entwicklungslinien, in absteigender Richtung die eine, aufsteigend die andere: Denn der Kampf zwischen dem Reich und den Fürsten fand sein Ende, während hingegen der Parteipartikularismus nunmehr die einstige Rolle der Territorialherren übernahm und seine eigennützigen Bestrebungen rücksichtslos und zum Schaden des Staates in den Vordergrund stellte. In Zukunft standen sich in den oft sehr erbitterten innenpolitischen Kämpfen die auf Gemeinnutz bedachten Vertreter der Reichsinteressen und die vom Eigennutz beherrschten Parteiführer gegenüber. Dieser hatte nur seine Träger gewechselt. Die Freimaurer und Juden wirkten vorläufig noch im Hintergrund.

Eigennutz und Gemeinnutz im Zweiten Deutschen Reiche

Wenn auch in den folgenden Jahrzehnten nach der Schaffung des zentral geleiteten Bundesstaates noch mancherlei kleinere, jedoch rasch beigelegte Auseinandersetzungen zwischen der Zentralgewalt und den Fürsten stattfanden, so traten sie doch an Bedeutung weit hinter die Kämpfe mit den Parteien zurück. Zwei ragten dabei unter diesen in jeder Hinsicht besonders hervor und spielten eine überaus unerfreuliche Rolle: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Verfechterin jüdisch-marxistischer Irrlehren (gegründet 1869) und das im Jahre 1871 von Windthorst ins Leben gerufene Zentrum. Im Ringen mit diesem politischen Katholizismus traten der von Bismarck rücksichtslos vertretene staatliche Gemeinnutz und der international gebundene, teils konfessionell teils jüdisch beeinflußte Eigennutz zum ersten Male wieder in Gegnerschaft.

Während der Herrschaft des liberalistischen Freiheitsgedankens hatte die katholische Kirche auf allen Gebieten gewaltige Fortschritte zu machen vermocht, denn der gemeinsame Kampf von Liberalismus und Katholizismus gegen den immer mächtiger werdenden Staat ließ die Widersprüche in den beiden Weltanschauungen in den Hintergrund treten. Als diese jedoch stärker bekannt wurden, begannen die erbitterten Anfeindungen, die sowohl in Preußen als auch in der wissenschaftlichen Literatur und in den Kammern der Land- und Reichstage geführt wurden. Der Reichskanzler kümmerte sich zunächst nicht um diese Auseinandersetzungen. Als jedoch das Zentrum Forderungen an das Reich stellte, die italienische Angelegenheiten betrafen, setzte der sogenannte Kulturkampf ein.

Die Erklärung der Unfehlbarkeit des Papstes durch das vatikanische Konzil und die Auflösung des Kirchenstaates durch die Italiener bildeten die Ursachen für den erneuten Kampf zwischen Kirche und Staat. Trotz Bischof Kettelers Ersuchen lehnte Bismarck jegliche Einmischung zugunsten des Papstes in italienische Angelegenheiten ab. Als schließlich das Zentrum die Aufnahme der in der preußischen Verfassung befindlichen Kirchenparagrafen in die Reichsverfassung verlangte und Verbindungen mit allen Feinden der Reichs-

gründung anknüpfte, faßte der Reichskanzler den Plan, diese Partei zu beseitigen und nahm dazu die Bundesgenossen, die er nur finden konnte.

In rascher Folge („Maigesetze!") erließ Bismarck den „Kanzelparagrafen", der die Behandlung von Staatsangelegenheiten in den Predigten verbot und diese unter Aufsicht stellte, das „Jesuitengesetz", das den „Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen . . . vom Gebiete des Deutschen Reiches" ausschloß, das „Schulaufsichtsgesetz" u. a. m. und setzte als letzte, jedoch einschneidendste Maßnahme die „Zivilehe" an die Stelle der kirchlichen Eheschließung.

Sofort begannen Kirche und Zentrum einen überaus heftigen Kampf gegen den Staat, im Verlaufe dessen viele Geistliche, weil sie sich gegen die Gesetze vergingen, abgesetzt und bestraft, dadurch jedoch in den Augen ihrer Anhänger zu Märtyrern gestempelt wurden. Kirchenhoheit und Staatshoheit standen sich gegenüber.

In diesen Auseinandersetzungen erlebte Bismarck einen teilweisen Mißerfolg, denn er hatte einen geistigen Kampf mitPolizeigewalt entscheiden wollen. Wenn auch der Kanzelparagraf, das Jesuitengesetz, Schulaufsichtsgesetz und die Zivilehe erhalten blieben, mußten die übrigen Gesetze allmählich aufgegeben werden. Der Reichskanzler brauchte das Zentrum in anderen politischen Angelegenheiten, obwohl er sein Wesen genau kannte: „Die im Zentrum vereinten Kräfte fechten zwar jetzt unter päpstlicher Flagge, sind aber an sich staatsfeindlich, auch wenn die Flagge der Katholizität aufhörte, sie zu decken; ihr Zusammenhang mit der Fortschrittspartei und den Sozialisten auf der Basis der Feindschaft gegen den Staat ist von dem Kirchenstreit unabhängig" (Bismarck an König Ludwig II. von Bayern 1878). Der Ausgang dieses Kulturkampfes bedeutete für den staatlichen Gemeinnutz im begonnenen Ringen mit dem parteipartikularen Eigennutz die erste empfindliche Niederlage.

Trotz alledem setzte Bismarck seine für das Reich gemeinnützige Politik zielbewußt und erfolgreich fort. Für sie wurde das Jahr 1878 bedeutsam, weil da zum ersten Male in der deutschen Geschichte das inländisch erzeugte Getreide nicht mehr zur Ernährung der städtischen und Industriebevölkerung ausreichte. Der Export ostelbischen Getreides hörte gänzlich auf, und diese Tatsache mußte notwendigerweise zu einer Wandlung der Handelsinteressen führen. Hatten sich bis dahin die Großgrundbesitzer aus Gründen der Konkurrenz

auf dem Weltmarkte für unbeschränkten Freihandel eingesetzt, so mußten sie nunmehr durch die Einfuhr des billigeren amerikanischen und russischen Brotgetreides ein starkes Absinken der Preise erleben. Die Einnahmen sanken rasch, während die Wirtschaftskosten infolge Arbeitermangels und die Verschuldung der Güter mehr und mehr stiegen. Diese unerfreuliche Lage konnte nur durch einen wirksamen Schutz der nationalen Landwirtschaft beseitigt werden. Daher gab Bismarck die Freihandelspolitik des Reiches auf und führte Schutzzölle ein. Gleichzeitig belegte er ausländische Genußmittel mit Finanzzöllen, um dem Reiche eine sichere Einnahmequelle zu erschließen und es in finanzieller Hinsicht von den deutschen Einzelstaaten, die es als einen „lästigen Kostgänger und mahnenden Gläubiger" betrachteten, unabhängig zu machen. Nach hartem Ringen nahm der Reichstag den neuen Zolltarif an. Der staatliche Gemeinnutz hatte durch Parteihilfe einen Sieg von großer Tragweite errungen.

1878 befanden sich die beiden Triebkräfte noch in einem anderen erbitterten Kampfe. In diesem galt es, gegen die Sozialdemokratie, die offen ihre staatsgefährlichen Ziele verfolgte, vorzugehen. Sie hatte die Zahl ihrer Abgeordneten im Reichstage des zweiten Reiches ständig zu vermehren gewußt, und so konnte es schließlich nicht ausbleiben, daß diese auf den Umsturz von Staat und Gesellschaft hinzielende Macht mit dem auf beider Erhaltung bedachten Bismarck zusammenstoßen mußte.

Nach dem zweiten Attentat auf den greisen Kaiser schuf der Kanzler ein Ausnahmegesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das diese Partei in ihrem Lebensnerv treffen sollte. Es erreichte jedoch nur das Gegenteil. Insgeheim schlossen sich ihre Anhänger fester zusammen, und ihre Anzahl mehrte sich beträchtlich. Der Grund dafür lag in der wirklichen Not der Arbeiterschaft, mit deren Beseitigung auch diese Partei, die ja vorgab, die Interessen der arbeitenden Schichten zu vertreten, verschwinden mußte: „Wenn der Arbeiter keinen Grund mehr zur Klage hätte, wären der Sozialdemokratie die Wurzeln abgegraben. Freilich ob es je dahin kommen wird! Ob nicht die Hetzer immer mehr verlangen werden, je mehr man dem Arbeiter gibt?" (Aus Bismarcks Gesprächen 1878.)

Bismarck trat nunmehr für eine staatlich geleitete Sozialpolitik ein. 1881 kündigte eine „Kaiserliche Botschaft" ganz in dessen Sinne staatliche Schutz- und Fürsorgemaßnahmen an, denn er war

der Meinung: „Zum positiven Schaffen und Erhalten lebensfähiger Reformen ist bei uns nur der König an der Spitze der Staatsgewalt auf dem Wege der Gesetzgebung befähigt. Die Kaiserliche Botschaft bezüglich sozialer Reformen wäre ein toter Buchstabe geblieben, wenn ihre Ausführung von der Tätigkeit freier Vereine erwartet worden wäre; die können wohl Kritik üben und über Schäden Klage führen, aber heilen können sie letztere nicht" (Gedanken und Erinnerungen).

In den folgenden Jahren wurden die Krankenversicherung (1883), die Unfallversicherung (1884) und die Invaliden- und Alterssicherung (1889) ins Leben gerufen, die den Charakter einer Staatshilfe trugen. Mit diesen Einrichtungen gab sich die Sozialdemokratie jedoch nicht zufrieden. Sie verstand es, die zu ihr stehenden Massen unter dem Vorwand, keine Geschenke annehmen zu wollen, dagegen aufzuhetzen, ohne jedoch eine Aufhebung der neuen Einrichtungen zu erlangen. Hatte im Augenblick auch der staatliche Gemeinnutz einen Vorteil errungen, so fanden in Zukunft doch bei jeder Gelegenheit, besonders wenn es sich um nationale Angelegenheiten handelte, erbitterte Auseinandersetzungen statt, die der parteiliche, von Freimaurern und Juden gelenkte Eigennutz zum Schaden des Reiches heraufbeschwor.

In welch hervorragender Weise der Gemeinnutz für Volk und Reich das Denken und Handeln Bismarcks beherrschte, bewies am besten seine Bündnispolitik. Nach allen Richtungen sicherte er Deutschland durch Verträge, um den französischen Rachegeist zu bannen. Schon 1873 kam das Drei-Kaiser-Bündnis zwischen Deutschland, Österreich und Rußland zustande, das 1881 erneuert wurde. Ein Jahr später trat der Dreibundvertrag zwischen dem Reich, dem Habsburgerstaat und Italien hinzu, der 1887 eine Verlängerung um weitere fünf Jahre erfuhr. Danach erklärte Bismarck den Beitritt zum Österreichisch-Rumänischen Vertrag (1883) und schloß schließlich 1887 den Rückversicherungsvertrag mit Rußland ab. Nur widerwillig allerdings ließ sich der Kanzler in die Kolonialpolitik ein, weil er eine deutsche Kolonisation in Europa für wichtiger und wertvoller hielt. In dieser Hinsicht sagte er einmal: „Ich bin kein Kolonialmensch ... Ich will überhaupt keine Kolonien, sie sind bloß zu Versorgungsposten gut. Diese ganze Kolonialpolitik wäre für uns genau so, wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben" (1871). „... Ihre Karte von Afrika ist sehr schön — aber meine Karte von Afrika liegt in Europa" (1884).

Ein kunstvolles Bündnisnetz, dessen Fäden alle in Berlin in Bismarcks Hand zusammenliefen, überspannte Europa zur Sicherung des zweiten Reiches. Nur ein überragender Staatsmann vermochte eine solche Politik zu betreiben und zu meistern. Als Kaiser Wilhelm II. dann aus irregeleitetem Eigennutz den Kanzler entließ, fand sich keiner, durfte sich keiner finden — im Jahre 1889 waren ja der Kaiser von der Weltfreimaurerei, weil er sich trotz mehrfacher Bemühungen von dieser Seite weigerte, Freimaurer zu werden, zur Absetzung verurteilt und die Vernichtung des Deutschen Reiches beschlossen worden —, der ihm ebenbürtig gewesen wäre. Und nun setzte die hinter den Kulissen von Juden in Verfolgung ihrer Weltherrschaftspläne geleitete, von den Freimaurern nach außen hin unsichtbar geführte Vernichtungsfeldzug gegen das Reich in verstärktem Maße ein, in dem bereits der Sturz Bismarcks als erster großer Erfolg verbucht worden war.

Das feingesponnene Vertragsnetz ließ der unfähige Caprivi zerreißen, der dadurch das mühsam aufgerichtete Werk seines Vorgängers zerstörte. Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland bildete den Anfang dazu. Dieses verbündete sich daraufhin mit Frankreich (1891), das sich auf diese Weise aus seiner festländischen Isolierung befreite. Während Deutschland glaubte, zu seiner Sicherung die „Politik der freien Hand" betreiben zu müssen, bildeten die übrigen europäischen Staaten einen festen Bündnisgürtel um das nunmehr alleinstehende deutsche Reich. Es begann ein Kesseltreiben gegen unser in jeder Hinsicht emporstrebendes und nach Weltgeltung verlangendes — jedoch bereits zum Tode durch Judenhand verurteiltes — Volk, das schließlich nach vorgefaßtem Plane im Weltkrieg im Kampfe mit einer Übermacht von Feinden erlag.

Mit Bismarck als Reichskanzler war der zäheste und energischste Träger des staatlichen Gemeinnutzes von der politischen Bühne abgetreten. Es war niemand mehr vorhanden, der den Eigennutz der Parteien durch geschicktes Ausspielen gegeneinander unschädlich machen konnte; ja, des falsch beratenen Kaisers planlose Zickzackpolitik verschlimmerte die Lage noch. Sie, die nach außen anscheinend uneinig, doch im Hinblick auf das gesteckte Endziel infolge der gesinnungsmäßigen Gleichartigkeit der freimaurerisch und jüdisch ausgerichteten Führerschaft völlig einig waren, langten immer freier nach stärkerem Einfluß und größerer Macht. Ihr verderbliches Spiel zeigte sich besonders dann, wenn es galt, Beschlüsse in nationalen Angelegenheiten zu fassen und dafür Mittel bereitzustellen. Militär- und Flotten-

vorlagen wurden von den Sozialdemokraten grundsätzlich bekämpft, denn sie bekannten sich offen zum Landesverrat. So erfuhr der parteipartikulare, internationalen Kreisen und Kräften in die Hände arbeitende Eigennutz bis zum Beginn des Weltkrieges eine stete Stärkung, die sich einerseits in der Zersplitterung des Volkes, andererseits in seiner fortschreitenden Zersetzung durch artfremde Lehren: Internationalismus, Pazifismus, Liberalismus, Materialismus, Kollektivismus und wie sie alle heißen mögen, bemerkbar machte.

Wenn das deutsche Volk durch die verschiedenartigsten Formen der Zersetzung auch noch so zersplittert war, wenn sich die einzelnen parteipolitischen Meinungen noch so schroff gegenüberstanden und erbittert bekämpften und verfolgten, erlebte die Welt doch bei Ausbruch des Weltkrieges ein gewaltiges Wunder. Im Augenblick der Gefahr vergaßen alle ihre kleinlichen Streitigkeiten und fanden sich in einer großen Gemeinschaft zusammen, die nur der eine Wille beseelte, Volk und Vaterland vor den Feinden zu schützen. Da ergriff der Gemeinnutz in bis dahin noch nicht gekannter Weise Besitz von den deutschen Menschen, der allen Haß und alles Trennende hinwegfegte und Begeisterung und Idealismus, Opferbereitschaft und Heldenmut wachsen ließ, die zu den größten Taten befähigten.

„In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert. An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht mein Ruf, mit gesamter Kraft in brüderlichem Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben. Nach dem Beispiele unserer Väter, fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feinde, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle . . .

Ich wiederhole: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Standes- und Konfessionsunterschied mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Partein auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben!" So sprach der Kaiser (4. 8. 1914), und alle gelobten ihm Gefolgschaft. Selbst die Sozialdemokraten vergaßen angesichts der von Rußland drohenden Gefahr ihren Landesverrat für einige Zeit, denn der Abgeordnete Haase erklärte im Reichstage (4. 8. 14): Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des

russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles, auf dem Spiele. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben. Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich."

Wie es damals um das gesamte deutsche Volk stand, kennzeichnete der damalige Reichstagspräsident Kaempf treffend in seiner Rede (4. 8. 14): „Die Begeisterung, die wie ein Sturm durch das ganze Land braust, ist uns Zeuge davon, daß das gesamte deutsche Volk Gut und Blut zu opfern gewillt ist für die Ehre des deutschen Namens. Niemals hat das ganze Volk einmütiger zusammengestanden als heute. Auch diejenigen, die sonst sich grundsätzlich als Gegner des Krieges bekennen, eilen zu den Fahnen, und ihre Vertreter im Reichstag bewilligen ungesäumt die für die Verteidigung des Reichs erforderlichen Mittel. Die Gesamtheit des deutschen Volkes steht somit fest und brüderlich ein für die Sühne des uns zugefügten Unrechts und für die Abwehr des uns aufgezwungenen Kampfes." *Schnöden Eigennutz gab es angesichts der Gefahr des Vaterlandes in der breiten Masse des Volkes nicht mehr, und die Not schweißte alle Deutschen zu einer tatbereiten Opfergemeinschaft zusammen. Der Gemeinnutz hatte bei ihnen uneingeschränkt gesiegt!*

In den gleichen Augusttagen aber auch ließ der Vertreter des brutalsten Eigennutzes, der Weltbeauftragte der Freimaurerei und des Judentums seine Stimme hören, die alle Eingeweihten und Gesinnungsgenossen wohl verstanden. „Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren". So sprach Walther Rathenau, einer der Duzfreunde des Kaisers, der rote Prophet der Weltrevolution und der beauftragte Vollstrecker des Urteilsspruches von 1889. Jetzt glaubte das Weltjudentum den Augenblick für die Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne für gekommen.

Die Soldaten zogen ins Feld. Keinen trieb persönlicher Eigennutz hinaus in Feindesland, um sich Vorteile zu verschaffen oder erschießen zu lassen. Das war idealster Gemeinnutz, der unsere tapferen Heere und jeden Einzelnen befähigte, todesmutig dem Feinde entgegenzustürmen, ihm weite Strecken seines Landes abzutrotzen, Bewunderns-

wertes an Entschlossenheit, Mut und Ausdauer zu leisten. Idealer Gemeinnutz veranlaßte sie, sich als lebenden Wall mit ihren Leibern schützend vor Volk und Vaterland zu stellen, im furchtbaren Stellungskrieg und entnervenden Trommel- und Sperrfeuer auszuharren. Gemeinnutz wiederum gab den Antrieb, verbissen feindlicher Übermacht standzuhalten und lieber zu sterben, als auch nur einen Schritt breit zurückzuweichen. Gemeinnutz für die kämpfenden Kameraden erfüllte die unzähligen Stoßtrupps und Meldegänger, die ihr Leben um der anderen willen gering achteten und genugsam Beweise ihrer heldischen Gesinnung gaben. Gemeinnutz für dein Blut und deine Heimat stand unsichtbar über den Schützengräben in Feindesland geschrieben, wurzelte als Selbstverständlichkeit in jedes Kämpfers Herz, gab Hoffnung und Siegeszuversicht, bannte Verzweifeln und Verzagen. Kein Zwang stand hinter dem harten Muß: Aus freiem Willen und Entschluß erfüllte jeder Einzelne seine Pflicht, denn kampffreudiger Gemeinnutz ruhte in jedem echten deutschen Herzen, war arisches Urvätererbe. „Als der Krieg kam, sprang er in Millionen empor, und, das Haupt leuchtend über das Volk erhoben, drängte er mit gebreiteten Armen Millionen um Millionen dorthin, wo in Waffenlärm und Blutströmen die Entscheidung über Recht oder Unrecht aufs Dasein fallen mußte. . . . In ihm webt und glüht Gemeinschaftsgefühl, Rücksichtnahme aller Handlungen auf den Mitmenschen, — gesteigertes Gemeinschaftsgefühl, das an die Menschen des eignen Volkes bindet und fesselt mit unlösbaren, unzerbrechlichen Ketten, völkisches Empfinden. Dies drängt hin an die krachende, qualmverhüllte Grenze des Feuergürtels. Dort härtet sich das Eisen des freien Willens zum Stahl des Kampfgeistes, völkisches Empfinden verbindet sich mit Kameradschaft. Im Kampfgeist allein glüht Vorwärtsdrang, ballt Ausdauer die Fäuste, rauscht der Sieg" (Franz Schauwecker: Das Frontbuch).

Der jüdisch-freimaurerische Eigennutz ruhte nicht! Je mehr unsere tapferen Heere im Feindesland vordrangen, um so stärker entfalteten die Hörigen jenes ihre verbrecherische Tätigkeit. Verrat militärischer Geheimnisse und der Truppenverschiebungen an allen Fronten über deutsche Logen und Verrat der Schlachtpläne über das einzige vom Reich nicht kontrollierte Auslandskabel, das dem anderen Duzfreund des Kaisers, dem Juden Albert Ballin, gehörte, an die feindlichen Spionagezentralen in der Schweiz und Holland, Vernichtung innerdeutscher Nahrungsmittelquellen (Schweinemord 1915 zur Unter-

stützung der Hungerblockade), Gründung von Kriegsgesellschaften zur Zwangsbewirtschaftung der Rohstoffe, um sie den Juden in die Hände zu spielen, innere Zersetzung und Revolutionsvorbereitungen, ja selbst „Korrekturen des Kriegsverlaufes“ zugunsten eines bereits im voraus feststehenden Kriegsendes (Schlachten an der Marne 9.9.1914, am Skagerrak 31.5.16, das „Wunder“ am Tagliamento usw.) kennzeichnen die grauenvolle Totengräberarbeit am deutschen Volke, seinem siegreichen Heere und dem Reiche. „Ich sage dir:“, so schrieb der Meister vom Stuhl der Feldloge „Zum aufgehenden Licht an der Somme“, Bruder Wilhelm Ohr in seinem Kriegstagebuch 1915 („Der unsichtbare Tempel“, 1. Jhrg. Januar 1916), „es war sehr gut, daß du nicht gesiegt hast an der Marne. Welch einen Sieg wünschen wir (d. h. die Hochgradfreimaurerei und die Juden! d. Verf.), mein Volk? Oberflächliche Toren sagen: den Sieg m jeden Preis.

Wir aber sagen: wir wünschen nur den großen echten deutschen Sieg, den Sieg, der dich erhöht, nicht an äußeren Ehren und Gütern, nicht an Ländererwerb und Kriegsentschädigung, nein, den echten deutschen Sieg der Innerlichkeit wünschen wir, den Sieg, der dich reinigt und läutert, den Sieg, der dir die Kraft verleiht, die große Mission zu erfüllen, die nach dem Kriege deiner harrt, die in der Zeit unserer Väter erkannt (etwa 1889? der Verf.) und von uns in strahlender Reinheit auf Kind und Kindeskinder übertragen werden soll.

Solch einen Sieg wünschen wir, kein anderer kann dir frommen.

Nein mein Volk, es war dir in Wahrheit gut, daß du nicht gesiegt hast an der Marne.

Kein Volk der Erde, auch du nicht, bescheidener deutscher Stamm, hätte solchen Sieg ertragen können. Ihr, die ihr draußen waret in jenen Tagen, als in unerhörten Marschleistungen die deutschen Legionen gen Paris stürmten, erinnert Ihr Euch der Sprache des Übermutes, die damals unter Euch gehört wurde. Und Ihr, die Ihr zu Hause waret und die eigentümliche Rede hörtet, die scheu und doch aus der Tiefe des religiösen Gefühls heraus umherging, jene Rede, meine ich, die von den gewaltigen Siegen sagte: ‚so kann es nicht weitergehen!‘: wißt Ihr noch, daß wir Zeiten hatten, da auch die größten Erfolge nicht recht wirken konnten, wo Staunen an die

Stelle der Bewunderung, innere Unruhe (verursacht durch jüdische und freimaurerische Zersetzungspropaganda! d. Verf.) an die Stelle des Jubels trat? Das war das deutsche Gemüt, das von innen erkannte, daß es nicht gut sei; wenn das deutsche Heer gleichsam in einem einzigen Anlauf drei Reiche besiegte, ohne daß die Völker unter Einsetzung all ihrer moralischen und wirtschaftlichen Kräfte in den großen Krieg eingetreten waren (um nach ihrer völligen Ausblutung die jüdische Herrschaft zu errichten! d. Verf.).

Es war gut, mein Volk, daß du damals im September nicht gesiegt hast an der Marne.

Lieber Kamerad, ich weiß, du zürnst. Ungeheuerlich klingt es aus dem Munde eines deutschen Offiziers, wenn er gleichsam sich freut, daß die deutschen Heere nicht vollends durchstießen, damals, als der Schrecken, der den deutschen Fahnen vorauseilte, die Straßen von Paris entvölkerte.

Und darum noch einmal: es war gut, mein Volk, daß du nicht gesiegt hast an der Marne, denn nun begann die Prüfung" (aus Hasselbacher in „Der Blitz" Nr. 51/52 1936).

Als der Krieg doch länger dauerte, als im ersten Begeisterungsrausch angenommen worden war, da gelang es Volksverrätern, in der Heimat Unzufriedenheit zu wecken und den Eigennutz erneut zu schüren. Kriegsgewinne und Angst um ihr armes Leben ließen viele in der Etappe und zu Hause unabkömmlich erscheinen. Die ehemaligen Gegner eines starken und mächtigen Deutschland, deren Lebensaufgabe schon in Friedenszeiten Landesverrat hieß, traten wieder auf den Plan und erhoben immer lauter und frecher ihre Stimme. Sie hetzten und schürten, wo sie nur konnten und Aussicht auf Erfolg hatten. Schon im Juli 1917 gelang es den „Unabhängigen" Dittmann und Haase, dem gleichen, der dem Kaiser in den Augusttagen des Jahres 1914 für die Sozialdemokratie treue Kriegsgefolgschaft in die Hand versprach, eine Meuterei in der Flotte zu entfachen. Am 28. Januar 1918 brach der folgenschwere Munitionsarbeiterstreik aus, der kurz darauf infolge Munitionsmangels die Schlagkraft des deutschen Heeres furchtbar lähmte.

Mochten auch Kapp und von Tirpitz zur Erhaltung des Widerstandswillens und der nationalen Gesinnung die „Vaterlandspartei" gründen (2. 9. 1917), so vermochte sie doch kaum etwas gegen die

verbrecherische Tätigkeit der marxistischen Parteien, zu denen sich die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Anhänger des neu gegründeten kommunistischen Spartakusbundes (Anfang 1918) zählten, auszurichten. Während an der Front noch der alte arische Kampfgeist herrschte, säte der jüdische Eigennutz in der Heimat Unzufriedenheit und revolutionäre Stimmung, zerstörte er planmäßig die Widerstandskräfte des Volkes und seinen Verteidigungswillen, tötete er den opferbereiten Gemeinnutz zielbewußt durch die Weckung niederer Wünsche und Begehrlichkeiten usw. ab.

Der deutsche Reichstag half getreulich bei diesem Zerstörungswerk. Pazifistische Friedensentschließungen und geheime Dokumente verbündeter Staaten gaben den Feinden immer neuen Mut und ließen sie ausharren, bis das deutsche Heldenheer an der Heimat keine Stütze mehr besaß und unbesiegt den mörderischen Kampf gegen zehnfache Übermacht aufgeben mußte. Generalfeldmarschall von Hindenburg führte die Truppen geordnet in das völlig veränderte Vaterland zurück, für das Millionen der Besten Blut und Leben hingegeben hatten.

Prof. Dr. C. Heinke aber schrieb in der Hochgradschrift „Der unsichtbare Tempel" (1. Jhgg. Nr. 7, S. 301) als „Eine seelische Wertung des Weltkrieges: „Welch ein Glück für die deutsche Seele, daß ihr kein leichter Sieg zuteil wurde, daß der Krieg im Westen nicht zu einem raschen Ende führte, wie es in dem ersten Siegeslauf der ersten Wochen fast den Anschein hatte!" (Nach Hasselbacher im „Blitz" a. a. O.)

Deutschland lag zusammengebrochen am Boden. Wohl beseelte noch viele tapfere Männer der gleiche Gemeinnutz, derselbe deutsche Sozialismus, der sie einst zum Kampfe gegen den Feind ausziehen ließ. Sie sahen sich aber gezwungen, ihn zunächst zutiefst in ihren wunden Herzen zu verbergen, denn seit dem Tage der Revolution, dem unseligen 9. November 1918, führte der Eigennutz seine grauenvolle Herrschaft.

Freimaurer und Juden waren stolz, daß sie seitdem ungehindert ihre grauenvollen Pläne verwirklichen konnten und sich ihnen kein Widerstand entgegenstellte. Immer deutlicher traten die Folgen ihres verbrecherischen Wirkens in Erscheinung, und gelegentlich verrieten sie selbst, welches die großen Etappen ihrer Totengräberarbeit waren: „. . . wir wollen des Tages gedenken, an dem wir alle gemeinsam vor zwölfeinhalb Jahren einen solchen Mahnruf erfuhren.

Ich meine den 9. September 1914. Welch ein Schauder packte uns damals an, als wir den Rückzügsbefehl empfingen. Aber man kann sagen, daß wir damals die volle Bedeutung jenes Ereignisses gar nicht erfaßten, daß wir uns bis zum heutigen Tage von dem Sturze noch nicht erholt haben. Das beweist, daß bis in die letzten Tage hinein sich der Streit um die Ursachen jenes Ereignisses hinzieht. Warum kam es zu diesem Halt, zu diesem Zurück in unserer schier unaufhaltsamen Siegesbahn?

Ich brauche in diesem Kreise (der Freimaurer! d. Verf.) nicht darauf hinzuweisen, welche Leistungen hinter uns lagen. Vierundvierzig Jahre ununterbrochenen Aufstiegs, Wochen unerhörter Siege! — ...

Und dennoch kam es zu jenem unfaßbaren Halt und Zurück. Warum geschah das? ...

Langsam beginnen wir es heute zu ahnen, und leise Stimmen wagen es hie und da auszusprechen: Wir wurden gedemütigt, weil wir die Demut verlernt hatten ...

Wer diese Kelle (der Freimaurerei) fleißig gebraucht, sie in allen Lebenslagen griffbereit bei sich hat, der wird allmählich wieder dahin gelangen können, daß er aus innerster Überzeugung heraus ... wird ausrufen können: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!"

Ja, welch eine Wandlung durch Gottes Fügung (d. h. jüdisch-freimaurerischen Verrat! d. Verf.) war jener 9. September 1914! Eine Wandlung im äußeren Entwicklungswege unseres Vaterlandes. Die entsprechende innere Wandlung erleben wir in den heutigen Tagen (d. h. Anfang 1927!!) ... durch Leiden hinab zur Demut, hinauf zum Glauben!" (Quelle wie oben.)

Und diese ungeheuerlichen Sätze des Freimaurers Karl Siegfried, Potsdam, druckte die „Zirkelkorrespondenz", das amtliche Organ der nationalsten deutschen Großloge, der Großen Landesloge der Freimaurer in Deutschland, in ihrem Leitaufsatz „Stirb und Werde!" im März 1927 ab. Da erfahren wir, was Gott-Jehova heißt und wie seine „Fügung" zustande kommt. Brutalster Eigennutz, Weltherrschaftspläne des Judentums, Vernichtungswille und Handlangerdienst der internationalen Freimaurerei steckten dahinter, als das Deutsche Volk in den Weltkrieg gezogen und durch „Korrekturen" seines Verlaufes an das Schächtmesser des Juden geliefert wurde.

Der Eigennutz in Gestalt von Juden hatte den Zusammenbruch betrieben. Nun schickten sie ihre willigen Helfer vor, um feige aus sicherer Entfernung zuzusehen, wie die Verführten ihre giftigen Pfeile verschossen. Jene entfachten den Krieg und hetzten die Völker gegeneinander, um ihrem Ziele, der Weltherrschaft, näherzukommen oder es zu erreichen. Der Jude Walther Rathenau hatte die Wünsche seiner Rasse bereits zu Beginn des Weltkrieges bekanntgegeben. Es schien, als sollten nun die Pläne des Weltjudentums Wirklichkeit werden. Als Scheidemann von den Stufen des Reichstagsgebäudes am 9. November 1918 verkündete: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt", da drückte er damit nur aus: Der jüdisch-freimaurerische Eigennutz hat am heutigen Tage die absolute Herrschaft über Deutschland angetreten; die Weltgeschichte hatte ihren Sinn also behalten!

Die Herrschaft des jüdischen Eigennutzes

Für die überkommenen Verhältnisse bedeutete die Novemberrevolution einen völligen Umsturz. Sie war kein Wendepunkt, nur der Beginn eines immer rascheren Abgleitens in den tiefen Abgrund. Fremdrassige Elemente zwangen das betrogene deutsche Volk, zum letzten Schritt zu seinem Untergange anzusetzen.

Die Fürsten stürzten und mit ihnen der letzte Rest ihres Eigennutzes. Die Republik war ausgerufen, die Volksherrschaft verkündet worden. Der jüdische Eigennutz trat ausschließlich die Herrschaft an.

Jener Eigennutz, der nur eine Art menschliche Unzulänglichkeit im Hinblick auf den mitgesetzten Gemeinnutz darstellt, ließ seine Träger nicht aus ursächlich schlechten Motiven und schlechter Gesinnung ihre Vorteile wahrnehmen und sichern. In Zeiten der Gefahr von Volk und Vaterland verwehte er wie lose Spreu im Winde, weil er eben nur ein Produkt menschlicher Schwäche, nicht aber eine rassische Eigenschaft war. Wohl vermochte er den triebhaften Gemeinnutz auf Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte hinaus zu überdecken und zurückdrängen, doch ihn unwiderbringlich zu vernichten, konnte ihm nie gelingen.

Anders aber verhält es sich mit dem Eigennutz jüdischen Gepräges. Er stellt durchaus nicht ein Produkt vergänglicher Unzulänglichkeit dar, er bildet vielmehr einen festen, unverlierbaren Bestandteil der Erbmasse des minderwertigsten Teiles der semitischen Rasse und äußert sich in einem sicheren Instinkt für Gewinn- und Betrugsmöglichkeit. Selbst furchtbarste Not vermag diese niedere Triebkraft jüdischen Denkens und Handelns nicht zu bannen. Im Gegenteil! Gerade aus tiefstem Unglück und größtem Elend saugt sie neue Kraft und findet neue Wege, die Gastvölker zugrundezurichten. Diesen satanischen Eigennutz tragen alle Juden als angeborenes Erbteil in sich, und nur für sie, nicht aber für die gemeinnutztragenden Arier, besitzt das folgende Wort seine volle Bedeutung: „Das Denken und Trachten des Menschen ist böse von Jugend an".

Zersetzung und Vernichtung waren von jeher die typischen Lebensäußerungen dieses fremdrassigen Elementes, das sich zur Geißel der Völker machte. Wenn auch gelegentlich hier und da einige seiner Angehörigen anscheinend gemeinnützig handelten und durch Gaben und

Spenden die Not der vorher Ausgebeuteten und Armen zu lindern versuchten, so lag doch allen diesen Maßnahmen nur eine bestimmte Absicht, ein bewußter Zweck zugrunde: das wahre Gesicht des Judentums zu verbergen, die verbrecherische Betätigung zu vertuschen, zu verschleiern und von ihr abzulenken.

Als erstes blindes Werkzeug dieses fremdrassigen Eigennutzes traten sofort nach dem Zusammenbruch überall die Arbeiter- und Soldatenräte in Erscheinung, die trotz ihrer völligen Unfähigkeit glaubten, die Geschicke der deutschen Gemeinden leiten zu können. Sie handelten nur nach gegebenen Befehlen, und ihre Tätigkeit stellte weiter nichts als eine einzige lange Reihe von Handlangerdiensten für die Juden: Landes- und Volksverrat, dar. Viele erfaßte dumpfe Bedrückung. Sie wollten ändern, aber sie konnten und durften es nicht, weil ja ein fremder Wille regierte. Die große Masse jedoch erkannte in ihrer Uneinigkeit und Parteizersplitterung die furchtbare Gefahr nicht. Der Klassenkampf tobte, den die Nutznießer entfacht hatten. Arbeiter standen gegen Unternehmer, Bauern gegen Städter, Arbeiter der Stirn gegen die der Faust und wiederum umgekehrt. Die Parteien kämpften einen widerlichen Kampf und scheuten in ihrem blinden Haß weder vor Gemeinheit noch vor Landesverrat und Mord zurück. So mußte der Zeitpunkt immer näher rücken, wo sich die meisten daran gewöhnt hatten, selbst alles Entehrende als Selbstverständlichkeit hinzunehmen.

Als die Verbrecher am deutschen Volke den Widerstandswillen des größten Teiles der Bevölkerung nahezu gebrochen hatten, sich als Folge davon einer auf den anderen verließ, um gänzlich verlassen zu sein, da diktierten die „alliierten und assoziierten Hauptmächte" das schändlichste Machwerk jüdischen Eigennutzes: den Versailler „Friedensvertrag". Sein Zweck lag klar auf der Hand: Deutschland sollte vernichtet werden, um doch noch das eigentliche Weltkriegsziel zu erreichen.

Rathenau selbst umschrieb grauenhaft deutlich in seinem Buche „Kritik der dreifachen Revolution" (Juli 1919, S. 66 f.) die letzten Absichten Judas und ließ erkennen, welcher Weg unserem Volk zugedacht war:

„Prometheus Deutschland! Auch wenn du niemals wieder von deinem Felsen dich entkettest, wenn dein, dem Gotte verschuldetes Blut in Schmach und Schmerzen über die Erde strömt, leide, leide den

großen Segen, der den Wenigen, den Starken erteilt wird. Ringe nicht mehr um Glück, denn dir ist anderes beschieden. Nicht Rache, nicht Einrichtungen, nicht Macht und nicht Wohlstand kaufen dich los. Sei, was du warst, was du sein sollst, was zu sein du niemals vergessen durftest. Sei gehaßt, und hasse nicht, sei verhöhnt und verteidige dich nicht."

„Simson Deutschland. Dein Auge ist blind, deine Stirn ist kahl. Wende deinen Blick in dich, wende deine titanische Kraft gegen dich selbst. Du wirst die Säulen der Erde nicht zerbrechen, das Gericht ist nicht dein. Drehe die Mühle der Philister und singe das Lied Gottes". (Dir, dir Jehova, will ich singen; Tochter Zion freue dich.)

„Ahasver Deutschland! Du hast nicht Macht zu sterben. Deutsche Füße werden über die Erde ziehen und Heimat suchen. Du wirst ein bitteres Brot essen, und deine Heimat wird nicht deine Heimat sein. Von fremden Türen werden sie dich jagen wegen des Abglanzes in deinem müden Auge."

„O du Deutschland! Geliebt in deinem törichten Wahn, zehnfach geliebt in deinem gottvergessenen Irren und Laster, zehntausendfach geliebt in deinem Leiden, was weißt du von deinem Schicksal? Was weißt du davon, daß du um Geisteswillen da bist, um deines Geistes willen, den du nicht kennst, den du vergessen hast, den du verleugnest? Wehe dir! Um seinetwillen darfst du nicht sterben und nicht ruhen. Du bist verhaftet und verfallen, und wenn die Hände der Menschen dich loslassen, so fällst du in die Hände Gottes" (Jehovas!!).

„Ich habe immer in Deutschland nachdrücklich gesagt, daß die vornehmste Pflicht Deutschlans der Wiederaufbau ist, und zwar nicht nur der materielle, sondern auch der moralische. Daß es Deutschlands Pflicht sei, auch moralisch wiedergutzumachen, indem es ein neues Deutschland, ein demokratisches Deutschland, ein entschlossen pazifistisches Deutschland hin-

stellt! (Erklärung Rathenaus auf dem Internationalen Demokratischen Kongreß 1921 in Paris.)

Zunächst mußte darum unter feindlicher Kontrolle eine *militärische Abrüstung* durchgeführt werden, der die allgemeine Wehrpflicht, das deutsche Heer bis auf 100 000 Mann Berufssoldaten und Millionenwerte an Kriegs- und notwendigem Verteidigungsmaterial zum Opfer fielen. Hatten die Juden und ihre Knechte durch die Schilderhebung von Internationalismus, Pazifismus u. dgl. innerhalb kurzer Zeit die geistigen Voraussetzungen für einen Widerstand zerstört, so daß das Versailler Schanddiktat durch die Reichsregierung angenommen werden konnte, so nahm dieses dazu noch jede materielle Möglichkeit.

Diese aufgezwungene Wehrlosigkeit gab einerseits den ausländischen Staatsmännern erst den traurigen Mut, dem deutschen Volke seine unbefleckte Ehre zu rauben, ihre teuflischen Pläne zu verwirklichen, weitere Erpressungen zu ersinnen und in kalter Überlegung und Berechnung immer neue Adern des deutschen Volkskörpers zu öffnen, um ihn langsam aber sicher verbluten zu lassen; sie diente aber andererseits dem Judentum als Basis und Ausgangspunkt seines satanischen Eigennutzes, für dessen Befriedigung es immer neue Mittel und Wege fand. Je größer die Not, desto sicherer der Gewinn! Je verzweifelter die Lage der Bevölkerung in jeder Hinsicht, desto eher winkten Chaos und Zusammenbruch, die der Jude für die Aufrichtung seiner Herrschaft brauchte. Darauf waren alle Maßnahmen dieses fremdrassigen Elements abgestellt.

Nachdem die militärische Vernichtung vollzogen war und dieser Zustand durch die argwöhnische Überwachung gedingter Landes- und Hochverräter aufrecht erhalten wurde, führten in der Hauptsache zwei Wege zur ungehinderten Wahrnehmung eigennütziger Interessen und Ziele: Die moralische Abrüstung und Zersetzung des deutschen Volkes, besonders aber seiner Jugend, und die Zerstörung der wenn auch nur noch schwachen Reste einer ehemals festen Verwurzelung mit Blut und Boden, deren Erhaltung ja immerhin die Möglichkeit der neuerlichen Aufrichtung eines kraftvolleren Staats in sich barg.

Alles, was an die ruhmreiche deutsche Vergangenheit erinnerte, sollte daher möglichst ausgetilgt werden. Große Persönlichkeiten wurden verächtlich gemacht und in den Schmutz gezogen. Heldische Gesinnung und Vaterlandsliebe galten als überholt und veraltet. Die unserem Volke ureigenen Charakterwerte glaubte man, mit art-

fremdem Gift vernichten zu können. Schundliteratur überschwemmte den Büchermarkt. Theaterstücke und Kinofilme waren nach dem Endzweck abgestimmt. Negermusik eroberte im Fluge die Kaffeehäuser, Tanzsäle, Theater usw. und verbannte daraus die deutschen Tänze und Weisen. Überall, wo sich nur irgendwie eine schwache Stelle zeigte, wurde der Hebel zur Zerstörung angesetzt.

Besonders aber gegen die Jugend richtete sich das Zersetzungswerk. Wenn diese die altüberlieferten Werte und Maßstäbe aufgab und verlor, dafür aber jüdisch-marxistischen Irrlehren und Zielen nachlebte, sich Pazifismus, Internationalismus, Klassenkampf und Kommunismus einimpfen ließ und im Denken und Handeln verankerte, dann hatte der fremdvölkische Eigennutz sein Ziel erreicht. Um eben die verbrecherischen Pläne ungestört verwirklichen und ungehindert die Herrschaft an sich reißen zu können, mußte die deutsche Seele abgetötet werden.

Um dies zu erreichen, gab es noch eine andere Möglichkeit: Zugleich mit der moralisch-geistigen auch die physische Volkskraft zu schwächen und die zahlenmäßige Größe des Heldenvolkes, das erst im Weltkriege den besten Beweis dafür erbracht hatte, zu verringern. Aus diesen Gründen wurden auf Staatskosten Krankenhauspaläste gebaut und für die darin untergebrachten und liebevoll gepflegten Erbkranken und Minderwertigen ungeheuere Summen ausgegeben, während der gleiche Staat für die gesunden Menschen und ihren Nachwuchs nur einen winzigen Bruchteil jener Beträge übrig hatte und zur Verfügung stellte. Niemand hinderte jener starken Vermehrung und die Vererbung ihrer Leiden. Die Juden wünschten und förderten ja gerade diese Entwicklung, weil sie zur Sicherung und Fortsetzung ihrer Ausbeutung und künftigen Herrschaft eine solche Bevölkerung brauchten. Die erbtüchtigen, gesunden Familien aber hörten willig auf die verlockenden Predigten von den angeblichen persönlichen und materiellen Vorteilen und Annehmlichkeiten der Kinderlosigkeit. Das Ein- und Zweikindersystem hielt in Deutschland Einkehr und verursachte einen ungeheueren Rückgang der Geburtenzahl. Nur die Wenigsten machten sich Gedanken darüber, welche verheerenden und furchtbaren Folgen solche Zustände für den Bestand des deutschen Volkes zeitigen mußten. Die Juden aber freuten sich wiederum, weil ein nur geringer Nachwuchs an gesunden heldischen Menschen eine Schwächung des gegen sie gerichteten Widerstandes bedeutete.

In dieser Richtung wirkte sich auch die zunehmende Rassemischung aus, da immer häufiger höhergestellte Personen zumeist aus beruflichen und rein finanziellen Gründen Jüdinnen heirateten und in unverantwortlicher Weise dazu beitrugen, den Bestand und den Wert der nordischen Rasse zu mindern. Mit wohlüberlegter Planmäßigkeit und zäher Ausdauer fanden überall die Angriffe gegen die deutsche Seele statt, und es schien, als sollte ihnen Erfolg beschieden sein.

Dazu trat die immer raschere Auflösung des deutschen Volkes in Parteien, die weiter nichts als blinde Instrumente jüdischen Machtwillens und Eigennutzes darstellten. Ihre Mitglieder oder Wähler hatten nur persönliche Interessen und Vorteile im Auge, wie ja auch nur der auf ein einträgliches Amt rechnen konnte, der das Parteibuch in der Tasche trug.

Gegenseitige Aufhetzung und böswillige Verleumdungen, freche Lügen und große Versprechungen, die niemand zu halten gedachte, spielten in ihren widerlichen Kämpfen, in denen jedes Mittel erlaubt war, eine bedeutsame Rolle. Der innere Friede wich aus Deutschland, denn bald betrachtete einer den anderen als seinen persönlichen Feind. Und während sich das deutsche Volk selbst zerfleischte und namenloses Elend über sich brachte, während verführte Menschen gleichen Blutes alle ihre Aufmerksamkeit auf die eigene Vernichtung konzentrierten, fischten die Juden und ihre Helfer im Trüben und begingen am Gastgeber Betrug, Unterschlagung und Korruption.

Während die weitaus meisten Deutschen auf Grund ihrer Gedankenlosigkeit, Verführung und Verblendung dem jüdischen Eigennutz wertvollste Handlangerdienste leisteten und auf seine Pläne bereitwillig eingingen, holte das fremdrassige Element zum vernichtenden Schlage gegen das Bauerntum aus. In zielbewußter Absicht wurde der Bodenwert erhöht, so daß die Wirtschaft nicht mehr genug für die Bezahlung der Steuern, Zinsen usw. abwarf. Hinzu trat die von den Juden betriebene Lebensmittelspekulation, die den Bauern zwang, seine Feldfrüchte und übrigen Erzeugnisse weit unter dem Herstellungspreis loszuschlagen. Dadurch hielten Armut, Not und Verschuldung Einkehr, die zu der bewußten Lüge von der Unrentabilität des deutschen Bodens führten, um damit die sinnlose und verbrecherische Einfuhrpolitik zu rechtfertigen. Ein Großteil der Schuld an diesen Verhältnissen trug aber auch die städtische Bevölkerung, die auf Grund geringer Preisunterschiede und Unvernunft den ausländischen

Erzeugnissen den Vorzug gab und dem Bauer den Absatz seiner Produkte erschwerte und zuletzt sogar unmöglich machte.

Diese Entwicklung lag in der Absicht der jüdischen Geldgeber und ihres Eigennutzes. In keiner Weise konnte der deutsche Bauer seinen eingegangenen Verpflichtungen noch nachkommen. Die Schuldenlast drückte immer mehr und stieg weiter an. Schließlich klagte der Jude seine Forderungen ein. Unzählige Zwangsversteigerungen fanden statt, die oft alte Geschlechter ihrer angestammten Scholle entwürzelten, ihre rechtmäßigen Besitzer von Haus und Hof vertrieben, den Boden aber jüdischen Händen überantworteten, die ihn zu einer Handelsware herabwürdigten und zum Spekulationsobjekt machten.

Das gleiche Spiel traf die Handwerkerschaft. Die Massenfabrikation am laufenden Bande nahm vielen selbständigen Meistern die Absatz- und Verdienstmöglichkeit. Der Bauer konnte ja nicht mehr kaufen. Daher gerieten auch die Angehörigen jenes Standes in Armut und Verschuldung, letztlich sogar in völlige Arbeitslosigkeit. Auch hier trug die Lüge von der Unrentabilität des deutschen Handwerks katastrophale Folgen; sie diente jedoch dazu, die Einrichtung von Warenhäusern, deren billigen Preise nur auf Grund der rücksichtslosesten Ausbeutung der Industriearbeiterschaft möglich waren, als notwendig erscheinen zu lassen.

Die rasch voranschreitende Vernichtung des Bauern- und Handwerkerstandes wirkte sich in der gesamten Wirtschaft aus. Der Absatz der Industrie ging schnell zurück und dies führte wiederum zu Arbeiterentlassungen und weiterer Minderung der Kaufkraft des deutschen Volkes. Erhöhte Lohnforderungen fanden andererseits wieder in Preissteigerungen ihren Ausdruck, die erneut einen beträchtlichen Rückgang des Warenverkehrs und -umsatzes verschuldeten. Streiks und blutige Auseinandersetzungen der verhetzten Massen bildeten bald nichts Außergewöhnliches mehr. Sie schädigten aber in furchtbarer Weise die deutsche Wirtschaft, mit der es immer schneller abwärts ging. Aus finanziellem Egoismus stärksten Ausmaßes wurden häufig die Tore der Fabriken geschlossen, die Arbeiter entlassen oder ausgesperrt. So vergrößerte sich das Arbeitslosenheer stetig mehr und fiel dem Staate zur Last. Unzufriedenheit herrschte unter der Bevölkerung, die sich jeder Hoffnung beraubt sah. Der jüdische Eigennutz aber triumphierte, da er in schnellen Schritten seinem Ziele: Chaos und Herrschaft, näher kam.

Diesen Bestrebungen war der innere Bürgerkrieg sehr förderlich. Kommunistenaufstände flammten in Berlin, Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Baden usw. auf und wurden von Frontkämpfern und Reichswehr niedergeworfen. Der Kommunistenführer Max Hölz spielte dabei im mitteldeutschen Industriegebiet eine besonders verhängnisvolle Rolle. Eisenbahnzüge wurden zur Entgleisung gebracht, Brücken und Rathäuser gesprengt, Sparkassen und Banken geplündert. Seine Plakate verkündeten als Ziel: „Wir schlachten die Bourgeoisie ab ohne Unterschied des Alters und Geschlechts. Wir nehmen ihnen das geraubte Gut, das sie den Arbeitern durch Ausbeutung und Wucher genommen haben". Hier zeigte der Kommunismus sein wahres Gesicht. Es sollten Zustände wie im bolschewistischen Rußland geschaffen werden. Doch Heer und Polizei vermochten schließlich doch des Aufstands Herr zu werden. Auf der anderen Seite scheuten jüdische Minister, so z. B. der Finanzminister Simon, nicht davor zurück, ihre berufliche Stellung zum Frönen ihres brutalen Eigennutzes auszunutzen (Spekulation usw.).

Zur Erreichung des Zieles und der rücksichtslosen Wahrnehmung der Vorteile leistete das Weltjudentum seinen inländischen Angehörigen wertvolle Dienste, um gleichzeitig seinen Eigennutz zu befriedigen. Mit dem Versailler Schanddiktat begann die Aussaugung Deutschlands, um durch die Dawes- und Youngpläne in gemeinster Weise fortgesetzt zu werden. Ruhrbesetzung, Inflation, die vielen Auslandsanleihen zur Bezahlung der „Kriegsschulden", überhaupt die starke Verschuldung Deutschlands stellen weiter nichts als die einzelnen Marksteine auf dem Wege zum Staatsbankrott und dem völligen Zusammenbruche dar, den uns der jüdische Eigennutz zielbewußt führte.

Wenn auch dieser artfremde Eigennutz unter der Förderung und dem Schutze der Reichsregierung seine verderbliche Herrschaft immer absoluter aufrichtete, so konnte dadurch doch nicht der jederzeit opferbereite Gemeinnutz zum Schweigen oder Ersticken gebracht werden. Als die äußeren Feinde als Räuber über unser Vaterland herfielen und ihm wertvolle Grenzgebiete entreißen wollten, da bäumte er sich gegen zugefügte Schmach und Schande auf. Die heilige Flamme loderte mit ungebrochener Kraft und unverminderter Glut in den Herzen vieler tapferer Männer wieder empor, die zumeist schon im Weltkriege in seinem Zeichen die mörderischsten Schlachten überstanden hatten. Sie scharten sich freiwillig um die alte Fahne, um

erneut für Ehre und Freiheit zu kämpfen, zu siegen oder zu sterben, niemals aber aus eigenem Antrieb zu weichen und zu kapitulieren.

Gleich nach dem Waffenstillstand gebot die aus Freiwilligen bestehende „Eiserne Division" der „Roten Armee" wenige Kilometer vor Memel Halt und rettete dadurch Ostpreußen vor den Bringern der kommunistischen Weltrevolution.

Die gleichen Kämpfer fanden sich im Baltischen Freikorps wieder, das Mitau und Riga zurückeroberte und ebenso Lettland von den Bolschewisten säuberte. Als nach dem vollen Erfolg die Alliierten die Zurückziehung dieses Freiwilligenheeres verlangten und der befreite Staat sein Versprechen auf Siedlungsland vergaß, suchten die „Baltikumer" ihr Recht zu erzwingen. Ihr Unternehmen schlug fehl, denn England unterstützte die Letten in jeder Hinsicht, und die Reichsregierung übte Verrat an denen (November 1919), die von Deutschland die bolschewistische Gefahr gebannt hatten.

Gemeinnutz bis in den letzten Gedanken ließ die vielen Getreuen dem Aufrufe Hindenburgs Folge leisten und unter seiner Führung den „Grenzschutz Ost" zusammenstellen. Er sollte die polnischen Raubgelüste, die sich auf Oberschlesien usw. richteten, zähmen. Doch Deutschlands Feinde banden ihm die Hände, da sie als Bedingung für die dritte Waffenstillstandsverlängerung die Beendigung der „Offensive gegen die Polen" verlangten.

Als nach dem deutschen Abstimmungssieg in Oberschlesien (20. 3. 21) der dritte Aufstand der Polen ausbrach (3. 5.) und diese zum Teil unter französischer Führung und Unterstützung Oberschlesien besetzten und bis zur Oder vordrangen, versammelten sich die gleichen bewährten Freiheitskämpfer der Nachkriegszeit ungerufen im Abstimmungsgebiet, bildeten da den deutschen Selbstschutz und traten zusammen mit dem bayrischen „Bund Oberland", der allerdings schon in Sachsen auf Befehl dessen roter Regierung angehalten und entwaffnet worden war, und einer „Wandervogelhundertschaft" den Polen entgegen. Trotz ungenügender und schlechter Bewaffnung besetzten diese Freiwilligen den von den Feinden stark befestigten Annaberg (21. 3. 21). Ihr heldenmütiges Ringen schilderte F. W. von Oertzen („Das ist Polen"): „Zahlenmäßig ist der Feind weit überlegen. Seine Bewaffnung ist um ein Mehrfaches besser als die des Angreifers, und zudem befindet er sich in einer taktisch ausgezeichneten Stellung mit dem Hauptstützpunkt des beherrschenden Annabergs . . .

Im heftigsten Feuer gehen die Deutschen vor. Ihre eigene Feuerwirkung ist nur gering, denn es gibt Formationen, in denen in jeder Gruppe höchstens vier oder sechs Gewehre vorhanden sind. Aber diese Gewehre werden heiß vom Feuern. Bricht der Träger, von einer polnischen Kugel getroffen, zusammen, so greift sein Nebenmann nach der unersetzlichen Waffe und feuert weiter.

So schieben sie sich langsam an die polnischen Stellungen heran, bis es möglich ist, an einzelnen vorspringenden Teilen der polnischen Position zum Sturmangriff überzugehen. In diesem Augenblick kommen auch die Fäuste voll zur Geltung, die nur mit Knüppeln oder Messern bewehrt sind. Es ist bei diesen ersten Sturmangriffen der Schlacht um den Annaberg beinahe das Wesentlichste, möglichst viele Feinde tot oder lebend in die Hand zu bekommen, um ihre Waffen zum weiteren Vordringen gebrauchen zu können. Von Stunde zu Stunde wird so unter blutigen Verlusten die Bewaffnung des deutschen Selbstschutzes besser. Schon verfügen die Freiwilligen des Freikorps Oberland, die an vorderster Stelle der Stürmenden vorgehen, fast alle über Gewehre, und sogar eine Anzahl von Maschinengewehren wird erbeutet . . .

In erbittertem und zähem Kampf Mann gegen Mann müssen die Polen aus jeder einzelnen Stellung herausgeworfen werden. Da wird nicht viel Pardon gegeben. Hier geht es um das Schicksal eines Landes.

Die Entscheidung fällt erst, als es gelingt, einen Teil der polnischen Artillerie zu nehmen, die Geschütze umzudrehen und nunmehr die Teile der polnischen Stellung, die noch gehalten werden, unter Flankenfeuer zu nehmen. Da ist kein Halten mehr. — Der Sieg ist nicht leicht errungen. Mehr als dreihundert Tote auf deutscher Seite sind zu beklagen".

Diesen aus dem Gemeinnutz erwachsenen Taten standen die Gedanken und Pläne des volksverräterischen Eigennutzes gegenüber. Juden forderten im Berliner Tageblatt die Auflösung der deutschen „Banden" als eine „im vaterländischen Interesse dringende Aufgabe". Die Reichsregierung beeilte sich auch daraufhin, Oberschlesien durch Polizei absperren zu lassen und Strafen anzudrohen, um weitere Freiwillige vom Kampfe um uralten deutschen Boden fernzuhalten.

Dann gab die Ruhrbesetzung den ehemaligen Freikorpskämpfern aus dem Baltikum und Oberschlesien neue Veranlassung, ihrem Vaterlande zu dienen. Als die Franzosen und Belgier als Antwort

auf den passiven Widerstand Gruben und Banken besetzten, Lohngelder, Schiffe und Kohlenzüge beschlagnahmten, Beamten auswiesen oder gefangensetzten usw., da sollte ihnen die Freude am Aufenthalt in deutschem Lande gründlich verdorben werden. Schlageter und seine Gruppe gingen ans Werk, sprengten Brücken und Eisenbahnen und fügten dem Feinde, wo es nur irgend möglich war, Schaden zu, um den frechen Raub deutscher Bodenschätze und Güter zu verhindern.

„Durch die stockdunkle Nacht schleicht sich eine kleine Kolonne von Mühlheim her querfeldein. Über Sturzacker und Graben schiebt sie sich langsam an die Eisenbahnlinie Duisburg—Düsseldorf heran. Schlageter mit seinen Leuten. Nach Norden ist der Himmel hell von dem dunstigen Licht, das von den Städten aufsteigt. Dort hat Schlageter in den letzten Tagen beobachtet. Ohne Unterbrechung verließen lange Kohlenzüge die Güterbahnhöfe in Richtung Düsseldorf. Für Frankreich bestimmte Kohlen. Gestohlenes Gut, das man den deutschen Arbeitern, die diese Kohlen gebrochen und aus der Erde befördert hatten, fortnahm. Vielleicht ließen sich diese Transporte unterbrechen oder wenigstens erschweren. Die Leute Schlageters patroullierten die Bahnstrecke ab und fanden eine geeignete Stelle zur Sprengung unweit des Bahnhofs Calcum. Heute muß die Strecke unterbrochen werden, denn morgen wird neues Militär anrücken, um den Abtransport des Raubes nach Frankreich zu sichern. . .

Schritt für Schritt kroch Schlageter vorwärts. Schon war man am Bahndamm, als plötzlich Scheinwerferlicht die Strecke taghell erleuchtete. Dicht an den Boden gepreßt, mußte man ausharren, bis der Scheinwerfer seinen weißen Kegel weiterlegte.

Schlageter erreichte die Schienen. Eine Brücke führte über einen sumpfigen Bach. An die starken Träger ist schwer heranzukommen. König und Federer wuchten zwei Bohlen aus. Schlageter bringt in der Lücke die Sprengladung an. Die Arbeit geht still, lautlos vor sich, nur die notwendigen Bemerkungen fallen im Flüsterton: „Alles klar? Zündschnur fertig? Achtung!" Eine glühende Zigarette wird an das quergeschnittene Ende der Zündschnur gehalten. Kleine Funken und weißer Rauch stieben auf. ‚Bohlen zu! Fort! In Gruppen zu zweien querfeldein! Treffpunkt morgen früh Essen!"

Nach verschiedenen Richtungen jagen die Gruppen davon. Schwer hängt sich der Lehmboden an ihre Füße. Keuchend entfernen sie sich weiter und weiter von der Brücke. Da! Ein ohrenbetäubender Knall!

Eine zweite Detonation kurz darauf. Starker Luftdruck wirft sie nach vorn. Der Erdboden zittert. Die Luft dröhnt.

Schlageters ernstes Gesicht hellt sich ein wenig auf. Die Tat ist geglückt. Hier werden keine Züge deutsche Kohlen nach Frankreich bringen. Man wird merken, daß Männer am Werk sind . . ." (Rolf Brandt: Albert Leo Schlageter).

Ein Spitzel verriet Leo Schlageter. Er wurde gefangen genommen und „wegen Spionage und Sabotage" von einem französischen Kriegsgericht auf deutschem Boden zum Tode verurteilt. Seinem Gemeinnutz bezahlte er mit dem Leben (26. 5. 23!). Er starb, wie er stritt: Aufrecht und fest, als Märtyrer und Mahner zugleich, seinem Beispiel zu folgen, damit Deutschland den Weg aus Schmach und Nacht wieder finde.

Mit ihm fand die Freikorpsbewegung ihr Ende. Die Zeit war vorbei, wo kleine Gruppen gemeinnütziger Menschen erfolgreich gegen den jüdischen Eigennutz und seine Auswirkungen anzukämpfen vermochten. Diese gewaltige Aufgabe konnte nur eine Massenbewegung lösen. Sie war bereits geschaffen und im steten Wachsen begriffen. In ihr sammelten sich schließlich alle kämpferischen, deutschbewußten, arisch-gemeinnützig wirkenden Kräfte, um einer neuen Weltanschauung und neuen Grundsätzen des Denkens und Handelns zum Siege zu verhelfen.

Vierzehn Jahre lang dauerte das erbitterte Ringen zwischen dem nationalsozialistischen Gemeinnutz und dem jüdisch-marxistischen Eigennutz. Im November 1923 erweckte es zwar den Anschein, als würde dieser bedingungslos siegen, da das Aufbegehren gegen die bestehenden Verhältnisse an schuftiger Gesinnung und Freimaurerverrat scheiterte. Doch nach der Haftentlassung des Führers setzte der Kampf zielbewußter denn je ein. Die Bewegung wuchs langsam aber beständig. Die Juden, ihre Knechte und Instrumente aber ließen sich dadurch in keiner Weise stören, nur ihre Vorteile wahrzunehmen und das deutsche Volk auszubeuten. Sie konnten ja ungehindert ihr Zersetzungs- und Vernichtungswerk betreiben, weil eben bittere Not und Inflation, Enttäuschung und Gedankenlosigkeit seinen größten Teil gleichgültig gemacht und abgestumpft hatten. Die militärische, geistige und moralische Abrüstung versetzte es in einen Schlafzustand, den der Jude für die Verwirklichung seiner Pläne und Ziele wünschte und brauchte, ihn weidlich und verbrecherisch ausnutzte, zumal die fremdrassigen Mit-

glieder der Reichsregierung ängstlich den eingetretenen Schlummerzustand hüteten und bereitwillig duldeten. So schwankten Reich und Volk während der Zeit der absoluten Herrschaft des Eigennutzes immer schneller und matter dem Grabe entgegen, das ein fremdrassiger Machtwille und zielbewußte Ausbeutung gegraben hatten.

Sieg und Triumpf
Der arische Gemeinnutz bricht Ketten

Obwohl die Juden und ihre Knechte vorausgesetzt und geglaubt hatten, jeden Widerstand, der sich ihrem satanischen Eigennutz entgegenstellen würde, leicht und schnell vernichten zu können, so bereitete ihnen der Nationalsozialismus eine gewaltige Enttäuschung, denn es gelang ihnen trotz aller Verbote, Schikanen und Gemeinheiten nicht, ihn wieder auszutilgen. Sie mußten zusehen, wie ihr unversöhnlicher und zähester Gegner allmählich erstarkte und die Anzahl seiner Träger wuchs, bis der Gemeinnutz durch die Machtübernahme am 30. Januar 1933 auf dem Schild erhoben wurde. Nach opferreichem, hartem Ringen war endlich der Sieg errungen.

Ein merkwürdiger Zustand voll ungeheuerer Spannung und Gegensätzlichkeit herrschte in diesem Augenblick. Der jüdische Eigennutz führte noch immer Volk und Reich dem Abgrund entgegen und holte gerade jetzt zum entscheidenden und vernichtenden Schlage gegen beide aus, und doch hielt schon der arische Gemeinnutz als Retter die Macht in Händen. Im Laufe der Systemzeit hatte er genug Beweise geliefert, wozu er seine Träger begeisterte und befähigte. SA- und SS-Männer führten den erbitterten Kampf gegen die vielfache Übermacht der bolschewistischen Elemente, die mit Terror und Mord Hitlers Bewegung zum Stehen und seine urtümliche Weltanschauung zu Falle bringen wollten. Die erste Saalschlacht entschied eine kleine Schar gegen eine mit pazifistischer Feigheit begnadete Übermacht. Im August 1922 spürten die roten republikanischen Schutzbündler, daß ihnen die Straße nicht allein gehörte. Als sie „. . . gegen anmarschierende Kolonnen mit Terror vorzugehen versuchten, wurden sie binnen wenigen Minuten von SA-Hundertschaften mit blutigen Schädeln auseinandergetrieben" (Mein Kampf). Wenige Monate später erlebte Koburg seine Befreiung von der Kommunistenherrschaft (Oktober 1922). Am 9. November 1923 bezahlten sechzehn der getreuesten vor der Feldherrnhalle in München ihre gemeinnützige Gesinnung mit dem Leben. Sie starben für den Sieg des arischen Menschen, der allein einen hochentwickelten Staat sinnvoll zu verwalten und seine Glieder höchste Leistungen vollbringen zu lassen vermag. Adolf Hitler und viele seiner Mit-

kämpfer nahmen um der Idee willen Festungshaft auf sich, weil sie dem Niederbruch von Volk und Vaterland tatbereit begegnen wollten.

Das aus dem Gemeinnutz geborene nordische „Nun erst recht", das Ausdauer und unbeugsamen Willen, entschlossene Tat und festen Mut verleiht, ließ dem Führer die Partei aufs neue gründen (Februar 1925) und Parteitage abhalten, deren wachsende Teilnehmerzahl das zunehmende Erwachen Deutschlands bewies.

Horst Wessel sank ins Grab, weil durch sein unermüdliches Wirken die marxistischen Hochburgen des Berliner Ostens wankten. Dann aber brachten die Wahlen die ersten Siege politischer Art. Sprunghaft vergrößerten sich die Zahlen der Wähler-Stimmen und der Abgeordneten in den Reichs- und Landtagen, die die erfolgreiche Zurückdrängung des jüdischen Eigennutzes verrieten. Mochte auch Brüning die SA und SS verbieten, den Kämpfern ihre Uniformen nehmen, der Gemeinnutz saß tief und unverlierbar in den Herzen und war immun gegen politische Gewalt.

Nach langer Frist der Bewährung, die oft genug harte Prüfungen auferlegte, nachdem Hunderte als Blutzeugen des Nationalsozialismus ihr Leben hingegeben hatten, stieg leuchtend hell der Schicksalstag des deutschen Volkes herauf. Er bedeutete einen Wendepunkt von so umfassender und gewaltiger Bedeutung, wie es noch keinen in der mehrtausendjährigen deutschen Geschichte gegeben hat. Stellten die Jahrhunderte nach dem Dreißigjährigen Kriege, besonders aber das 19. mit seinem steigenden Kapitalismus und Großunternehmertum und die Jahre nach dem unheilvollen Weltkrieg die Blütezeiten des Eigennutzes dar, so war das alles nun mit einem Schlage vorbei, wurde es zusehends mehr weggewischt und ausgetilgt. *Wie der Schnitt eines scharfen Messers trennt der 30. Januar 1933 zwei in ihrem Wesen grundverschiedene Zeitepochen, deren Triebkräfte an sich einen ewigen Kampf gegeneinander führen und ewig unversöhnlich sind.*

Adolf Hitler verhalf unserem arteigenen, dem arischen Gemeinnutz zum Siege. Mit gesetzlichen Mitteln begann nunmehr der Kampf gegen das Judentum, das so lange das deutsche Volk geschädigt hatte. Aus nahezu allen Berufen und einflußreichen Stellen mußte das fremdrassige Element weichen und konnte nicht mehr ungehindert seinem verbrecherischen Eigennutze frönen. Dieser schwand allmählich dahin,

obwohl ihn die Presse des Weltjudentums mittels Greuelmärchen zu retten versuchte. Für ihn war der Kampf endgültig verloren. Der Führer hatte es verstanden, dem persönlichen und politischen Eigennutz den Wurzelboden wegzugraben, und so mußten seine viel mißbrauchten Kräfte und Instrumente in sich zusammensinken, wertlos und überflüssig werden. Fremdblütige Basis und ein geeignetes Betätigungsfeld gab es nicht mehr. Darum lösten sich die Parteien nacheinander auf, soweit ihnen nicht ein Verbot ein früheres Ende bereitete. Die Freimaurerei als jüdische Dienerin wurde verboten. Als schließlich ein Gesetz den Versuch zur Bildung einer neuen Partei als Landes- und Hochvorrat unter schwere Strafe stellte, bedeutete diese Maßnahme einzig und allein die gesetzmäßige Verankerung und Befestigung des Gemeinnutzes über den jüdisch-politischen Eigennutz.

Gleichzeitig mit dem Kampf gegen diese artfremde Triebfeder des Denkens und Handelns setzte das Ringen mit dem persönlichen Eigennutz jedes einzelnen Deutschen ein. Auch hier wirkte der totale Umbruch der Zeit gewaltige Wunder. In schweren inneren Kämpfen zersprangen die harten Krusten und räumten dem erbgutlichen Gemeinnutz den ihm gebührenden Platz im Herzen ein, so daß er tiefe Wurzeln schlagen und schon bald schöne Früchte tragen konnte. Nichts beweist wohl besser den großartigen Erfolg, als die jährlich steigenden Spenden für das Winterhilfswerk. Wenn diese wachsenden Summen zum Teil auch die sinkende Arbeitslosigkeit zum Ausdruck bringen, so stellen sie doch das sicherste und deutlichste Erkennungszeichen für den zunehmenden im Gemeinnutz wurzelnden Opfersinn der deutschen Bevölkerung dar.

Als unser Führer und Kanzler Adolf Hitler, in dessen Persönlichkeit der reine arische Gemeinnutz seine beste Verkörperung gefunden hat, die Macht antrat, schuf er sich mit zielbewußter Sicherheit und beispielloser Energie und Schnelligkeit freie Bahn für sein gewaltiges Werk. Sein untrüglicher Instinkt wies ihm dabei Richtung und Weg und verlieh ihm die Befähigung, im rechten Augenblick den richtigen Entschluß zu fassen oder bedeutsame Anordnungen zu treffen. Wohin man auch immer blicken mag, überall verrät das Neugeschaffene den heißen Herzschlag seines gemeinnützigen Denkens und Handelns für Volk und Vaterland, durchpulst ein neuer Geist die Bevölke-

rung, der freudige Hoffnung und Zuversicht stark erhält und nie vergehen lassen wird.

Der Aufrichtung aus abgründiger Tiefe, der Erhaltung und Sicherung von Volk und Staat für ewige Zeiten galt des Führers ganze Sorge vom ersten Tage seiner Machtergreifung an. Die überkommenen Verhältnisse waren unrettbar verdorben und vermorscht und wurden schnellstens über Bord geworfen. Eine schmerzhafte aber um so heilsamere Operation bedeutete diese notwendige Tat. So trat das völlig Neue, Arteigne, das allein Deutschland die Rettung in letzter Stunde bringen konnte, seine Herrschaft an und machte seine Rechte auf allen Gebieten des menschlichen Lebens geltend. Der deutsche Sozialismus oder rassegebundene, bedingungslose Gemeinnutz eroberte sich im Sturm die Herzen, setzte sich darin fest und zeugte wunderbare Taten.

Eine große Anzahl grundlegende und richtunggebende Gesetze, wertvolle Einrichtungen und gewaltige Bauwerke entstanden bereits in der kurzen Zeit von Hitlers Kanzler- und Führerschaft, die alle beredtes Zeugnis für seinen idealen Gemeinnutz ablegen. Das Sterilisationsgesetz mitsamt den Nürnberger Judengesetzen, das Reichserbhofgesetz und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht machten wiederum Blut und Boden und ehrenrechtliche Verteidigungspflicht zu den stärksten Stützen von Volk und Staat, stellten die germanischen Lebensgrundlagen, den unerschöpflichen Wurzel- und Nährboden heldischer Odalsgesinnung, Ehre und Treue, wieder her.

Das Ermächtigungsgesetz, das Reichsstatthaltergesetz, die Gesetze zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, über den preußischen Staatsrat, gegen die Neubildung von Parteien, zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, über das Staatsoberhaupt und den Neuaufbau des Deutschen Reiches, die Reichs- und Nationalflagge und die Reichsbürgerschaft beseitigten das Vielerlei innerhalb unseres gemeinsamen Vaterlandes und gründeten den Einheitsstaat mit einer blutmäßig einheitlichen Bevölkerung.

Bauern und Handwerker erhielten ihre Bedeutung und Ehre zurück und wurden im Reichsnährstand und Reichshandwerkerstand zusammengeschlossen. Höchst- und Qualitätsleistungen verlangt das deutsche Volk von ihnen, die einmal durch die Erzeugungsschlacht, andererseits durch Wertarbeit erreicht werden sollen. Darüber wachen besonders die sozialen Ehrengerichte des deutschen Handwerks, die jeden Schädling der Volksgemeinschaft zur Verantwortung ziehen,

und der Befähigungsnachweis, der nur Meistern gestattet, Unternehmer eines selbständigen Betriebs zu sein.

Auch der deutsche Arbeiter bekam die Segnungen des nationalsozialistischen Gemeinnutzes zu spüren. Arbeit ist nicht mehr eine schändende Angelegenheit, sondern sie adelt, wenn sie im Dienste des Volksganzen steht. Mit allen verfügbaren Mitteln wurde die furchtbare Geißel Arbeitslosigkeit bekämpft. Ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm brachte wieder Millionen wertvoller Kräfte in Arbeit und Brot, so daß Deutschland schon nach 6 Jahren nationalsozialistischer Regierung nicht genug eigene Arbeitskräfte besitzt und sie aus dem befreundeten Ausland holen muß, um nur alle gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Jene sind nicht mehr Ausbeutungsobjekt eines rücksichtslosen Eigennutzes, sondern das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" beseitigt restlos dessen letzte Spuren, wenn § 1 bestimmt: „Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat". Jedem einzelnen Arbeiter wurde durch die Errichtung des Amtes „Kraft durch Freude" die Möglichkeit gegeben, auf billigen Reisen das eigene Vaterland, die See und sogar ferne Länder kennenzulernen. Andererseits sorgten das Reichskulturkammergesetz, das Schriftleitergesetz usw. für die Wahrung der geistigen Interessen des gesamten deutschen Volkes.

Trotz vorausgegangener Ausbeutung, Not und Verarmung entstanden großartige Bauten: das Haus der Erziehung in Bayreuth, die Kongreßhalle in Nürnberg, das Parteigebäude in München, die Deutschlandhalle, das Luftfahrtministerium und das deutsche Sportfeld in Berlin, das Wintersportstadion in Garmisch-Partenkirchen, das das größte der Welt darstellt, wurden gewaltige Vorhaben in Angriff genommen: Die Reichsautobahnen, die bauliche Umgestaltung Berlins, Hamburgs, Weimars und anderer Städte, die Errichtung der Hermann-Göring-Werke, des Volkswagenwerkes u. v. a. m., die nirgends ihresgleichen haben. Sie alle kommen dem ganzen Volke zugute und legen beredtes Zeugnis ab von deutschem Fleiß, unbeugsamer, zäher Energie und einem unbändigen Aufbauwillen der nationalsozialistischen Regierung.

Durch innere Kolonisation und Landgewinnung an den Küsten der Nord- und Ostsee wird das Siedlungsland unablässig vermehrt.

Hier ist besonders der Arbeitsdienst eingesetzt, der bereits Hervorragendes zur Sicherung der Ernährung und damit des Lebens unseres Volkes geleistet und vollbracht hat.

Eine gesunde Bevölkerungspolitik hat die schädlichste Frucht des persönlichen Eigennutzes, das Ein- oder Zweikindersystem, rasch verschwinden lassen. Ehestandsdarlehen ermöglichen und fördern die Eheschließungen erbtüchtiger Personen, und kinderreiche Familien erhalten bereits die verschiedensten finanziellen Vergünstigungen. Gerade auf diesem Gebiete wirkte sich der Eigennutz in katastrophaler Weise aus, denn er führte unser Volk langsam dem sicheren Untergange entgegen. Niemals zeigte sich deutlicher als gerade jetzt in unserer Zeit, welche Folgen die Herrschaft der einen oder der anderen Triebkraft mit sich brachte. Solange die Menschen ihr Ich in den Mittelpunkt und allein dessen zeitliches Wohl über alles stellten, gingen ganze Völker mehr oder weniger rasch zugrunde, verschwanden sie unauffällig von der Bühne des Lebens, wie die Geschichte genugsam beweist. Völkischer Gemeinnutz aber ließ sie wachsen, größer und bedeutender werden, schließlich Weltgeltung und Herrschaft erlangen.

Eine besondere Bedeutung kommt in dieser Hinsicht der NS-Volkswohlfahrt zu, weil sie die bedürftigen, rassisch hochwertigen Volksgenossen betreut. Das Hilfswerk „Mutter und Kind" ermöglicht vielen erbgesunden Müttern einen mehrwöchigen Erholungsaufenthalt in eigens dafür geschaffenen Heimen, denn sie sollen neue Kräfte für den Kampf ums tägliche Leben und für die Zukunft ihres Volkes sammeln. Darum werden auch die erbtüchtigen, ebenfalls erholungsbedürftigen Kinder aufs Land oder in Heime verschickt, und das Landjahr der deutschen Jugend trägt u. a. sehr zu ihrer Gesundung und Gesunderhaltung bei. Mütterschulungskurse der NS-Frauenschaft tragen außerdem zu ihrem Teile zum Gelingen dieses großen Werkes bei.

Das Gewaltigste und Wundervollste aber, was je arischer Gemeinnutz erschuf, stellt das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes dar, das in der Welt nicht seinesgleichen hat. „Wir wollen die lebendige nationale Solidarität des deutschen Volkes aufbauen", verkündete der Führer, als er diese großartige Einrichtung zum Kampfe gegen Hunger und Kälte ins Leben rief. Kleider-, Pfund-, Straßen- und Haussammlungen, dazu die Spenden der Industrie, der Beamten-, Arbeiter- und Bauernschaft usw. erbrachten Milliardenwerte an Lebens-

mitteln, Kleidungsstücken, Heizmaterial, Bargeld u. a. m., die restlos den armen und notleidenden Volksgenossen zugewiesen wurden.

Von Jahr zu Jahr stiegen diese Summen höher an. Diese Tatsache bedeutet aber nicht allein ein Zeichen des wachsenden Reichtums der Nation, sondern sie bezeugt darüber hinaus, daß der Eigennutz in zunehmendem Maße dem auf Volk und Vaterland bezogenen Gemeinnutz gewichen ist und noch weiterhin erfreulich weicht. Adolf Hitler schweißte sein deutsches Volk in bitterer Not und höchster Gefahr zu einer kampfentschlossenen Einheit zusammen. Es fühlt sich jetzt eins, wieder stark und hält in tätiger Gemeinschaft fest zusammen, die der aus dem Gemeinnutz geborene Opfersinn und Opfergeist jedes einzelnen Volksgenossen beseelt. Weil sich ein rascher Gesinnungswandel innerhalb der Gesamtheit vollzog, mußte das Werk des Führers gelingen: Selbst der Ärmste brachte noch sein Opfer.

Doch gesicherter Frieden, Aufbau und Aufstieg im Inneren können nur dann von langer Dauer sein, wenn eine starke Wehr die Grenzen schützt und böswillige Feinde hindert, noch länger Sklavenketten zu schmieden und Fesseln zu erhalten. Darum schuf unser Führer eine neue, die stärkste Wehrmacht der Welt, führte er die allgemeine Wehrpflicht wieder ein, besetzte er die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes wieder, befestigte er die deutschen Küsten und besonders die Westgrenze, so daß sie unüberwindliche Bollwerke bilden, nahm er die Oberhoheit über die deutschen Flüsse, Eisenbahnen und Banken zurück, knüpfte er engste Freundschaftsbande zu Italien und anderen Antikominternmächten an, beseitigte er die Unruheherde Europas, indem er die Ostmark, das Sudetenland und das Memelgebiet ins Reich heimholte, ihm Böhmen und Mähren als Protektorat angliederte und die Slowakei unter seinen Schutz nahm, kurzum: Er zerriß die Schandverträge von Versailles und St. Germain, die für ewig Deutsche von Deutschen trennen, das Reich bedeutungslos und schwach, unser Volk aber in Sklavenketten erhalten sollten. Unsere Heimat ist wieder unsere Heimat geworden, seit den Juden alle Lebens- und Ausbeutungsgrundlagen entzogen worden sind. Rathenaus grauenhafte Prophezeiung, die dem Deutschen Volke gelten sollte, ist auf Juda selbst zurückgefallen und in Erfüllung gegangen.

„Gemeinnutz vor Eigennutz" verlangt der 24. Punkt des Programms der NSDAP., um „den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns zu bekämpfen, weil eine dauernde Genesung nur von innen heraus auf dieser Grundlage erfolgen kann". Diese Forderung

ist bereits in schönster Weise Wirklichkeit geworden. Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Im Zeichen des Gemeinnutzes hat Deutschland den Weg nach aufwärts in eine glückhafte, sternenferne Zukunft beschritten, hat der arische Gemeinnutz Fesseln und Ketten gebrochen, die unser Volk Juda ewig leibeigen machen sollten.

Schluß

Ein mehrtausendjähriges Geschehen zeugte das deutsche Volk, stieg hinauf auf stolze Höhen und durchschritt abgründige Tiefen. Die Zeiten wandelten sich, und mit ihnen wechselten sich auch die das Denken und Handeln bestimmenden Triebkräfte in ihrer Herrschaft einander ab. In urtümlich germanischer Zeit führte der im arischen Erbgut mitgesetzte Gemeinnutz das Regiment, ausschließlich und absolut, bis er im Verlaufe der kampfdurchtobten Jahrzehnte der Völkerschaftswanderungen vom Eigennutz der Stammeskönige abgelöst wurde. Die verschiedensten Faktoren, die zu einem großen Teile — wie z. B. Christentum und Römisches Recht — artfremden Charakter trugen, waren an dieser Umgruppierung maßgebend beteiligt. Als schließlich fast alle deutschen Fürsten nach dem Dreißigjährigen Kriege dem persönlichen Eigennutz das alleinige Daseinsrecht zuerkannten, war jene Triebkraft verbannt. Mochten auch zu wiederholten Malen gemeinnützige Bestrebungen auftauchen (z. B. mittelalterliches Zunft- und Städtewesen, Versuch einer Reichsreform durch Maximilian I., Sorge der brandenburgisch-preußischen Kurfürsten und Könige für ihre Untertanen u. a. m.), sie zerschellten zumeist sehr schnell am zähen Widerstande ihres unerbittlichen Gegners. Zwar brandete der arische Gemeinnutz in den Befreiuungskriegen und im jüngst vergangenen Völkerringen mit elementarer Gewalt empor. Dauererfolge waren ihm trotzdem nicht beschieden. Den fürstlichen drängte allmählich der jüdische Eigennutz zurück, der schließlich durch die marxistische Revolution die despotische Herrschaft übernahm und sein Augenmerk auf Ausbeutung und Vernichtung richtete.

Dann aber zog unser Führer den Schlußstrich unter diese schwankende Entwicklung. Er wußte, daß Aufstieg und Niedergang allein von dem Vorwalten der einen oder anderen Triebkraft abhingen, daß Gemeinnutz die Völker zu Macht und Größe emporführte, persönlicher und jüdischer Eigennutz sie aber mehr oder minder rasch in den Abgrund riß. Grauenvoll regierte dieser im niedergebeugten Deutschland, als Adolf Hitler die Zügel ergriff. Jenem zog er nur

den Boden unter den Füßen hinweg, so daß mit seinen Trägern auch ihre schädlichen Werkzeuge stürzen mußten. Arteigener arischer Gemeinnutz bestimmte von da an jede Lebensäußerung des deutschen Volkes und aller seiner Einzelglieder. Denn: „Erst im Dienste der Allgemeinheit, erst als dienendes Glied im Rahmen des Volksganzen, erwacht der einzelne zu höherem Leben, erst so wird er — jeder an seinem Platze — wahrhaftig eingegliedert in die höhere Ganzheit seines Volkes, erst so begriffen, gewinnt der echte Sozialismus = der Gemeinsinn, wahres Leben. Nur unter der Herrschaft dieses Grundgedankens wird der einzelne ein Gefühl der Geborgenheit gewinnen und erkennen, daß nur unter dieser beherrschenden Idee aus der heutigen Raubwirtschaft eine reichgegliederte, organische Volkswirtschaft entstehen kann, zum Nutzen der Gesamtheit — und damit auch zum Nutzen jedes einzelnen" (Gottfried Feder: Das Programm der NSDAP.).

Die zweitausendjährig erträumte und heiß ersehnte Einheit des Reiches ist nunmehr Wirklichkeit geworden. „Gemeinnutz vor Eigennutz" heißt der auf- und vorwärtsweisende Kampfruf seiner Bewohner. Denn dieser artverwurzelte Gemeinnutz bedeutet zugleich Erretter aus Not, Erhalter des Volkes, Förderer seines Wachstums, Garant des Aufbaus und Aufstiegs, Träger der Zukunft und Wegweiser zum ewigen Leben von Volk und Vaterland.

Adolf Hitler, unser großer Führer und Kanzler, begann diesen gewaltigen zeitlosen Bau, als dessen Baumeister er Form und Inhalt bestimmte. Ihm gebührt dafür vielfältigster Dank, den wir ihm nur abstatten können durch treueste Gefolgschaft, Pflege der Volksgemeinschaft, stete Einsatzbereitschaft und nie erlahmenden Opfergeist, insgesamt durch ein Leben im Zeichen des wahren Sozialismus, des arisch-deutschen Gemeinnutzes.



Dr. phil. Herbert Sange, Bischof Albrecht III. von Halberstadt. Seine Herkunft, seine Laufbahn und seine Landfriedenspolitik.

IV/85 S. Gr.-8⁰ M 2,80

Eine der markantesten Persönlichkeiten des 14. Jhdts., jener schweren und wirrenreichen Zeit, ist nach den eingehenden Forschungen H. Sanges zweifellos Bischof Albrecht III. von Halberstadt. Wie Dr. Sange die Fülle des schwierigen Stoffes nebst den zahlreichen Widersprüchen im Urkundenmaterial gemeistert hat, zeigt sein grundlegendes Werk. Albrechts III. Aufstieg vom kleinen Pfarrer der Halberstädter Diözese bis zum Magister und Rektor der Weltuniversitäten Paris und Wien, seine Tätigkeit als Gesandter Papst Urbans V. und Herzog Rudolfs IV. von Oesterreich, seine Ernennung zum Domherrn in Hildesheim, und schließlich seine Berufung zum Bischof von Halberstadt beweisen seine Begabung und sein Können. Die eigentliche Größe seines staatsmännischen Wirkens offenbart sich in seiner Landfriedens- und Rückversicherungspolitik, die in ihrem Ideengehalt als die Staatskunst eines Bismarck des 19. Jhdts. gemahnt. Die Schrift dürfte wegen ihrer staatspolitischen Bedeutung viel und rege Beachtung finden.

Dr. Fritz Leidner, Die Außenpolitik Österreich-Ungarn vom Deutsch-Französischen Kriege bis zum Deutsch-Österreichischen Bündnis 1870—1879.

125 S. Gr.-8⁰ M 4,20

Dr. Gerhard Hiller, Die Entwicklung des österreichisch-serbischen Gegensatzes 1908—1914.

VI/87 S. Gr.-8⁰ M 4,60

Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Kriegsschuldfrage, die auch heute noch oft in der Schule und in der Presse erörtert werden muß. Es zeigt, wie die Politik der serbischen Radikalen seit 1903 darauf bedacht war, Oesterreich-Ungarn zu zerschlagen Auch stellt es dar, wie die Donau-Monarchie darauf bedacht war, die serbische Offensive auf friedlichem Wege zu brechen. Da der Verfasser von den früheren österreichischen Staatsmännern Grafen Berchtold, Baron Marchio, Freiherrn von Masula, Rappaport und von Arbengau und von Ugron schriftliche Mitteilungen über die Entstehung und den Verlauf des serbisch-österreichischen Gegensatzes erhalten und benutzt hat, besitzt die Schrift hervorragenden quellengeschichtlichen Wert.

Wilhelm Hartmann, Die germanische Gottheit des Jahres und des Lebens.

80 S. Gr.-8⁰ M 3,60

Die Arbeit vermittelt neue Kenntnisse und dadurch eine neue Klarheit über die germanische Religion. Der Verfasser stellt dar,

was er bereits als Student vor 14 Jahren geschaut hat: Die Götter sind bei den Germanen wie bei den Römern und Griechen in engstem Zusammenhang mit dem Jahreskreislauf lebendig gewesen. Ein Nachweis von Monatsgöttern, von der Gottheit des Jahres und des Lebens wird auf wissenschaftliche Grundlagen gestellt. Die Arbeit ist unentbehrlich für Religionshistoriker ebenso wie für Vertreter der Volkheitskunde; überdies gehört sie in die Hand derer, die für den Sinn des alten Jahreslaufbrauchtums Verständnis aufbringen.

Dr. Dr. Erich Bromme, **Oelknitz, ein Beitrag zur Siedlungsgeographie Thüringens.**

89 S. 2 Bilder, 3 Karten. Gr.-8⁰ M 2,80

Der Verfasser dieser Schrift, die einen kleinen, heute unbekannten Ort des mittleren Saaletales, der bisher als slawische Gründung gegolten, zum Gegenstand hat, wendet bei seinen Forschungen eine neue Arbeitsmethode an und kommt zu überraschenden Ergebnissen. Zunächst vermag er überzeugend nachzuweisen, daß Rundlinge nicht unbedingt slawischen Ursprungs sind, andererseits stellt er fest, daß Orte mit heute slawischem Namen durchaus nicht slawische Gründungen zu sein brauchen. Dieses Oelknitz wurde wahrscheinlich schon in der Bronzezeit zur Sicherung der beiden nahe beieinander gelegenen wichtigen Saalefurten, die später die Nürnberger Handelsstraße benutzten, gegründet. Aber schon in der älteren Steinzeit war hier Besiedlung vorhanden, wie die vorgeschichtlichen Funde beweisen. Zur Zeit der Slawenherrschaft wurde dieser Ort, der nie ganz von Germanen verlassen ist, umbenannt, zumal ihn ein slawischer Großer als Lehnsherr besaß. Die Weiterentwicklung des Dorfes fand in drei Epochen statt, die heute noch deutlich festzustellen sind. Die beigegebenen Bilder und Karten lassen diese Tatsache deutlich und überzeugend erkennen. — Der Wert dieser Forschung geht weit über den Rahmen von Oelknitz heraus.

Dr. phil. Hermann Goern, **Das Ehebild im deutschen Mittelalter.**

93. S. 20 Bildtafeln Gr.-8⁰ M 5,60

Die wertvolle Arbeit unternimmt es erstmalig die Entwicklung des Ehe- und Familienbildes im deutschen Mittelalter kulturgeschichtlich und soziologisch auszuwerten. Über einen Zeitraum von etwa 500 Jahren — von Karl dem Großen bis zu den Naumburger Stifterfiguren — wird von der langen Reihe der Kunstdenkmale als typisches Zeichen sich ändernder Lebensauffassung die langsam verwandelte Stellung der Frau vom Zustand ihrer Untergeordnetheit an bis zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung abgelesen. Zeitgenössische Bilder von Kaisern und Königen mit ihren Gemahlinnen werden hier zu einem deutschen Fürstenspiegel zusammengestellt. Bei die-

ser Arbeit lebensnaher Kunstgeschichte wird das einzelne Kunstwerk als bildhafter Ausdruck der ganzen Zeit aufgefaßt und da der Mensch im Mittelpunkt der Darstellung steht, ergeben sich tiefe Einblicke in Brauch, Sitte, Recht und Weltanschauung unsrer Ahnen. Um die Wesensverschiedenheit des abendländischen, besonders des deutschen Menschen, von anderen Völkern und Kulturen deutlich zu machen, beschäftigt sich ein Kapitel ausführlich mit ägyptischen, griechischen, etruskischen und römischen Ehebildern. Mit der Deutung der Naumburger Stifterfiguren als Sinnbilder neuer Weltbejahung und erwachenden Persönlichkeitsbewußtseins schließt die Untersuchung, die durch ihre gerade heute so wichtige Fragestellung sich an die Teilnahme weiter Kreise wendet.

DEUTSCHE HEIMAT,
WISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE
FÜR GESCHICHTE UND VOLKSTUM

Herausgegeben von Dr. Dr. Erich Bromme

I.: Dr. Friedrich Solf, Stellung und Aufgaben der unselbständigen praktischen Landwirte in der Nachkarolingerzeit bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts in Nordwestdeutschland.

VI/96 S. Gr.-8⁰ M 3,80

Das Thema der Abhandlung, die sich mit den Aufgaben der alten Wirtschaftsbeamten der Grundherrschaft beschäftigt, wurde formuliert in Anlehnung an die systematische Uebersicht der Landarbeiter bei Aereboe: „Landwirtschaftliche Betriebslehre“, da der Name Villicus nur als einer von vielen für die Träger gleicher Aufgaben angesehen werden kann. Bei der Wiedergabe von Urkundentexten wurde in der Rechtschreibung von der Vorlage zum Teil abgewichen. Der Verfasser zog es der leichteren Uebersichtlichkeit der Texte wegen vor, diese in der Rechtschreibung des klassischen Latein wiederzugeben. So wurde vor allem die Kennzeichnung der langen Vokale durchgeführt. Bei der Anführung mehrerer Urkunden als Beispiel für die gleiche Sache wurde ihre Reihenfolge nach dem Entstehungsjahr zusammengestellt. Selbstverständlich haben die Belege auch dort, wo es nicht ausdrücklich erwähnt ist, nur als Beispiele unter vielen zu gelten.

II.: Dr. phil. Hanns Gringmuth, Die Behördenorganisation im Herzogtum Magdeburg. Ihre Entwicklung und Eingliederung in den brandenburgisch-preußischen Staat.

VI/115 S. Gr.-8⁰ M 4,60

Das für die gesamtdeutsche Geschichte so schicksalsschwere Jahr 1648 ist auch für das Erzbistum Magdeburg von größter Bedeutung gewesen. Während das Heilige Römische Reich Deutscher Nation durch die westfälischen Friedensschlüsse in völlige Ohnmacht versank, erhielt das Erzbistum in neuer Form neue Aufgaben innerhalb eines Staates, der durch die zielbewußte und erfolgreiche Politik seiner Dynastie maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen und europäischen Verhältnisse gewinnen sollte. — Das Buch ist wichtig für die Beurteilung dieser Zeit

III. Dr. Dr. Erich Bromme, Wie 20000 Jahre im Saaletal Landschaft, Besiedlung und Kultur wandelten.

35 S. 19 Karten und Bilder. Gr.-8⁰ M 1,60

In querschnittartigen geschichtlichen Betrachtungen führt uns diese Arbeit zurück in die ältere Steinzeit (Magdalénien), die Bronze- und Slawenzeit, um schließlich gegen Schluß näher auf die vielumstrittene Gründung Kahlas einzugehen. In jeder dieser Zeitepochen wird uns zunächst die landschaftliche Gestaltung des mittleren Saaletales, dann seine Besiedlung und die Kultur der jeweiligen Bewohner eingehend vor Augen geführt,



